FACIT
Verlag marxistischer Studenten Nr. 20 DM 1,–

Parteien in der BRD

Viele schreiben über Kommunisten - in der UZ schreiben Kommunisten selbst.

unsere zeit
UZ
sozialistische volkszeitung

Dr. Wenzel-Verlag GmbH 41 Duisburg-Beeck, Pothmannstr. 12

Inhalt

		Seite
Gunnar Matthiessen	Zur Rolle der SPD im Spätkapitalismus und ihrem ideologischen Einfluß auf die Studentenbewegung	3
Gerhard Bessau	Die formierte Demokratie der CDU/CSU	15
Elisabeth Bessau	Vom Liberalismus zur F.D.P.	20
Günther Judick	Die DKP – marxistische Partei der Arbeiterklasse	25
Peter Schöttler	Die „linken" Sozialdemokraten in Frankreich – Zur Geschichte, Struktur und politischen Theorie der PSU	29
Fidel Castro	Kuba steht zu Lenin und zur Sowjetunion	37
Detlev Peukert	Über die Unwissenschaftlichkeit des ökonomischen „Antirevisionismus"	39
Rolf Geffken	Erscheinungsformen und Ursachen von Klassenjustiz im kapitalistischen Deutschland	42

Impressum

Juli 1970

facit – Zeitschrift marxistischer Studenten

Herausgeber: Christof K. Kievenheim (Marburg), Herbert Lederer (Essen), Mira Maase, Fred Schmid (München), Michael Maercks, Christoph Strawe (Bonn), Michael Kohnen, Peter Schöttler (Bochum), Elisabeth Bessau, Gerhard Bessau, Werner Loch (Köln)

Redaktion: Elisabeth Bessau, Gerhard Bessau, Christof K. Kievenheim, Michael Kohnen, Werner Loch, Michael Maercks, Peter Schöttler, Christoph Strawe (verantwortlich)

Anschrift für Anzeigen und Redaktion: Werner Loch, 5 Köln 1, Breite Straße 141-143

Konto: Werner Loch (Sonderkonto F.), 5 Köln 1, Breite Straße 141-143, Postscheckkonto Köln: 1420 25

Einzelheft 1,– DM, Jahresabonnement = 5 Hefte 5,– DM einschließlich Zustellgebühr

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Vertrieb: Werbe- und Literatur-Vertriebs-GmbH, 235 Neumünster, Wendenstr. 4 a, Postfach 470.

Druck: Plambeck & Co, Neumünster

Es gibt viele Möglichkeiten . . .

gegen Axel Cäsar Springer zu kämpfen

Und eine Möglichkeit ist, die Presse der Arbeiterjugend stark zu machen. Genau gesagt: elan zu helfen. Was wir brauchen, ist die Mitarbeit der Leser durch die Enthüllung empörender Tatsachenbestände (Schreiben Sie uns) — durch die Werbung neuer Abonnenten (Sind Sie schon Bezieher des elan?) oder durch den Mehrverkauf des elan.

So wird aus der linken Pressearbeit ein Stück Selbsttätigkeit der Jugend und ein Stück Kampf gegen Springer.

elan

Magazin für junge Leute

Bestellungen, Probeexemplare und Nachfragen bitte an:

Weltkreis-Verlags-GmbH

46 Dortmund, Brüderweg 16, Telefon 572010

Zur Rolle der SPD im Spätkapitalismus und ihrem ideologischen Einfluß auf die Studentenbewegung

Gunnar Matthiessen

Es ist der Studentenbewegung nicht gleichgültig, unter welchen politischen Bedingungen sie ihren Kampf führt für eine demokratische Hochschulreform. Die Chancen, die sich ihr unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung ergeben für die Diskussion und Durchsetzung demokratischer Alternativen sind allemal größer als unter einer CDU/CSU, die gewillt ist, notfalls jeden Ansatz demokratischer Kritik mit den Mitteln brutaler Gewalt zu unterdrücken. Der Spielraum, den die sozialdemokratische Führung gewährt für die Erörterung hochschulpolitischer Reformen, kann durchaus genutzt werden zur Mobilisierung größerer Teile der Studentenschaft für eine demokratische Zielsetzung. Aber trotz dieses Unterschiedes, der sich aus der Regierungsumbildung gegenüber einer zwanzigjährigen CDU-Herrschaft ergeben hat, können die fortschrittlichen Kräfte innerhalb der Studentenbewegung nicht auf eine scharfe Kritik der SPD-Politik verzichten. Im Gegenteil wird sie um so notwendiger, als Illusionen über die Ziele und eigentlichen Absichten der sozialdemokratischen Reformvorschläge sich lähmend und desorientierend auf die Studentenschaft auswirken und ihre Aktivierung erschweren, wenn nicht gar verhindern müssen. Wenn es in großen Teilen der Bevölkerung nach den Bedingungen einer zwanzigjährigen CDU-Herrschaft zu falschen Vorstellungen von den Möglichkeiten und dem Willen einer sozialdemokratischen Führung kommen konnte, dann ist es nicht verwunderlich, daß sie sich gerade in einer Studentenschaft auswirken mußten, die von Haus aus sich Politik eher theoretisch als praktisch aneignet und damit anfälliger ist als andere soziale Schichten für bestimmte ideologische Positionen der herrschenden Klasse. Das kann unter den gegenwärtigen konkreten Bedingungen um so eher geschehen, als eine linkssektiererische Politik des SDS ein Vakuum hinterlassen hat, das das Eindringen sozialdemokratischer Ideologie in die Studentenschaft noch begünstigt. Eben weil sich die abstrakten Thesen des SDS langfristig als unpraktikabel und als unfähig erwiesen, den realen Bedürfnissen der Studentenschaft wirklich gerecht zu werden, können sich ihre Hoffnungen auf eine SPD orientieren, die sich bewußt das Image einer Partei gibt, die gewillt scheint, diese dringend notwendige Hochschulreform ernsthaft anzupacken und eine einschneidende Verbesserung der sozialen Situation und Studienbedingungen der Studenten durchzusetzen. Diese Hoffnungen aber beruhen auf Illusionen über den Weg und die Rolle, auf die sich die sozialdemokratische Partei festgelegt hat und die sie veranlaßte, zu einem bestimmten Zeitpunkt der internationalen Systemauseinandersetzung und der sozialökonomischen Entwicklung des spätkapitalistischen Systems mit der Partei der Unternehmer eine Koalition einzugehen und heute die Regierung zu führen.

I. Übergang zu ‚modifizierten' Strategien in der Krise des Imperialismus

Am Beginn der sechziger Jahre waren es die wirtschaftliche, gesellschaftliche und militärische Stärkung des sozialistischen Weltsystems, die zunehmende Vehemenz der antiimperialistischen Befreiungsbewegung und die gesteigerten politischen Aktionen der internationalen Arbeiterklasse, die den Imperialismus zu dem schmerzhaften Umdenkungsprozeß veranlaßten, daß er nicht mehr ausschließlich mit der alten Strategie, der militärischen Stärke, dem Systemkampf bestehen konnte und zur Erarbeitung neuer, modifizierter Strategien gezwungen war. Zugleich auch wurde es durch die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion, durch ihren Komplexcharakter und die wissenschaftlich-technische Revolution notwendig, neue ökonomische Lenkungsmethoden für den Wirtschaftsprozeß bereitzustellen, um ein längerfristiges, gesichertes wirtschaftliches Wachstum zu sichern.

Und dies keineswegs nur, um die Monopolprofite zu vergrößern, sondern auch als Voraussetzung für den Systemkampf mit dem Sozialismus, dessen Stärkung nicht nur das internationale Kräftegleichgewicht verschoben hatte, sondern zugleich auch in einer Situation, in der der Spätkapitalismus sich kaum befähigt zeigte, seine inneren Widersprüche zu lösen und geeignete Lösungen für die gesellschaftlichen Probleme anzubieten, eine Bedeutung in dem Sinne erhielt, daß er sich als entwickeltes gesellschaftliches System zunehmend als Alternative gegenüber der westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung darstellt. „Unser Ziel ist die Beseitigung der Kommunisten. Ich glaube nicht, daß wir dieses Ziel durch einen strategischen Kernwaffenkrieg erreichen" (McNamara, zitiert bei W. Kaufmann, McNamara's Strategy, New York 1964, S. 95). In dieser Situation gilt es, die wiederum zwischen den einzelnen kapitalistischen Nationen progressiv wachsenden Widersprüche zurücktreten zu lassen hinter den gemeinsamen Interessen der Systemstabilisierung, im Inneren alle politischen und sozialen Konflikte zu unterdrücken, um alle erreichbaren ökonomischen und politischen Potenzen zu mobilisieren durch die Zentralisierung der politischen und ökonomischen Gewalt in Händen des Staates, die Anpassung des kapitalistischen Produktionsprozesses an die neuen Existenzbedingungen durchzusetzen und um dadurch den Imperialismus neu zu einer Offensive gegenüber den sozialistischen Ländern und den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt zu befähigen.

In der Bundesrepublik aber lief eine politisch wenig flexible und zudem von wachsendem Vertrauensschwund bedrohte CDU, die sich nicht von der Konzeption des Kalten Krieges endgültig lösen wollte und die ihren planungsfeindlichen neoliberalen Ideologien der spontanen Marktregulierung als dem vorherrschenden Instrument zur Lenkung des Wirtschaftsprozesses verhaftet blieb, Gefahr, den Anschluß an die neuen Existenzbedingungen des Imperialismus und seiner neuen Strategien zu versäumen. Ihrer Politik war es zu verdanken, daß die Deutsche Industrie- und Handelskammer feststellen mußte: „Dem Sinken der Wirtschaftskraft entspricht der parallel dazu verlaufende Prozeß innenpolitischer Schwächung und außenpolitischer Isolierung" (Jahresbericht der Deutschen Industrie- und Handelskammer 1966).
Zwar hatte eine CDU unter ihrem Außenminister Schröder erste Anstrengungen unternommen, durch flexiblere Methoden nach Osten hin den Spielraum des Imperialismus erneut zu vergrößern. Und unter ihrem Kanzler Erhard hat sie sich bemüht, durch die Erarbeitung neuer gesellschaftspolitischer und ökonomischer Theorien den Übergang von der Phase der Restauration des Kapitalismus in der Bundesrepublik in die neue Phase der staatsmonopolistischen Regulierung einzuleiten. Aber sie war insgesamt als eine auf die Kapitalinteressen fixierte und als expansionistisch durchschaute Partei nicht in der Lage, diese Politik auch glaubwürdig und wirksam einleiten zu können. Wie das Handelsblatt schrieb, entwickelte Ludwig Erhard mit der Vision „der formierten Gesellschaft" die im Industrieinteresse liegende „richtige Zielvorstellung, aber erkannte nicht die Methoden, die zu ihrer Schaffung erforderlich sind" (Handelsblatt vom 2./3. 12. 1966).

II. Die SPD stand auf Abruf bereit für das Großkapital

Diese Methoden aber kannte die SPD-Führung, die seit Godesberg in ihrer gesamten Oppositionszeit die neoliberale Wirtschaftspolitik von keynesianistischen, also den Bedingungen des Spätkapitalismus viel besser entsprechenden Positionen aus kritisierte und sich spätestens seit Godesberg auf den Augenblick vorbereitet hatte, an dem das Großkapital zur Sicherung seiner Interessen ein moderneres Steuerungsinstrumentarium benötigen würde. Und sie hatte sich auch Gedanken darüber gemacht, wie die Bonner Politik aus ihrer Isolierung herausgeführt und zu wirksameren Offensiven gegen den europäischen Status quo neu befähigt werden könne. Und viel besser als die CDU bot sie sich in ihrem historisch tradierten Profil einer Arbeiterpartei an, die „Integration der Arbeiter" (Willy Brandt auf dem Saarbrückener Parteitag, Frankfurter Rundschau, Pfingsten 1970) erfolgsversprechender durchzusetzen und sie an die neuen Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu binden. „Die sozialdemokratische Partei hat diese Herausforderung der Zeit aufgenommen und wird auch unseren Staat zwingen, sich dieser Herausforderung zu stellen" (Carlo Schmidt: Mensch und Technik, Bonn 1956, S. 12).

Neuerscheinungen 1970 (Auszug)

Hans-Dieter Bamberg
Militärseelsorge in der Bundeswehr
Schule der Anpassung und des Unfriedens
Die Analyse der heutigen Militärseelsorge wird eingeleitet mit einer detaillierten Übersicht über die religiöse Wiederaufrüstungspropaganda, die wohl entscheidend für das Zustandekommen der Bundeswehr überhaupt war. Der Autor weist dann nach, daß die wichtigsten organisatorischen Schritte zur Begründung der westdeutschen Militärseelsorge ohne gesetzliche Grundlage geschahen und daß die späteren Gesetze und Erlasse dazu verfassungswidrig sind – vor allem, weil sie dem Verfassungsgrundsatz der Trennung von Staat und Kirche widersprechen, von dem her staatsbeamtete Kulturdiener und staatliche Kultausgaben von ca. 45 Mill. DM pro Jahr nur als absurd zu bezeichnen sind.
ca. 200 Seiten, englisch broschiert, DM 9,80

Wilhelm Raimund Beyer
Vier Kritiken: Heidegger, Sartre, Adorno, Lukács
Der Verfasser, in der Bundesrepublik als der Erwecker der gesamten modernen Hegel-Beschäftigung nach dem zweiten Weltkrieg bekannt geworden, bewertet seine hier vorgelegten Kritiken als ein Ganzes. Er sieht darin nicht nur eine Kampfansage an die Starphilosophie des gegenwärtigen Idealismus. Er versteht diese Kritik zugleich als Bewährungsprobe des Marxismus-Leninismus gegenüber den überheblich zugespitzten Denkausformungen zeitgenössischen Philosophierens im Umkreis idealistisch veranlagter oder diese Anfälligkeit geschickt verdeckender Aussagen.
232 Seiten, englisch broschiert, DM 9,80

Eberhard Czichon
Der Bankier und die Macht
Hermann Josef Abs in der deutschen Politik
Die neue Arbeit des jungen Historikers Eberhard Czichon entstand auf der Grundlage der Auswertung von 20 000 Seiten Akten der Deutschen Bank, die in den feuersicheren Panzerschränken im Keller der Berliner Mauerstraße Luftangriffe und Stadtkämpfe überstanden haben. Hierbei handelt es sich vornehmlich um die persönliche Handakte von Hermann Josef Abs, die Akten seines Auslandssekretariats aus den Jahren 1938–1945 sowie um die Akten des Generalsekretariats und der Kanzlei der Deutschen Bank.
330 Seiten, glanzkartoniert, DM 14,–

Rainer Rilling
Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD
Erstmals untersucht dieser Band systematisch ein Gebiet der Wissenschaftspolitik der BRD, das durch die Aktivitäten der Außerparlamentarischen Opposition neuerdings in den Mittelpunkt des Interesses gerückt ist: die „Verteidigungsforschung". Die Untersuchung leistet zugleich einen Beitrag zur Darstellung des sich in der BRD allmählich herausbildenden „Militärisch-Industriellen-Komplexes". Verknüpft ist die Analyse mit der Ausbreitung detaillierten empirischen Materials, das die enge Verflechtung militärischer und ökonomischer Interessen mit einer sich noch immer als „autonom" verstehenden Wissenschaft belegt.
ca. 200 Seiten, englisch broschiert, DM 9,80

Günther Rose
Konvergenz der Systeme
Legende und Wirklichkeit
Wie kommt es, daß heute in den Sozialwissenschaften und in der politischen Publizistik von einer wachsenden Annäherung des Kapitalismus und Sozialismus die Rede ist, nachdem doch jahrzehntelang ihre absolute Unvereinbarkeit verkündet wurde? Ist die Konvergenztheorie eine zutreffende Gesellschaftsanalyse und -prognose? Welche Rolle spielt sie in der Ideologie und Politik des Westens? Diese und andere heftig umstrittene Fragen untersucht der Autor anhand eines umfassenden Materials.
ca. 200 Seiten, englisch broschiert, DM 9,80

Hans Karl Rupp
Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer
Was die große Anzahl der Veröffentlichungen zum Thema „Außerparlamentarische Opposition in der BRD" bisher vermissen läßt, ist die historische Perspektive, die geschichtliche Dimension. Mit dieser Detailstudie wird zur Aufarbeitung dieser Perspektive ein erster Beitrag des Kampfes der Außerparlamentarischen Opposition in der Ära Adenauer gegen die Atombewaffnung der Bundesrepublik vorgelegt.
ca. 300 Seiten, glanzkartoniert, DM 22,80

Werner Berthold/Gerhard Lozek
Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung
Das vorliegende Handbuch ist eine breit angelegte Gemeinschaftsarbeit, an der Geschichtswissenschaftler verschiedener Spezialgebiete mitgewirkt haben, während ein viel größerer Kreis von Historikern, Philosophen, Soziologen, Ökonomen und anderen Gesellschaftswissenschaftlern auf vielfältige Weise an seiner Entstehung direkt oder indirekt beteiligt war. Aufbauend auf langjährigen Einzelforschungen in den historischen Instituten der DDR wird in dem Handbuch die prinzipielle Auseinandersetzung mit dem Wesen und der Funktion der bürgerlichen deutschen Geschichtsschreibung geführt, werden zentrale Themen der geschichtlichen Entwicklung behandelt. Alle Autoren waren bestrebt, den objektiven Zusammenhang von Wissenschaft, Ideologie und Politik, der im Geschichtsdenken und in der Geschichtsschreibung besonders deutlich ist, herauszuarbeiten. Nur auf diese Weise konnten sowohl die vielfältigen, häufig außerordentlich raffinierten Methoden bürgerlicher Geschichtsfälschung als auch deren politische Funktionen und Zielsetzungen aufgedeckt und wirksam widerlegt werden.
600 Seiten, Leinen DM 28,–

Pahl-Rugenstein Verlag - Köln - Barbarossaplatz 2

Für eine SPD-Führung, die sich mit ihrem Godesberger Programm und ihrer Politik völlig auf dem Boden des staatsmonopolistischen Kapitalismus gestellt hatte, ging es darum, „die Organisationsformen der Wirtschaft ... danach zu richten, was zweckmäßig und effektiv ist" (Willy Brandt, Interview mit Leo Bauer in Neue Gesellschaft, Nr. 1, Bonn 1970; vgl. auch Vorwärts vom 19. 3. 1970). Das aber konnte bei dem wiedererreichten hohen Konzentrationsgrad in der Wirtschaft, bei der zunehmenden Interdependenz der einzelnen Industriezweige voneinander, der wachsenden Bedeutung der Wissenschaft für den Fortschritt der Produktion nicht mehr spontan durch das Prinzip der Marktregulierung und nicht mehr privat durch die Politik einzelner Unternehmen garantiert werden, vielmehr wurde es notwendig, daß der Staat mehr als bisher im Interesse des Großkapitals regulierend in den Wirtschaftsprozeß eingriff. Die staatlichen Institutionen und die Institutionen der privaten Wirtschaft mußten einen Lenkungs- und Abstimmungsmechanismus schaffen, der die dauerhafte Anpassung aller staatlichen Politik an die kurz- und längerfristigen Interessen der Wirtschaft durch Zentralisierung und Vorausplanung der politischen Entscheidungen ermöglichte. Wenn Karl Schiller betonte: „Wir Sozialdemokraten haben keine ideologischen Vorurteile gegen die Großwirtschaft, und es kann selbstverständlich keine Rede davon sein, daß wir eine Wirtschaftspolitik betreiben werden, in der die Großwirtschaft zum Prügelknaben werden würde" (Karl Schiller in einem Vorwärts-Interview 1965, zitiert bei Georg Neemann: Gigantomanie der Technokraten und die Verantwortung des Politikers, in: Neue Gesellschaft, Nr. 3, 1970, S. 356), dann eben, um sich dem Großkapital als der bessere Funktionär seiner Interessen darzubieten, als es Erhard war. Ohne Rücksichten auf die Bedürfnisse und Interessen der Gesellschaft war von ihm ein wirtschaftliches Instrumentarium ausgearbeitet, daß die Anpassung des Spätkapitalismus an die neuen Bedingungen erlaubte. „Anfang der sechziger Jahre wurde endgültig deutlich, daß die traditionellen Instrumente der Wirtschaftspolitik nicht mehr ausreichten, die Probleme einer hochindustrialisierten und international engverflochtenen Wirtschaft zu bewältigen" (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 76, vom 20. 6. 68, S. 641). „Die Erfahrung zeigt, daß der Marktmechanismus allein nicht ausreicht, um ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum herbeizuführen. Ungeeignet ist auch eine Wirtschaftspolitik, die versucht, das Wachstum ohne längerfristige Zielvorstellungen zu steuern" (Rheinischer Merkur, Köln, Nr. 24, 14. 6. 1968, in der Beilage: Die deutsche Wirtschaft 1968).

Und in Ergänzung zur Zentralisation der ökonomischen Entscheidungsbefugnisse in den Händen des Staates als der nunmehr konzentriertesten und organisiertesten Gewalt der kapitalistischen Interessen bedurfte es zugleich des Ausbaus seiner politischen Funktionen, um einen reibungslosen Vollzug der gesamten gesellschaftlichen Interessen des Monopolkapitals zu garantieren. Der weitgehende Abbau der bisherigen formaldemokratischen und dezentralisierten Entscheidungsstrukturen im Rahmen der Konzeption der „inneren Staatsreform", einer verstärkt staatlichen Kontrolle und einer Verfügung über alle gesellschaftlichen Bereiche durch Notstandsgesetze, Stabilitätsgesetze, Finanzreformen, Verwaltungsreformen, Hochschulreformen, Wahlrechtsreformen und Parlamentsreformen und Parteiengesetz dienen dem Ausbau der politisch-ökonomischen Reform des Staates und der Vermeidung von Reibungsverlusten durch den demokratischen Prozeß. Und so kam es der sozialdemokratischen Führung darauf an, „die Leistungsfähigkeit des Staates beim Übergang zu den Aufgaben der siebziger Jahre zu sichern" und die „Wirksamkeit der politischen Führung durch Bundeskanzler und Bundesregierung auszubauen" (Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren, Bonn 1968, S. 29).

III. Die Integrationsstrategie der SPD

Wenn auch keiner Beschwerde darüber führen kann, daß die SPD-Führung nicht gesagt habe, was von ihrer Politik zu erwarten ist, so sind doch Illusionen über sie nur allzu begreiflich. Denn das zur Propagierung dieser Politik eingesetzte Vokabular ist bewußt darauf gerichtet, die eigentliche Zielsetzung zu verdecken, um falsche Assoziationen und Erwartungen zu erzeugen, da gerade hierin eine der Bedingungen liegt, die Integration der Arbeiter und aller relevanten gesellschaftlichen Gegenkräfte an die neuen Bedingungen des staatsmonopolistischen Systems durchzusetzen. Ohne daß eine sozialdemokratische Führung, die sich bewußt auf den Boden des spätkapitalistischen Herrschafts- und Ausbeutungssystem stellt, tatsächlich in der Lage und gewillt ist, die sozialen und demokratischen Rechte der Bevölkerung zu erweitern, tritt sie mit dem Image einer Reformpartei gegenüber der Arbeiterklasse und allen sozialen Schichten auf, (die durch die Polarisierung der Klassenverhältnisse in einen objektiven Widerspruch zu den Interessen des Großkapitals geraten sind) in der Absicht, das Umschlagen einer vorerst vereinzelt an den jeweiligen konkreten Mißständen orientierten Kritik zu einer prinzipiell antikapitalistischen zu verhindern. In ihrer selbstbeanspruchten Rolle als „Alternative einerseits dem Konservativismus, andererseits dem Kommunismus gegenüber" (Bruno Kreisky, Sozialdemokratische Perspektiven für die siebziger Jahre, in: die Neue Gesellschaft, 3, Bonn 1970, S. 290), erfüllt sie meisterhaft im Interesse des Großkapitals die Funktion, die Arbeiterklasse mittels der konzertierten Aktion an das „Dreier-Bündnis von Staat, Unternehmern und Gewerkschaften" (Karl Schiller) zu binden unter der Vortäuschung, daß es darum ginge, die Gewerkschaften an der gesamtwirtschaftlichen Entscheidung mitzubeteiligen. Und eben diese Bedeutung auch kommt allen anderen Reformvorstellungen, die die SPD entwickelt, zu.

Ihre Aufgabe ist, die Einebnung jeglicher Differenz zwischen Arbeiter und Staat sowie zwischen Jugend und Staat zugunsten eines harmonisch verlaufenden gesellschaftlichen Ganzen, das auf der Basis kapitalistischer Interessen funktioniert. All das, was auf den ersten Anschein hin der Ausweitung der sozialen Interessen der arbeitenden Bevölkerung dient, ist diesem Ziel der dauerhaften Bindung an das spätkapitalistische System untergeordnet.

„Die Integration wird weitergehen über die Stufen: Ausbau der sozialen Sicherung, Weiterentwicklung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und Mitbestimmung auf allen Gebieten in Staat und Gesellschaft" (Der „Sozialdemokratismus" läßt die SED nicht schlafen, in: Die Neue Gesellschaft 3, a. a. O., S. 387). Und aus prinzipiell gleichem Motiv werden der Studentenschaft Integrationsmodelle angeboten, die es erlauben sollen, die Kritik an einer kapitalistisch verfügten und kontrollierten Wissenschaft in staatserhaltende Bahnen zu lenken. Auch hier geht es darum, die „vergröberte Fragenstellung — Kapitalismus oder Kommunismus — zu überwinden durch die staatliche Garantie für die Mehrgleisigkeit von Motivationen im Wirtschaftsbereich und Wissenschaftsbereich" (Ulrich Lohmar im Interview mit Leo Bauer, ebd. S. 313 f.), die nach den Vorstellungen von Ulrich Lohmar eben so zu funktionieren hätte, daß es den Studenten anheimgestellt bliebe, in einer kapitalistisch oder nichtkapitalistisch orientierten Wissenschaft zu arbeiten.

Allen Mitbestimmungsdiskussionen liegt die Überlegung zugrunde, daß die politische und ökonomische Konzentration im Interesse des Großkapitals auf die Dauer nur zu sichern ist, wenn der von allen politischen Entscheidungen ausgeklammerten und in all ihren privaten Belangen kapitalistisch bevormundeten Mehrheit der Gesellschaft das Gefühl der Mitbestimmung an dem gesamten politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Lenkungsprozeß vermittelt wird. „Wenn sie (die Teilhabe) nicht verwirklicht werden könnte, so würde sich zunächst die Flut der Unruhe an den Dämmen stauen, später aber könnte sie die Dämme überspülen oder eindrücken und alles hinwegstürzen. Deshalb muß die Massendemokratie Schleusen, Auslaß und Kanäle für die Flut schaffen. Es sind nicht bloß ein paar Studenten, die sich gegenseitig hysterisch machen, sondern es sind Millionen Arbeiter und Angestellte, die eine Rolle spielen wollen . . . Kein Zweifel. Die Schwierigkeiten sind ungeheuer. Wenn der Einzelne mehr Macht erhalten soll, als er heute besitzt, so kann dies die Funktionsfähigkeit des Ganzen zum Kollaps bringen, es sei denn, die Einzelnen machten von ihrer zusätzlichen Macht einen vernünftigen Gebrauch, d. h. einen Gebrauch, der die Existenzbedingung des Systems der demokratischen Gesellschaft unangetastet läßt" (Helmut Schmidt, Strategie des Gleichgewichts, Stuttgart 1969, S. 298).

IV. Neue Ostpolitik

Und die gleiche Abdeckungsfunktion, wie sie die sozialdemokratische Führung mit ihrer Integrationsstrategie im Inneren gegenüber all jenen relevanten gesellschaftlichen Gegenkräften erfüllt, in deren objektiven Interesse eine antimonopolistische Umgestaltung der Gesellschaft liegt,

diese gleiche Abdeckungsfunktion kommt ihr auch außenpolitisch gegenüber den sozialistischen Ländern zu.

Die Perspektive dieser Politik ist – bei einer verbalen Anpassung an die internationalen Entspannungserwartungen –, die Forderung nach dem Rückzug des Sozialismus aus Osteuropa und der DDR nun eben in konzilianter Art vorzutragen; in der Art der Annäherung und Verständigung, ohne aber zugleich den bestehenden Status quo völkerrechtlich anzuerkennen. Das Ziel dieses Methodenwechsels ist, die Bundesrepublik eben als jenes Land darzustellen, das auf den Frieden hin orientiert ist, und andererseits die Verweigerung der sozialistischen Länder, dieser auf die Beseitigung des Kommunismus orientierten Politik zuzustimmen, als die eigentliche Spannungsursache erscheinen zu lassen. Hieran knüpft sich die Hoffnung, die „Unterbilanz des Vertrauens" (Willy Brandt: Rede zum 90. Geburtstag Gustav Stresemanns am 16. Mai 1968 in Mainz, Maschinenmanuskript des Bundespresseamtes; vgl. auch Presse- und Informationsbulletin der Bundesregierung vom 11. 5. 1968) zu überwinden und der Bundesrepublik einen neuen Aktionsspielraum in Europa herzustellen, um gleichzeitig durch besondere und gezielte Verhandlungen und Kontakte mit einzelnen sozialistischen Ländern die Einheitlichkeit der osteuropäischen Deutschlandpolitik aufzubrechen und die DDR allmählich von ihren unmittelbaren Nachbarn zu isolieren. Dieser Linie entspricht die Absicht, einzelne osteuropäische Länder aus dem sozialistischen Block durch wirtschaftliche Bindung an den Westen, durch systematische Förderung innergesellschaftlicher Schwierigkeiten und politische Unterstützung in dem Maße, in dem sich das jeweilige Land in eine nur partielle Vorstellung zur Sowjetunion und zur DDR bringen läßt, herauszulösen. Und so kann es gerade eine SPD, die „niemals zum Krieg gehetzt" hat (Willy Brandt: Friedenspolitik in Europa, Frankfurt 1968, S. 104), die internationale Isolierung durchbrechen und das Angebot auf Verständigung als eine nichtexpansionistische Partei glaubwürdig vortragen. Zugleich auch scheint sie in ihrem geschichtlich überlieferten Profil als eine Arbeiterpartei in der Lage, ideologisch auf die inneren Verhältnisse des Sozialismus einzuwirken, um systematisch „Kräfte der Evolution" zu stärken. „Es geht um eine Politik der Transformation. Wirkliche politische und ideologische Mauern müssen ohne Konflikt nach und nach abgetragen werden. Es geht um eine Politik der friedlichen Veränderung des Konflikts. Um eine Politik des Durchdringens" (Willy Brandt: Begegnung mit Kennedy, München 1964, S. 222). „Gerade auf diese Weise können Kräfte der Evolution ermutigt und gefördert werden" (Willy Brandt: Vorwärts, Bonn, 27. 1. 65). So sind alle politischen Initiativen der sozialdemokratischen Partei gegenwärtig durch das Angebot menschlicher Erleichterung, der Verständigung, des Gewaltverzichts und der besonderen innerdeutschen Beziehungen darauf gerichtet, den Status quo in Europa für spätere „Rechtsansprüche" prinzipiell offenzuhalten, zugleich aber die eigene Ausgangsposition zur Überwindung des Sozialismus dadurch zu verbessern, daß man auf dem Gebiete der Diplomatie, Ökonomie und Ideologie neue Einwirkungsversuche auf die innergesellschaftlichen Entwicklungen unternimmt. Dieser Taktikwechsel ist das Ergebnis des schmerzhaften Umdenkungsprozesses, „daß die Politik des Wartens auf die politischen Ergebnisse der militärischen Stärke erfolglos geblieben waren" (Willy Brandt: Die Lage der Nation. Tatsachenargumente Nr. 199, 1966, S. 9). „Die bloße Abwehrhaltung hat die Festigung der tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse im anderen Teil Deutschlands eher erleichtert" (Willy Brandt, Friedenspolitik in Europa, Frankfurt 1968, S. 132). Und daher zielt die Einleitung einer Politik der „Entspannung" auf die Absicht, „daß wir überhaupt erst die Voraussetzung schaffen müssen, damit aus diesem Ziel (der Wiedervereinigung) wieder eine, wenn auch anders als früher zu sehende Aufgabe der Politik wird" (Willy Brandt, Referat auf dem Nürnberger Parteitag der SPD 1968, Protokoll herausgegeben vom SPD-Vorstand, S. 28). Daher „gilt es nüchtern zu erkennen, daß die Politik der Entspannung nicht das Ziel selbst ist" (Willy Brandt, Europaarchiv, Nr. 4, 1967, S. 82) und die sozialdemokratische Strategie darauf gerichtet ist, „den Status quo nicht einfrieren zu lassen, sondern ihn schrittweise abzuwandeln und dann zu überwinden" (Willy Brandt, Friedenspolitik, a. a. O., S. 83).

V. Die Militärstrategie des Herrn Schmidt

Trotz der Betonung ihres friedlichen Charakters verzichtet diese Politik gleichwohl nicht auf die militärpolitische Komponente, ohne die sie offensichtlich perspektivlos bliebe. Sie zählt zur Voraussetzung und Ergänzung der politischen, ökonomischen und ideologischen Offensive gegenüber den sozialistischen Ländern. „NATO und Entspannungspolitik sind keine Alternativen, die einander ausschließen" (Willy Brandt, Friedenspolitik, a. a. O., S. 94 f.). „Sie hat ihre militärische Aufgabe erst dann erfüllt, wenn die politische Aufgabe gelöst ist" (ebd., S. 89). Das militär-strategische Programm der Bundesregierung und speziell das von Helmut Schmidt ist darauf gerichtet, die Bedingung und Voraussetzung zu schaffen, die für die Anwendung der im Rahmen der neuen Ostpolitik entwickelten neuen Strategie der flexible response notwendig sind. Ihre Spekulation, daß konventionelle militärische Aktionen in der Art der Blitzkriegsstrategie Israels auch in Europa anwendbar würden, kann sich nur in dem Maße als „realistisch" erweisen, indem es gelingt, hierfür die notwendigen politischen Voraussetzungen in Europa zu schaffen.

Auf sie ist das von Schmidt entwickelte Modell der Truppenreduzierung in Mitteleuropa gerichtet, das sich selbst als Alternative zu einem europäischen Sicherheitssystem versteht, weil es „die deutsche Frage für zukünftige Entwicklungen offen" ließe (Helmut Schmidt, Strategie des Gleichgewichts, Stuttgart 1969, S. 246). Die Schwierigkeit für die Anwendung der flexible response in Europa ergibt sich aus der unmittelbaren Konfrontation der beiden militärpolitisch organisierten Gesellschaftssysteme, die die Anwendung konventioneller Waffen unterhalb der Schwelle des atomaren Schlagabtausches gleichsam unmöglich macht. „Heute, wo sich die Truppen unmittelbar an der Elbe gegenüberstehen, ist die NATO gezwungen, im Falle des Konflikts in allerkürzester Frist den Befehl zur Auslösung der Nuklearwaffen zu geben" (Helmut Schmidt, Beiträge, Stuttgart 1967, S. 501). Daher sollen beiderseitige Truppenreduzierungen den notwendigen Spielraum schaffen, innerhalb dessen militärische Operationen ohne die Gefahr eines unmittelbaren Umschlags in die Nuklearstrategie möglich werden. Schmidt läßt keinen Zweifel daran, daß hierbei „die Verbände der NATO zweifellos einen großen räumlichen und infolgedessen zeitlichen Vorsprung vor etwaigen ähnlichen Bewegungen des Ostens" haben (ebd., S. 492). „Wenn diese Rüstungsbegrenzungszone geschafft würde, wären die Panzerarmeen der Sowjets nicht nur hinter Elbe, Oder und Weichsel, sondern auch hinter dem Bug" (ebd., S. 490). Und zugleich wären „die zur Zeit wichtigsten taktischen Atomwaffen des Westens, nämlich die Jagdbombergeschwader in Eifel und Hunsrück, bei der Errichtung einer atomwaffenfreien Zone nur wenige Kilometer nach Westen verlegt . . ., während die Jawogeschwader der Sowjets große Auswärtsverlegungen erleiden würden" (Helmut Schmidt, ebd., S. 492). In Ergänzung zu dieser Strategie ist es die Absicht Helmut Schmidts, durch die Zentralisierung der Entscheidungsgewalten im Rahmen der Bundeswehr und durch eine Umstrukturierung der Bewaffnung der Bundeswehr zugunsten kleinerer, beweglicher Truppenteile, die zum großen Teil über taktische Atomwaffen verfügen, „daß auch in der Bundesrepublik Deutschland eine eigene politische Führungsfähigkeit und eine Fähigkeit für Krisenmanagement und – bei einer weiteren Erosion von Bündnis und NATO – die Fähigkeit entwickelt werden muß, in allen Situationen selbst handlungsfähig zu bleiben" (Helmut Schmidt, deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, 140. Sitzung, Bonn, 6. 12. 1967, S. 7158).

So zielt gegenwärtig die Politik der sozialdemokratischen Führung darauf ab, den westdeutschen Imperialismus neu zu einer politischen, ökonomischen, ideologischen und militärischen Offensive gegenüber den sozialistischen Ländern zu befähigen und ihm im Inneren den Ausbau seiner Herrschaftspositionen und die Anpassung an die neuen Existenzbedingungen der staatsmonopolistischen Regulierung durch die Bereitstellung moderner und effektiverer Strategien und die Integration aller demokratisch oppositionellen Strömungen zu ermöglichen.

VI. Sozialdemokratische Ideologie im Spätkapitalismus

Diese Rolle aber, auf die die SPD-Führung sich frühzeitig festgelegt hatte, konnte sie nur übernehmen, wenn es ihr gelang, die gesamte Partei möglichst umfassend auf diesen Weg zu orientieren und ein ideologisches Instrumentarium bereitzustellen, daß die Integration im Inneren und die ideologische Diversion gegenüber den sozialistischen Ländern ermög-

lichte. Dies wurde um so eher notwendig, als die neuen Existenzbedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus charakterisiert sind durch eine wachsende Bedeutung der Ideologie. Sie muß die sich verschärfenden inneren Widersprüche des spätkapitalistischen Systems in sich aufnehmen und ihrer Herr werden. Das bedingt die häufig feststellbare Widersprüchlichkeit einzelner ideologischer Elemente und Systeme untereinander, die aber als antikommunistisches Ganzes der Irrationalität des Systems „logisch" entsprechen. So ist es im Rahmen der zunehmenden sozialen, ökonomischen und politischen Konflikte notwendig, eine weitgehendst unpolitische und unkritische Haltung bei großen Teilen der Bevölkerung durchzusetzen und sie in ihrer passiven Rolle gegenüber der Politik der Herrschenden zu fixieren. Zum anderen aber bewirkt die Komplexheit und Kompliziertheit des Produktionsprozesses und die wissenschaftlich-technische Revolution, daß dem subjektiven Faktor bei der Lenkung und Organisation des gesellschaftlichen Prozesses und seiner Fortexistenz eine größere Bedeutung zukommt. Es sind mehrere Faktoren zugleich, in denen dies seinen konkreten Ausdruck findet. Zum einen reicht ein mechanisches „Fließbandbewußtsein" nicht aus, um den wissenschaftlich-technischen Bedingungen des Produktionsprozesses gerecht zu werden, der immer höhere Anforderungen an die geistigen Qualitäten der Arbeitenden richtet und von ihnen die Fähigkeit verlangt, in Systemzusammenhängen denken und reagieren zu können. Zum anderen erfordert es die eingeengte soziale Herrschaftsbasis, daß die totale Entpolitisierung großer Teile der Bevölkerung überwunden wird zugunsten ihrer partiellen Politisierung im Sinne ihrer gezielten ideologischen Mobilisierung für die Interessen des Großkapitals im Inneren und gegenüber den sozialistischen Ländern. So bilden der Zwang zur „Entideologisierung" und der Zwang zur ideologischen Aktivierung die beiden Grundpfeiler der antikommunistischen Ideologie der Privatindustrie.

Die Konzeption der pluralistischen Industriegesellschaft erfüllt perfekt diese Anforderungen und ist in der Lage, die verschiedenen Systeme der spätkapitalistischen Ideologie in sich aufzunehmen. Sie hatte nicht nur ihre Bedeutung für die Phase der Restauration des Kapitalismus in der Bundesrepublik, in der es galt, von dem Wiedererstehen eben jener Gesellschaftsstruktur abzulenken, die bereits einmal zum Faschismus geführt hatte, sondern hat auch ihre längerfristige Bedeutung für die heute wirksame neue Phase der staatsmonopolistischen Regulierung bei Modifizierung und Neuaufnahme einzelner ideologischer Aspekte. Gegenwärtig hat sie konkret folgende Aufgaben zu erfüllen:

Erstens gilt es, die Existenz einer Klassengesellschaft in der Bundesrepublik zu verschleiern und den Staat als ein über den gesellschaftlichen Interessen stehendes neutrales Instrument darzustellen, daß die unterschiedlichen und heterogenen sozialen Bedürfnisse auf ein Gemeinwohl hin zusammenfaßt.

Zweitens ist es seine Funktion, durch den Hinweis auf die technologischen Sachzwänge als die vorherrschenden Bedingungen einer Industriegesellschaft eine „Entideologisierung" durchzusetzen zugunsten der totalen und reibungslosen Anpassung der Mehrheit der Gesellschaft an die Bedingungen des spätkapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozesses.

Während die Konzeption der Entideologisierung hergeleitet wird aus den Bedingungen der ökonomischen Struktur der Gesellschaft, ermöglicht drittens die Konzeption einer pluralistischen Industriegesellschaft zugleich die gezielte Ideologisierung im Sinne der Integration und der Bindung an die politischen Formen der bundesrepublikanischen Klassengesellschaft, die in ihrer bürgerlich parlamentarischen Ausprägung als Alternative zum „Totalitarismus" der sozialistischen Länder dargestellt werden.

So stehen sich die Theorie der Entideologisierung und der Re-Ideologisierung keineswegs als unvereinbar gegenüber, vielmehr wird eine dieser Komponenten je nach den unmittelbaren augenblicklichen Kräfteverhältnissen in den Vordergrund geschoben und propagiert, ohne daß dabei prinzipiell auf die andere verzichtet wird.

Und viertens ist die Konzeption der pluralistischen Industriegesellschaft eine geeignete Ausgangsbasis für die Entwicklung der Konzeption des „demokratischen Sozialismus", der als Pendant zur Integrationsstrategie die ideologische Einwirkung auf die innergesellschaftlichen Verhältnisse des Sozialismus ermöglichen soll.

All diese Faktoren kommen gegenwärtig in der sozialdemokratischen Theorie zur

Geltung und sind seit Godesberg ausgebaut und verfeinert worden. Auch vor diesem Zeitpunkt war die Politik und ideologische Orientierung der sozialdemokratischen Führung charakterisiert durch die opportunistische Integration in die bürgerlich kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse, wie sie sich hinter der auch damals schon gebräuchlichen Pluralismusideologie entwickeln konnten. Es war diese Konzeption, die aufbauen konnte auf einem antifaschistischen Bewußtsein, die besonders geeignet war, von diesem Ursprung abgelöst und antikommunistisch gewendet zu werden. „Wir haben nach dem zweiten Weltkrieg tatsächlich eine sehr deutliche Entideologisierung im politischen Bereich erlebt. Aber dies war in erster Linie darauf zurückzuführen, daß wir uns damals gegen einen massiven Angriff des Kommunismus zur Wehr setzen mußten" (Bruno Kreisky: Jenseits des Reformismus, in: Was bleibt vom Sozialismus, Hannover 1968, S. 85). Und auf der Basis dieser Entideologisierung und „Versachlichung" der politischen Beziehungen zugunsten der „technologischen Sachzwänge einer pluralistischen Industriegesellschaft" konnte allen sozialen Schichten, insbesondere der Intelligenz, nur nicht der Arbeiterklasse, Führungsfunktionen zugeschrieben werden. Und ebenso konnte die Konvergenztheorie hierin ihren Ursprung nehmen mit dem Hinweis, daß der Fortschritt einer Gesellschaft nicht durch ihre ideologische Richtung, sondern dadurch charakterisiert ist, daß sie auf die industriellen Herausforderungen gleichermaßen reagieren muß und der „Fachmann . . . von dem ost-westlichen Gegensatz unberührt" bleibt (Chr. Graf von Krockow, Soziologie des Friedens, Gütersloh 1962, S. 183).

Nicht daß die herrschende Klasse heute auf diese Möglichkeiten der Entideologisierung, der Konvergenztheorie, der Betonung der führenden Rolle der Intelligenz auf Grund technologischer Sachzwänge verzichten würde als Mittel, die Klassengegensätze und die Klassenpolitik in der BRD zu verschleiern. Aber sie reichen heute nicht mehr allein aus zur Beherrschung und Bewältigung des ideologischen Klassenkampfes. Mit dem Übergang in die neue Etappe der staatsmonopolistischen Regulierung erwies sich auch das Prinzip des Laissez-faire, der Spontaneität, der wenig zielgerichteten Buntheit der Pluralismustheorie den neuen Bedingungen nicht mehr angemessen. Mit der zunehmenden Konzentration und Polarisierung der Klassenverhältnisse mußte auch das Spektrum der herrschenden Ideologie einschrumpfen auf die unmittelbaren Bedürfnisse des Monopolkapitals. Parallel zur ökonomischen und politischen Zentralisierung der Macht und des Ausbaus der direkten Entscheidungsbefugnisse des Staates gegenüber den demokratischen Institutionen der Gesellschaft bedurfte die Theorie der pluralistischen Industriegesellschaft einer spezifischen Einschränkung. Die liberal-reformistische Anschauung von den offen auszutragenden sozialen Konflikten als der Voraussetzung für die Funktionstüchtigkeit eines politischen Pluralismus mit unterschiedlichen Interessengruppen mußte nun der Erkenntnis weichen, daß es darum geht, „den Ausbruch des Konflikts überhaupt zu verhindern" (Rüdiger Altmann: Späte Nachricht vom Staat, Stuttgart 1968, S. 12). Dem trug die SPD-Führung mit ihrer Forderung Rechnung, daß „der Staat die Aufgabe hat, die gesellschaftlichen Gruppen durch seine planende und ausgleichende Politik und durch Orientierungshilfen auf das Gemeinwohl hinzuführen" (Karl Schiller: Parteitag der SPD vom 1. bis 5. 6. 1966 in Dortmund, Protokoll Bonn 1966).

Wenn ausgehend vom Godesberger Programm die Entideologisierung gefordert wurde, dann gewiß nicht allein, um die ohnehin spärlichen Überreste marxistischen Denkens endgültig aus der Partei zu eliminieren, sondern zugleich auch, um alte liberal-reformistische, tendenziell antimonopolistische Strömungen in der SPD zurückzudrängen, wie sie sich zum Beispiel hinter den Vorstellungen von einer Wirtschaftsdemokratie verbergen. An ihre Stelle sollte die Einsicht treten, daß „der Eigentumsbegriff . . . die zentrale Rolle, die er im europäischen Sozialismus lange gespielt hat, endgültig verloren" hat (Peter Glotz, in: Was bleibt vom Sozialismus?, a. a. O., S. 109). Die Verneinung des antagonistischen Klassenverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit zugunsten der Pluralismustheorie „bedeutet Abschiednehmen von der ursprünglich weitverbreiteten Meinung, die sich zum Teil auf Marx und nicht zuletzt auf die faszinierenden Vereinfachungen von Engels stützte, die davon ausging, daß es vor allem anderen darauf ankomme, die Produktionsmittel zu sozialisieren" (Willy Brandt: Interview mit Leo Bauer, a. a. O.). „Die Sozialisierung löst nicht die Probleme einer modernen Industriegesell-

schaft" (Der Sozialdemokratismus" läßt die SED nicht schlafen, a. a. O., S. 387). Die Entideologisierung zielte also auf die Beseitigung der letzten „Ressentiments" gegenüber der ökonomischen und politischen Machtkonzentration.

In der längerfristigen Perspektive der inneren und äußeren Klassenauseinandersetzung kann die herrschende Ideologie aber nicht lediglich auf der Entideologisierung aufbauen. Im Rahmen der Systemauseinandersetzung ist es die zunehmende ökonomische Stabilisierung des Sozialismus, im Inneren sind es die sich vertiefenden Klassenwidersprüche, die eine entsprechende ideologische Reaktion erfordern. Je weniger der Imperialismus in der Lage ist, sinnvolle Ziele für das gesellschaftliche Handeln aufzuzeigen, je mehr die Fassade der Wohlstandsgesellschaft und der Konsumideologie abbröckelte und je mehr Menschen feststellen müssen, daß sie von der Beteiligung an der politischen Entscheidung immer mehr ausgeschlossen werden, um so notwendiger werden „Auslässe" und „Kanäle", die ein Umschlagen in den Kommunismus verhindern und neue „Identifikationschancen" (Helmut Schmidt, Strategie des Gleichgewichts, a. a. O., S. 289) mit der kapitalistischen Gesellschaft eröffnen. Hierin liegt im übrigen der Grund für die Rehabilitierung der Funktion des „sozialen Konflikts", der aber nun als Integrations- und Anpassungseffekt eher auf der Ebene der politischen Diskussion angesiedelt wird, als daß er real zum Austrag kommen soll (vgl. hier auch: Rolf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1966, S. 173 und S. 239). Diesem Ziel dient die unter dem Programm der „Re-Ideologisierung" vorgetragene Integrationsstrategie der SPD.

„Die Frage der Re-Ideologisierung erhebt sich im Bereich des demokratischen Sozialismus mit immer größerer Intensität, weil viele, vor allem junge Menschen, mit Recht wissen wollen, was denn eigentlich jenseits des Wohlfahrtsstaates liegt" (Bruno Kreisky, Jenseits des Reformismus, a. a. O., S. 86). „Vor allem die aufgeweckten, politisch denkenden und politisch agierenden Menschen haben das Bedürfnis, genauer herauszufinden, warum sie der einen Partei ihre Stimme geben und nicht der anderen" (Bruno Kreisky, ebd.).

Entsprechend der Arbeitsteilung in der Integrationsstrategie, in deren Rahmen der CDU die Aufgabe zufällt, alle Kräfte rechts, und der SPD, alle Kräfte links von einer angenommenen Mittellinie auf diese hin zu sammeln (Heinz Kühn im Spiegel Nr. 24/1968), operiert die sozialdemokratische Führung mit einem Image, das die SPD darstellt als „Dritter Weg" gegenüber dem Konservativismus einer CDU und dem Kommunismus, und damit befähigt, alle diejenigen, die in eine kritische Distanz zum kapitalistischen Herrschaftssystem geraten sind, aber noch nicht den Weg zum Sozialismus finden, erneut an die staatsmonopolistische Herrschaft heranzuführen. Hierbei ist sie durchaus in der Lage, kritische Elemente in ihre Theorie vom demokratischen Sozialismus aufzusaugen und zu neutralisieren, indem sie sie von den Klassenzusammenhängen im Rahmen der pluralistischen Theorie loslöst. „Die Puppe ‚Barbie' ist das bisher deutlichste Symbol dieser auf sanften Reklameterror gestützten Glücksideologie. Hier und nicht bei der Verteilungsgerechtigkeit müßte heute eine sozialistische Kapitalismuskritik primär einsetzen! Denn dieser Konsumkapitalismus ist nicht nur eine Verletzung des ‚Menschlichen' im Menschen, sondern auch eine Gefährdung der Demokratie" (Pedro Graf, Was bleibt vom Sozialismus, a. a. O., S. 77).

Die Theorie des demokratischen Sozialismus spekuliert auf die zählebigen, kleinbürgerlichen Anschauungen vom Individualismus. Sein Freiheitsbegriff ist jenseits der Klassenproblematik konzipiert als ein Mehr an persönlichem Spielraum für das prinzipiell abstrakte, von den konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen losgelöste Individuum. „Sozialismus ist Ausdruck der Sehnsucht nach einer gerechten, sozialen, humanen gesellschaftlichen Ordnung, die den Menschen in jedem einzelnen Individuum achtet; die Idee, daß die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. Immer ging es im Sozialismus um den Menschen, um sein Glück, um seine Menschlichkeit. Und wenn auch in Verkennung der menschlichen Möglichkeiten kollektivistische Ideen übergewichtig wurden, so blieb der Sozialismus in seiner innersten Substanz doch auf den einzelnen Menschen festgelegt" (Waldemar von Knoeringen: Anthropologische Orientierung der Politik, in: Was bleibt . . ., a. a. O., S. 99).

Gerade der Vorwurf, den die Vertreter des demokratischen Sozialismus gegenüber den Marxisten-Leninisten erheben, nämlich daß sie sich dogmatisch an das 19. Jahrhundert klammerten, trifft hier auf sie

zu. Ihr Sozialismusbegriff ist die schlichte Rezeption des frühbürgerlichen Individualismus, unter staatsmonopolistischen Bedingungen gewendet gegen die Entfremdung der Menschen gegenüber einer abstrakten Gesellschaft, gegenüber den Institutionen. „Es ist die vieldiskutierte Akzentverschiebung vom späten auf den frühen Marx, von der Ökonomie zur Anthropologie" (Peter Glotz, ebd. S. 109).

Lenin brachte diese Entwicklung auf die kurze Formel: „Der innerlich verfaulte Liberalismus versucht, sich als sozialistischer Opportunismus neu zu beleben" (W. I. Lenin Bd. 18, Berlin 1962, S. 578).

Seine konkreten Ausdrucksformen in der sozialdemokratischen Tagespolitik findet er in Hearings, in der Forderung nach „mehr Transparenz" der politischen Entscheidungen, in Reformvorschlägen, die den individuellen Aktionsspielraum erweitern sollen, einmal, weil das eine Bedingung für die Bewältigung der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion auch unter privatwirtschaftlichen Bedingungen, zum anderen auch für die Integration ist. Die entscheidenden zentralen Machtverhältnisse und ökonomischen Strukturen sollen hierbei unverändert bleiben. Die ideologische Aktivierung größerer Teile der Bevölkerung, vor allem der wissenschaftlichen Intelligenz und der organisierten Arbeiterklasse für die staatsmonopolistische Politik wird unter der Parole von „Mehr Demokratie" erreicht, indem bewußt die kleinbürgerlich-liberalen Hoffnungen auf eine „reine Demokratie" genährt werden. „Wir sind dahin gekommen, die bürgerlich-liberale Demokratie zu akzeptieren. Das ist gut so, wir können dabeibleiben, das hat sich bewährt. Wir vergessen dabei aber, daß diese bürgerlich-liberale Demokratie von wirklicher Demokratie noch weit entfernt ist." Demokratie, „definiert als die aktive Teilnahme eines jeden Bürgers am Gemeinwohl" (Gunther Nenning, in: Was bleibt . . ., S. 67).

VII. Bürgerlicher Individualismus gegen die Herrschaft der Arbeiterklasse

Diese Konzeption soll zugleich auch das geeignete Instrument sein, in die innergesellschaftlichen Verhältnisse des Sozialismus einzuwirken und konterrevolutionäre Strömungen zu entwickeln. Auch den sozialistischen Ländern gegenüber stellt sich die SPD dar als der dritte Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus und als Alternative, „die durch ihren gesellschaftlichen Transformationsprozeß, den sie herbeiführt, weit hinein in den kommunistischen Machtbereich strahlt" (Bruno Kreisky, Sozialdemokratische Perspektiven . . ., a. a. O., S. 235). Auf Grund des veränderten internationalen Kräfteverhältnisses stellt der demokratische Sozialismus mit seinen beiden Säulen, dem politischen Pluralismus und dem bürgerlichen Individualismus, eine Modifizierung des bisher dominierenden ideologischen Instruments der Konvergenztheorie dar. Ihre Spekulation, daß sich die beiden antagonistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme unter den Bedingungen der „technologischen Sachzwänge und gesamtgesellschaftlichen Planung" in der Art einander annähern würden, daß auf eine Restauration der kapitalistischen Verhältnisse in den sozialistischen Ländern zu hoffen sei, mußte in dem Maße als Illusion erkannt werden, in dem sich die sozial-ökonomische Basis des Sozialismus stabilisierte. „Die praktisch-politische Schlußfolgerung der imperialistischen Strategietheorie ist, daß konterrevolutionäre Entwicklungen vom Überbaubereich ausgehen müssen." Und sie sieht die „Ideologie als das gegebene Feld an, auf dem operiert werden könne, und kalkuliert dabei ein, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus – wie Lenin sagt – eine ganze geschichtliche Epoche umfaßt, in der ‚Schwierigkeiten und verwikkelte Situationen unvermeidlich sind' (W. I. Lenin Werke, Bd. 31, S. 22). Insbesondere in solchen Situationen werden kleinbürgerliche Denkweisen, die auch in der sozialistischen Gesellschaft fortwirken, reaktiviert" (K. Ziesel, Modifizierte Konvergenztheorie, in: Forum, Nr. 8/1970, S. 17).

Und in diesem Sinne sagte Willy Brandt in seinem Bericht „Zur Lage der Nation", daß der Ausgangspunkt der Konvergenztheorie falsch sei (Willy Brandt, FAZ, 15. Januar 1970). Und ergänzend fügte er an: „Drüben spricht man immer vom Gegensatz der Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme. Ich sage: noch wichtiger ist der Gegensatz der politischen Systeme" (Willy Brandt auf dem Saarbrückener Parteitag der SPD, Frankfurter Rundschau, Pfingsten 1970).

Entsprechend zur Korrektur dieser Konvergenztheorie, die seinerzeit eine „Entideologisierung" zugunsten der „techno-

logischen Sachzwänge“ erforderte, unternimmt der westdeutsche Imperialismus ergänzend nun die Re-Ideologisierung des demokratischen Sozialismus, der nun nicht mehr auf einer Konvergenz der sozialökonomischen Basis der beiden Systeme aufbaut, sondern auf einer „Konvergenz“ des politischen Systems, dessen Modell nach dem Vorbild der pluralistischen Gesellschafts- und Staatstheorie vorgestellt wird. „Die differentia specifica zwischen politischen Systemen ist nicht die Frage nach dem Privateigentum oder vergesellschafteten Produktionsmitteln, ist überhaupt keine ‚ökonomische‘ Kategorie, sondern liegt im Bereich der politischen Freiheitsrechte“ (Peter Glotz, a. a. O., S. 99). Der Gegensatz ist nicht der „zwischen Kapitalismus und Sozialismus, nicht der Gegensatz zwischen Privateigentum und Staatseigentum, sondern der Gegensatz zwischen Demokratie und totalitärer Diktatur“ (Richard Lowenthal „Jenseits des Sozialismus?“ in: Was bleibt . . ., a. a. O., S. 15).

Diese Verschiebung ergibt sich aus der Stärkung des Sozialismus und einem Kapitalismus, der sich immer offensichtlicher als unfähig erweist, die Aufgaben der Zukunft im Interesse der Gesellschaft zu bewältigen. Daher können konterrevolutionäre Theorien nicht schlechthin als Aufforderung zur Rückkehr zum Kapitalismus vorgetragen werden. Konkret reaktiviert der demokratische Sozialismus im Rahmen seines politischen Pluralismus mögliche Ansprüche von sozialistischen Leitungskadern, speziell der Intelligenz, auf die politische Staatsmacht. Zum anderen reaktiviert er kleinbürgerlich-individualistische Anschauungen gegen die „Erstarrung und Verfestigung“ der sozialistischen Staatsmacht, die die Überwindung der Entfremdung verhindere. Mit beiden Momenten wird auf die Unterhöhlung und die Beseitigung der politischen Macht der Arbeiterklasse und ihrer Partei gezielt. Durch die Ablenkung von der sozialökonomischen Basis und mit der bewußten Neutralisierung der gesellschaftlichen Rolle des Staates soll erreicht werden, daß die Herrschaft der Arbeiterklasse in Frage gestellt wird zugunsten eines der kleinbürgerlichen Ideologie entgegenkommenden politischen Pluralismus entsprechend dem von der sozialdemokratischen Führung in der Bundesrepublik repräsentierten. Und so waren auch in der ČSSR, an deren Entwicklung sich der demokratische Sozialismus bewähren sollte, die Theorien der Intelligenz „die ideologische Voraussetzung für den Fortschritt in Richtung auf einen politischen Pluralismus“ (Peter Christian Ludz: Der ‚Neue Sozialismus‘ in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 1, Bonn 1970, S. 55), aufbauend auf einem prinzipiell klassenneutralen bürgerlichen Individualismus. „Alle diese Vorstellungen, so verschieden sie sein mögen, untersucht man sie im einzelnen, haben einen Wesenszug gemeinsam: das Individuum hat den Vorrang vor der sozialen Gruppe, das Subjekt vor dem Objekt“ (ebd., S. 58).

Während sich so die Politik der SPD-Führung und ihre Integrationsstrategie nach innen als geeignete Instrumente zur Stabilisierung und zum Ausbau des spätkapitalistischen Systems erweisen, soll der demokratische Sozialismus die westdeutsche Privatindustrie zu neuen Offensiven gegenüber dem Sozialismus befähigen und dort die Einleitung der Konterrevolution vom Überbau her ermöglichen.

———

(Fortsetzung über einen Vergleich verschiedener ideologischer Positionen in der Studentenbewegung mit denen der SPD folgt.)

FACIT abonnieren!

Ein Abonnement (= 5 Hefte) 5,— DM ohne Portokosten

Die formierte Demokratie der CDU/CSU

Gerhard Bessau

Sozialdemokraten und CDU/CSU-Politiker waren sich noch vor der Bildung der Großen Koalition darin einig, daß Jaspers mit seiner Warnung vor einer abermaligen deutschen Diktatur, auf derem Weg sich die Bundesrepublik befinde, eine falsche, eine gefährliche, nicht zu beweisende Behauptung aufstellte. Jaspers fragte „Wohin treibt die Bundesrepublik?“ und beschrieb in seiner Antwort den Prozeß, der mit großer Wahrscheinlichkeit zur Militärdiktatur führen werde. Die Durchgangsstationen zeichneten sich für ihn ab in Gestalt einer verfestigten Parteienoligarchie, aus der einmal eine Allparteienregierung hervorgehen werde; ferner nannte er die Notstandsgesetze, die Minimalisierung der Grundrechte sowie die sukzessive Verminderung der Möglichkeiten politischer Kontrolle.

Wenige Jahre nach Jaspers‘ warnender Prognose hatte die Große Koalition, hatten SPD und CDU/CSU die Notstandsgesetze mit verfassungsändernder Mehrheit — „streng legal“, wie es das Grundgesetz vorschreibt — in Kraft gesetzt. Für die Wahrnehmung der „politischen Kontrolle“ sorgten damals 50 FDP-Abgeordnete.

Inzwischen wurde jedoch die CDU/CSU im Bundestag nach 20jähriger Regierungstätigkeit in die Rolle einer parlamentarischen Opposition gedrängt, obwohl sie die stärkste Fraktion blieb. Die daraus erwachsenden heftigen Auseinandersetzungen zwischen CDU/CSU auf der einen, SPD/FDP auf der anderen Seite lassen — werden die Kriterien von Jaspers zugrunde gelegt — zumindest auf tiefe Gegensätze innerhalb der Parteienoligarchie schließen, was viele politische Kommentatoren dazu verleitet, von einer kraftvollen Wiederbelebung der parlamentarischen Kontrollfunktion durch die CDU/CSU zu sprechen. Heute, nach den Landtagswahlen in NRW, Niedersachsen und im Saarland, wird sogar der Trend zum Zweiparteiensystem als positive Entwicklung hervorgehoben, wobei auf die hierzulande stets idealisierten Verfassungszustände Englands hingewiesen wird. Die parlamentarische Demokratie hätte dann auch in der BRD ihre natürliche Balance gefunden und das auch ohne Änderung des Wahlrechts; die Rolle der englischen Konservativen habe in Westdeutschland ohnehin die CDU/CSU inne, die SPD sei das Pendant zu Labour. Würde die Diskussion erneut auf Jaspers zurückkommen, dann wäre sicherlich niemand mehr bereit, seine Einschätzung zu teilen, zumal eine Wiederbelebung der Großen Koalition auf lange Sicht nicht mehr denkbar erscheint.

Politische Wissenschaft und die Organe der öffentlichen Meinungsbildung verwenden in diesem Zusammenhang formale Argumente, um den demokratischen Charakter der CDU/CSU gegen skeptische Stimmen zu verteidigen; denn die These von einer optimal funktionierenden parlamentarischen Demokratie auf Grund des faktisch existierenden Zweiparteiensystems steht und fällt mit der demokratischen Legitimation der dieses System in Gang haltenden Parteien. Demgemäß wird der CDU/CSU ein gleiches politisches Verhalten zuerkannt wie den englischen Konservativen, daß sie nämlich an einer einmal übernommenen Regierungsgewalt nicht gegen den Willen der Wähler festhalten werden, ungeachtet der politischen Welten, die zwischen deutschen und englischen Zuständen lagen und liegen.

Bei diesem Bemühen um den Nachweis eines demokratisch unanfechtbaren Verfahrens, nach welchem mit Hilfe der Parteien die politische Willensbildung des Volkes organisiert und artikuliert wird, findet die ökonomische Struktur der Gesellschaft keine Erwähnung. Die formale Gleichheit der Stimmen und die Möglichkeit ihrer unbehinderten Abgabe sind die hinreichenden ausschlaggebenden Maßstäbe dafür, ob von dem Bestehen einer Demokratie ausgegangen werden könne oder nicht. Daß die „Stimme“ eines Abs oder Flick auf dem Felde der politischen Auseinandersetzungen ungleich größeres

Gewicht hat als die von Brenner oder Vetter ist nicht Gegenstand von der Wissenschaft von der Politik; somit findet dieser Umstand auch höchstens in maliziöser, aphoristischer, keinesfalls ernstgemeinter Form Eingang in Kommentare der bürgerlichen meinungsbildenden Industrie.

Doch die politischen Ereignisse in Deutschland in den letzten 50 Jahren verdeutlichen mit wünschenswerter Klarheit, daß unter den Voraussetzungen privatwirtschaftlicher Produktionsverhältnisse Politik nichts anderes ist und sein kann als konzentrierter Ausdruck der kapitalistisch betriebenen Ökonomie. Selbst ein so konservativer Militärpolitiker wie der frühere USA-Präsident und General Eisenhower konnte an dieser Tatsache nicht vorbeigehen, wies er doch am Ende seiner Präsidentschaft eindringlich auf die Gefahren hin, die der übermächtige Einfluß des militärindustriellen Komplexes in den USA für die ganze Welt heraufbeschwört. Die revolutionäre Opposition der Arbeiter entspringt der Notwendigkeit, im Interesse der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung jener einseitigen Herrschaftsausübung schon deshalb ein Ende zu setzen, weil sie vom Bürgertum als Herrschaft im Sinne des „Gemeinwohls" per Verfassungsnorm deklariert wird. Um diesen revolutionären Anspruch abzuwehren, antwortete 1933 das damals bereits unter der Botmäßigkeit der Monopole stehende deutsche Bürgertum mit der Abschaffung eigenständiger gesellschaftlicher Gruppen, mit der terroristischen Einsetzung einer antiproletarischen Einheitspartei und mit einer diese beiden „Maßnahmen" rechtfertigenden totalitären Ideologie, bestehend aus irrationalen Komponenten, der „Volksgemeinschaft", des „Führer"-Ethos und der Staatsallmacht. Es ging darum, die Massen widerstandslos in das faschistische System integrieren zu können. Der Zusammenbruch des Hitlerfaschismus veranschaulichte der vorerst geschlagenen deutschen Bourgeoisie drastisch, welche Konsequenzen ein betont irrationalistisches Integrationskonzept haben muß. Es war nicht nur bei der deutschen Arbeiterschaft diskreditiert, sondern noch stärker in den westlichen kapitalistischen Ländern, zumal dort genügend pragmatisches Verständnis dafür vorhanden war, daß eine Einbeziehung der deutschen Monopolbourgeoisie in die antikommunistische Globalstrategie ohne ideologische und praktisch-politische Umorientierung nicht opportun wäre. Für die angloamerikanische und französische Politik ging es fortan um die Konservierung des deutschen Antikommunismus, darum, ihn mit der rational begründeten Ideologie der Demokratie zu verschmelzen. Einig waren sich die alliierten Sieger und die deutsche Bourgeoisie in der Zielsetzung; infolgedessen konnte der faschistische Ausgangspunkt – nämlich der Integrationismus – kontinuierlich beibehalten werden. Unter dem Druck der Anschauungen des rationaleren westlichen Kapitalismus wurde die irrationale Hülle abgestreift und durch eine scheinbar gesellschaftsdienliche funktionale ersetzt.

Dieser Wandel im Überbau trat mit dem Grundgesetz nachhaltig in Erscheinung. Es kann als eine methodisch überzeugende Lösung des Problems einer Synthese von Antikommunismus und Demokratie gewertet werden. Der propagandistische Effekt liegt dabei in der Vermittlung des Glaubens, aus den Erfahrungen des Zerfalls des parlamentarischen Systems vor 1933 pragmatische und zukunftssichere „demokratische" Konsequenzen gezogen zu haben. In Wirklichkeit aber wurde „rational" lediglich der Faschismus modifiziert. Hierfür mögen zwei Beispiele genügen: Artikel 21 Grundgesetz bestimmt „an sich" freie Parteien zu Staatsorganen; der Versuch der KPD, sich dem zu widersetzen, führte zu ihrer Zerschlagung. Die Formel, der Kanzler bestimme die Richtlinien der Politik (Art. 65, GG) in Verbindung mit dem „konstruktiven Mißtrauensvotum" (Art. 67, GG) schließt direkt an die positive Seite der „Führer"-Rolle in der politischen Praxis an, die auf der effektiven Unkontrollierbarkeit der Exekutive beruht und inzwischen allen Staaten des organisierten Kapitalismus gemeinsam ist.

Der offenstehende Komplex einer die Politik des deutschen Nachkriegskapitalismus bestimmenden Einheitspartei wurde schließlich durch die Gründung der CDU/CSU gelöst. Um eine exakte soziologische Einsicht in den politisch-ökonomischen Charakter der westdeutschen staatlichen Ordnung zu gewinnen, ist es erforderlich, die Funktionsweise der CDU/CSU aufzudecken, und zwar unabhängig von dem Selbstverständnis der Mehrzahl ihrer Mitglieder und Funktionäre. Vorerst ist zu klären, warum unter den Bedingungen der BRD ebenso eine bürgerliche Einheitspartei mit totalitärem, also jede klassenpolitische Alternative der großen Mehrheit zerstörendem Anspruch gesellschaftlich notwendig ist, wie es 1933 der Fall war. Vordergründig spricht vieles gegen diese Kontinuität: es gab und gibt keine konjunkturelle Krisenlage wie gegen Ende der Weimarer Republik und es spricht nichts für eine mit jener Zeit zu vergleichende Breite der revolutionären proletarischen Massenbewegung. Allerdings wären dies nur aufs neue lediglich aktuelle Anlässe oder auslösende Momente gewesen, die es für die Bourgeoisie dringlich gemacht hätten, zum Typus der totalitären Einheitspartei zurückzukehren, wenn es 1949 wirklich die Konstituierung eines liberalbürgerlichen pluralen Parlamentarismus gegeben hätte. Einen solchen Rückfall in die überlebte historische Epoche des Kapitalismus war jedoch nicht zu erwarten; denn einmal blieb auch nach dem verlorenen Krieg der deutsche Kapitalismus staatsmonopolistisch organisiert, was zum anderen die Gesamtgesellschaft nicht aus der wachsenden Polarität von Arbeiterklasse und monopolistischer Bourgeoisie entließ, während in der liberalen Ära die Bourgeoisie in sich noch stark differenziert war. Und auf diese, den Liberalismus überholenden Polarität mußte der Staatsmonopolismus weiterhin mit totalitären Mitteln reagieren, um die emanzipatorische Vereinheitlichung der Arbeiterschaft qua Klassenbewußtsein angesichts einer sozialistischen DDR zu verhindern.

Es wird verschiedentlich darauf hingewiesen, daß das gesamte Parteiensystem in der BRD „der Substanz nach" zur Einheitspartei mit verschiedenen Fraktionen zusammengewachsen sei. Allein, ohne die Existenz der CDU/CSU, ohne die – monopolistischen Interessen verpflichtete – bürgerliche Einheitspartei hätte ein solcher Angleichungsprozeß nicht einmal der Tendenz nach stattfinden können, und überdies macht sich zwischen CDU/CSU und SPD in einem gravierenden Punkt eine letztlich kaum zu überbrückende Differenz geltend, die zwar einen ideologischen Ursprung hat, aber für das totalitäre bürgerliche Denken wichtig genug ist, darauf hinzuarbeiten, um die SPD zur endgültigen Kapitulation zu zwingen: es handelt sich darum, wie das konkrete Ordnungsgefüge des Sozialismus eliminiert werden kann, darüber hinaus, in welchem Verhältnis Gesellschaft und Staat stehen.

Solange die SPD gegenüber dem Kern der westdeutschen Arbeiterklasse, dem Industrieproletariat, infolge der stets präsenten gesellschaftlichen Alternative als Arbeiterpartei auftreten muß, kann sich selbst ihre derzeitige Führung um ihrer Selbstbehauptung willen nicht einem Antisozialismus verschreiben, der in erster Linie mit militärischen Mitteln operiert. Statt dessen wird die Konzeption einer ideologischen und politischen Aufweichung und Zersetzung der sozialistischen Länder von innen heraus verfochten. Daher stehen Konvergenztheorien oder „dritte Wege" im Vordergrund, was wiederum auf die grundsätzliche Diskussion des Verhältnisses von Wirtschaft, Staat, Gesellschaft Auswirkun-

Eine aktuelle Neuerscheinung

Rütger Schäfer

Die Misere der theologischen Fakultäten
Dokumentation und Kritik eines Tabus

etwa 200 Seiten, Anmerkungen, Literaturverzeichnis, Personenregister
Pbck 9,80 DM

Ein unentbehrliches Handbuch für jeden, der sich mit der Hochschulpolitik oder dem Verhältnis von Staat und Kirche befaßt. Es enthält u. a. eine Zusammenstellung der einschlägigen Bestimmungen der Kirchenverträge sowie der Satzungen, Prüfungs-, Promotions- und Habilitationsordnungen sämtlicher theologischer Fakultäten.

VERLAG HUBERT FREISTÜHLER
5840 Schwerte 1, Postfach 1226

gen hat. Immer noch müssen aus Gründen der ideologischen Einwirkung auf die Arbeiterschaft Rückgriffe auf „sozialistisch" gefärbte Reformismen vorgenommen werden. Der sozialdemokratische Integrationismus bleibt somit uneinheitlich. Hiervon ist der totalitäre CDU/CSU-Integrationismus sowie Antikommunismus aus soziologischen Bedingungen heraus frei; die ostpolitische Taktik hat daher einen unterschiedlichen politischen Stellenwert: sie dient der völligen Militarisierung der Gesellschaft. Wie weit der Einfluß der CDU/CSU trotz dieser soziologischen Divergenz immerhin gediehen ist, zeigt das „Weißbuch" des Verteidigungsministeriums unter dem Sozialdemokraten Helmut Schmidt. Erst dann, wenn die SPD unwidersprochen diese Position der CDU/CSU eingenommen hat, wird unter Führung letzterer der Faschismus abermals real hervortreten können.

Freilich gewann die CDU/CSU ihre umgreifende Dominanz, ihre ideologisch durchdringende Kraft nicht mit einem Schlage. Wie die Hitler-Partei hatte sie als erstes die politische Konkurrenz innerhalb des Bürgertums auszuschalten. In den 1949, 1953 und 1957 gewählten Bundestagen agierten noch eine Reihe beachtlicher Rechtsparteien, deren gesellschaftspolitische Leitbilder weitgehend traditionell ausgerichtet waren, wie das der DP und des BHE, um nur die bekanntesten zu nennen. Widerstand, wenn auch abnehmenden, leistet bis heute allein die FDP. So war die erste Etappe des Aufstiegs zur bürgerlichen Einheitspartei durch die schrittweise Einverleibung der konservativen Gruppen gekennzeichnet. Parallel dazu und in verstärktem Maße danach mußte dann die eigentliche Funktion der CDU/CSU voll zum Tragen kommen, die Ausschaltung der Massen aus den allgemeinpolitischen Willensbildungs- und politisch-ökonomischen Entscheidungsprozessen. Auf welche Weise im Rahmen dieser Zielrichtung vorgegangen wurde, ist exemplarisch dafür, welche praktische Bedeutung der herrschenden Idologie zukommt. Ausschaltung der politischen Mitwirkung der Massen ist identisch mit der Ausschaltung jeglicher alternativkräftiger Opposition. Das offen terroristische Vorgehen der Hitlerfaschisten war infolge des durch die Idee der Demokratie geläuterten Antikommunismus in der Aufbauphase des westdeutschen Staatsmonopolismus nicht denkbar. Was deshalb im Einklang mit den Prinzipien der alliierten Sieger erfolgte, war der Kampf gegen die gesellschaftliche, gegen die – philosophisch interpretiert – transformatorische deutsche Demokratieauffassung. Die Spuren von Hegel, Marx und Engels vermochte auch der 12jährige Hitlerterror nicht zu löschen. Unter der CDU/CSU-Ägide setzten zwei Bewegungen ein, zum einen die wissenschaftsinstitutionelle Etablierung der angelsächsischen Demokratievariante, die wegen ihrer empiristischen Einseitigkeit eine individuell internalisierte Kapitalismusbejahung intendiert, zum anderen die Kriminalisierung des fortschrittlichen deutschen Demokratiekonzepts. Diese praktisch-politische Umsetzung einer engen, rein kapitalistischen Ausdeutung des Demokratiebegriffs wurde im Namen rechtsstaatlicher Normen durch das von Adenauer beantragte Verbot der KPD eingeleitet und mit der Notstandsgesetzgebung vorläufig abgeschlossen, begleitet von einer rapiden Militarisierung des gesellschaftlichen und ökonomischen Lebens, was an der Fülle diesbezüglicher Grundgesetzänderungen abzulesen ist. Nicht allein die Herausdrängung von Kommunisten aus dem politischen Raum, sondern auch traditionell eingestellter Sozialdemokraten und Gewerkschafter stand von Anfang an auf der Tagesordnung der CDU/CSU-Integrationspolitik. Ihren Niederschlag fand diese Phase totalitärer „Demokratisierung" im reaktionären Betriebsverfassungsgesetz von 1952 und in der Konzeption einer „formierten Gesellschaft", ferner in der apolitischen Auslegung des Streikrechts und des Volksentscheids.

Waren in dieser umrißhaft skizzierten Entwicklungsstufe die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, um das Demokratieverständnis mit dem des voll entfalteten, historisch reiferen angelsächsischen Monopolkapitalismus gleichzuschalten, jede Abweichung dagegen als Staatsgefährdung zu verfolgen, so versucht die CDU/CSU unter der jetzigen Konstellation, den sogenannten alternierenden Wechsel von Regierung und Opposition aufzuheben. Für die CDU/CSU war es alarmierend, von der SPD mit Hilfe des antifaschistischen Flügels der FDP aus der politischen Zentrale herausgedrängt worden zu sein. Ihr wurde offenbar, daß innerhalb der Bourgeoisie auseinanderstrebende Tendenzen aufbrachen, ja aufbrechen mußten, weil sie die Funktion der Großen Koalition nicht überzeugend rechtfertigen konnte. Den Hintergrund bilden die auch unter den staatsmonopolistischen Bedingungen bestehenden Widersprüche zwischen den einzelnen

Gruppen des Kapitals, wenn es um die Verteilung des von der Arbeiterklasse geschaffenen Mehrertrages geht. Diese Widersprüche traten folgerichtig dann hervor, als die CDU/CSU gemeinsam mit der SPD eine die Überproduktionskrise ausnutzende forcierte Konzentrationspolitik zugunsten der Großwirtschaft betrieb, wobei die SPD-Technokraten aus ideologischen Motiven ihre Unterstützung nicht versagten, die CDU/CSU aber der ökonomischen Notwendigkeit folgte, die fallende Profitrate der Konzerne zu stabilisieren. Die Dialektik von Politik und Ökonomie führte unter den Vorzeichen des Parlamentarismus zum zeitweiligen Anwachsen der NPD, einer Sammlung der Klein- und Mittelbourgeoisie, die aus existenziellen Gründen das Privileg der CDU/CSU, Einheitspartei der bürgerlichen Klasse zu sein, von rechts her in Frage stellten, um ihrerseits eine faschistische Front zu propagieren. Zwei Tendenzen wurden jetzt freigesetzt: eine antifaschistische Welle, ausgelöst von der organisierten Arbeiterschaft, die zur Ablösung der CDU/CSU als Kanzlerpartei führte sowie eine sicherlich anhaltende Sammlung aller reaktionären Kräfte der Bourgeoisie unter der fortan unangefochtenen Führung der CDU/CSU, da nur ihr allein das Durchsetzungsvermögen zugesprochen wird, den Widerstand der Arbeiterschaft zu brechen.

Die aus objektiv ökonomischen Ursachen resultierende gesellschaftliche Polarisierung wird von der CDU/CSU demagogisch zu einer solchen von Demokratie und drohender Sowjetisierung verfälscht. Erneut bringt die Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Ordnung auf deutschem Boden die unheilvolle Tendenz zur faschistischen Herrschaftsform hervor; denn ihre historisch-materielle Ausgangslage und ideologische Verfassung treibt die CDU/CSU immer offener zur antiparlamentarisch verstandenen Machtübernahme. Indem sie sich in der ersten Etappe ihres Aufstiegs noch als konservatives Integrationselement ausgeben konnte, legte sie die Grundlagen für die Einbeziehung auch der reaktionärsten Schichten des Bürgertums. Und da für diese das normale parlamentarische Wechselspiel von Regierung und Opposition stets eine negative Qualität besitzt, würden Anerkennung sowie Einhaltung eines alternierenden Rhythmus den Einheitscharakter der CDU/CSU torpedieren. Jaspers ahnte vielleicht, was auf uns zukommt, wenn er auch den Weg in die Diktatur zu mechanisch beschrieb. Was alles an gesellschaftlichen Konfliktstoffen im politisch bestimmten Überbau des in erstaunlicher Naivität positiv bewerteten Zweiparteiensystems liegt, kann selbst unter den schwierigen Bedingungen der jetzigen Bundesregierung massenhaft so mobilisiert werden, daß eine oligarchische Unterordnung der SPD unter die CDU/CSU zu verhindern ist. Das aber heißt, die Diktatur von rechts zu verhindern. Die SPD hat zu „wählen": Noch steht die CDU/CSU formal „draußen vor der Tür".

Neuerscheinungen RK

SPARTAKUS – Assoziation Marxistischer Studenten

Rote Korrespondenz extra 1 (2. erweiterte Auflage) 2,– DM
„Produktivkraft Wissenschaft im staatsmonopolistischen Kapitalismus"
von Werner Marschall

Rote Korrespondenz extra 9, 1,50 DM
„Woran starb der SDS? Das Dilemma der Antiautoritären und die Konsequenzen marxistischer Studenten" von Siegfried Wolff

Rote Korrespondenz Normalnummer 9, 2,– DM

Bestellungen an die:
Werbe- und Literatur-Vertriebs GmbH, 235 Neumünster, Wendenstraße 4 a

Vom Liberalismus zur F.D.P.

Elisabeth Bessau

Liberale Parteien entstanden – neben den konservativen – als erste Parteien im heutigen Sinne. Parteien als festgefügte organisatorische Gebilde sind ein Produkt der kapitalistischen Gesellschaft, deren anarchische Produktionsweise sich widerspiegelt in einer Auflösung überkommener sozialer Bindungen, die in früheren Jahrhunderten starre politische Organisationen, wie Parteien entbehrlich machten. Wir kennen aus der vorangegangenen Epoche des Feudalismus Lager im Sinne einer Parteinahme für die eine oder andere Gruppe innerhalb der aristokratischen Oberschicht. Dabei handelte es sich aber immer um Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klasse.

Erst die sich herausbildende bürgerliche Gesellschaft im England des 17. Jahrhunderts brachte die ersten Parteien hervor, und zwar eine Partei des Königs, aus der sich die konservative und eine Partei der Bourgeoisie, aus der sich die liberale Partei entwickelte. Wie sehr ökonomische Belange im Vordergrund standen, ergibt sich schon daraus, daß das wichtigste parlamentarische Recht, das die bürgerliche der feudalen Klasse abtrotzte, das Recht der Steuerbewilligung war.

Da in Deutschland die bürgerliche Klasse später als in England zu einem Machtfaktor wurde, weil hier die feudale Agrarwirtschaft länger gegenüber der Industrie dominierte, bildeten sich auch erst im 19. Jahrhundert Parteien heraus. Binnen zweier Jahrzehnte entstanden drei verschiedene Richtungen: die konservativ-monarchistische, die bürgerlich-liberale und 1869 mit der Gründung der SPD die sozialistische.

Ideologische und politische Repräsentanten des Liberalismus zu Beginn und auf dem Höhepunkt seiner Wirksamkeit waren in Deutschland im 18. und 19. Jahrhundert Immanuel Kant, Wilhelm von Humboldt, Freiherr vom Stein, der Verfechter des Freihandels, Friedrich List sowie in der Weimarer Republik Friedrich Naumann, Hugo Preuß, Max Weber und Gustav Stresemann von der Deutschen Demokratischen und Deutschen Volkspartei.

In den Augen von Wilhelm von Humboldt „waren die Einschränkungen der Freiheit in den älteren Staaten ... drückender und gefährlicher", wobei er unter Freiheit im Sinne der liberalen Ideologie die Freiheit des einzelnen in seinem privaten Bereich verstand: „die Freiheit des Privatlebens (steigt) immer in eben dem Grade ..., in welchem die öffentliche sinkt."[1] Auch Kant sah Freiheit als individuelle; denn er folgert, „daß die bürgerliche Verfassung ein Verhältnis freier Menschen ist, die ... doch unter Zwangsgesetzen stehen." „Freiheit als Mensch" bedeutet für ihn: „Niemand kann mich zwingen, auf seine Art ... glücklich zu sein, sondern ein jeder darf seine Glückseligkeit auf dem Wege suchen, welcher ihm selbst gut dünkt, wenn er nur der Freiheit anderer, einem ähnlichen Zweck nachzustreben, die mit der Freiheit von jedermann nach einem möglichen allgemeinen Gesetze zusammen bestehen kann ..., nicht Abbruch tut."[2] Die Ideologie der persönlichen Freiheit, die durch niemanden angetastet werden darf, vor allem nicht durch den Monarchen oder Organe der öffentlichen Gewalt, stellte im ökonomischen Bereich die Rechtfertigung dar für den Laissez-faire-Kapitalismus, aber auch für die Forderung nach Freihandel.

Ihre Ideologie hinderte die Vertreter des liberalen Bürgertums im Weimarer Reichstag, die Abgeordneten der Deutschen Staatspartei, jedoch nicht daran, Hitlers Ermächtigungsgesetz zuzustimmen, das

1 Wilhelm von Humboldt, Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen (1792), Wuppertal 1947

2 Immanuel Kant, Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis. Teil II, Vom Verhältnis der Theorie zur Praxis im Staatsrecht (1793), Hamburg 1959

eine Periode einleitete, in der es weder gesellschaftliche, noch individuelle Freiheit mehr gab.

Zu Beginn der parteipolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik galt bis zum 31. März 1950 für die Zulassung politischer Parteien der Lizenzzwang der Besatzungsbehörden. Anhänger der alten Rechtsparteien hatten in jener frühen Zeit keine Chance, eine Lizenz zu erhalten. So mußten sie sich denn mit den gemäßigten Teilen des Bürgertums in neuen Parteien zusammenfinden. Das Ergebnis solcher Koalitionen sind die CDU/CSU und die FDP.

Als politisches Instrument zur Vertretung seiner Interessen schuf sich der sogenannte Mittelstand die FDP, die auf Bundesebene am 11. Dezember 1948 gebildet wurde.[3] Einig ist sich die FDP bis heute im Bekenntnis zur neoliberalen Marktwirtschaft, im Antiklerikalismus, in dessen Gefolge die Konfessionsschule abgelehnt wird, und in einer antiföderalistischen nationalstaatlichen Grundkonzeption. Die ursprüngliche Definition des Mittelstandes, die in den programmatischen Beschlüssen der FDP von 1949 noch anzutreffen war, wich – um neue Wählerschichten anzusprechen – einer immer weiteren Fassung, bis die FDP 1957 schließlich nicht nur Gewerbetreibende, Handwerker, Handel, freie Berufe, Beamte, sondern auch Arbeiter und Angestellte dazu zählte.

In ihrem Aktionsprogramm vom 5. April 1967 und in ihrem Konzept „Praktische Politik für Deutschland" vom 25. Juni 1969 steckte sie die vordringlichsten Ziele ab, die sie gegenwärtig im Interesse der nach wie vor von ihr in erster Linie vertretenen mittleren und kleinen Bourgeoisie zu erreichen trachtet. Wie erfolgreich sie damit seit Beginn der Koalition mit der SPD war, zeigt sich, sobald wir einige von ihnen uns genauer ansehen. Die Neuordnung des Bildungswesens spielt eine besondere Rolle: „Das gesamte Bildungswesen ist in einem Zusammenhang zu sehen, in dem Abschlußqualifikationen aller Stufen ohne den Zwang einer starren Reihenfolge erworben werden können." „Bildungsplanung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe ... Die Kompetenzen des Bundes in der Bildungspolitik müssen erweitert ... werden ... Voraussetzung einer Reform des Bildungswesens ist der Ausgleich finanziell bedingter Ungleichheit der Chancen ... Zur sozialen Integration, zur Begabungsförderung und zur Leistungssteigerung sind Einrichtungen ... vorzusehen."[4] Es würde zu weit führen, hier die bildungspolitische Konzeption der FDP in Einzelheiten zu analysieren, vielen ihrer Anliegen ist jedoch im Bericht der Bundesregierung zur Bildungspolitik vom 10. Juni 1970 Rechnung getragen, wobei eine Bildungsplanung als solche ja schon ihrem Wunsch entspricht.

Ferner lehnt die FDP die „paritätische Mitbestimmung des Montan-Modells" ab und fordert statt dessen gleich den meisten Vertretern der Unternehmer: „Die Möglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes müssen endlich voll ausgeschöpft werden."[5] Die Regierung in Bonn verfährt in Fragen Mitbetimmung getreu dem FDP-Konzept. Wieder befindet sich die FDP im Einklang mit vielen BDA-Repräsentanten, wenn sie den Arbeitern und ihren Gewerkschaften als Trostpflästerchen für den Boykott einer Ausdehnung der sogenannten paritätischen Mitbestimmung eine „Erweiterung von Möglichkeiten der Vermögesbildung" anbietet. Doch: „Jegliche Maßnahme, die das Ziel hat, private Vermögen umzuverteilen, wird entschieden abgelehnt."[6] Wie bekannt, ist ein Mittel indirekter Vermögensumverteilung eine starke Progression bei der Besteuerung von Gewinnen und Erbschaften. Die FDP fordert: „Die Doppelbesteuerung des Aktiengewinns benachteiligt den Kleinaktionär. Sie muß deshalb aufgehoben werden." „Im Zuge der Finanzreform darf die Gesamtsteuerbelastung nicht erhöht werden."[7] Auch im Bereich der Bildung von „Vermögen", so wie es die FDP versteht – nicht im Sinne einer Sicherheit, die echtes Vermögen bietet –, gab es für die FDP einen Erfolg durch die vorgesehene Verdoppelung des Betrages von 312 DM im Rahmen eines Vermögensbildungsgesetzes. Fraglich bleibt allerdings, wie ohne eine erhöhte Besteuerung der Monopolprofite ein ambitioniertes Bildungsprogramm verwirklicht werden kann.

Da die FDP Klein- und Mittelbetriebe für genauso notwendig wie Großbetriebe und die „Erhaltung einer breit gelagerten mit-

3 F.D.P. (Hrsg.), Übersicht über die Geschichte der Freien Demokratischen Partei, Bonn 1968, S. 3

4 F.D.P., Praktische Politik für Deutschland, Das Konzept der F.D.P., Bonn 1969, S. 7; F.D.P., Ziele des Fortschritts, Aktionsprogramm der Freien Demokratischen Partei, Bonn 1967, S. 10

5 F.D.P., Praktische Politik, a. a. O., S. 10

6 dies., Praktische Politik, a. a. O., S. 11

7 dies., ebenda; Ziele des Fortschritts, a. a. O., S. 16

telständischen Wirtschaft ... aus wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Gründen (für) geboten" hält, fordert sie: „eine Abkehr von der ... staatlichen Konzentrationsförderung; eine Verschärfung der Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen; eine vorbeugende Fusionskontrolle."[8] Der letzten Forderung kommt der Entwurf eines sogenanten Kartellgesetzes nach.

Die Vorstellungen der FDP zur Außenpolitik sind insbesondere aus dem Grunde zu beachten, weil ihr Vorsitzender Walter Scheel gleichzeitig Außenminister ist. Mag die Presse auch einwenden, „daß die außenpolitische Konzeption der Bundesregierung ... schon unter Brandt im Auswärtigen Amt entstanden war und im kleinen Beraterkreis des Kanzlers weiterentwickelt wurde"[9], so fällt dem Beobachter doch die sicher nicht zufällige Ähnlichkeit bestimmter Formulierungen des FDP-Konzepts mit der neuesten bundesdeutschen Ostpolitik auf: die FDP tritt ein „für einen gegenseitigen Gewaltverzicht ..., ... für Verhandlungen mit der DDR und den anderen Staaten des Warschauer Paktes"; denn „die Bundesrepublik und die DDR (stehen) ... zueinander in einem besonderen Verhältnis (und sind) ... im Verhältnis zueinander nicht Ausland".[10] Die FDP-Politiker wollen keineswegs die DDR anerkennen, sondern nur die Methoden bundesrepublikanischer Ostpolitik verfeinern. Durch „ständige ... Anpassung unseres Handelns" soll schließlich „ein Wandel durch Annäherung" erreicht werden.[11]

Zum Konzept der FDP gehören ferner die UNO-Mitgliedschaft der BRD, Friedensforschung und im Verteidigungssektor „eine Defensivstrategie" auf Grund von Überlegungen, wie sie in jüngster Zeit im Weißbuch von Bundesverteidigungsminister Schmidt Gestalt annahmen. „Solange sich in Europa zwei hochgerüstete Machtblöcke gegenüberstehen, bleiben Freiheit und Fortschritt gefährdet", wobei „Freiheit und Fortschritt ... durch die NATO garantiert werden".[12]

Die hier skizzierten Aspekte der FDP-Programmatik sind von Bedeutung für die aktuelle Politik im parlamentarischen Raum, doch darf dabei nicht außer acht gelassen werden, daß es prinzipielle Gemeinsamkeiten sämtlicher bürgerlicher Parteien gibt. Gemeinsam ist CDU/CSU, SPD, FDP und NPD, daß für sie keine Klassengegensätze existieren und sie sich somit an alle sog. Schichten des Volkes, aus denen die pluralistische Gesellschaft bestehen soll, gleichermaßen wenden und daß sie das private Eigentum an den Produktionsmitteln nicht antasten wollen. Bei dieser in den wesentlichen Punkten einheitlichen Konzeption der Parteien bedeutet Wahl nicht Auswahl zwischen verschiedenen Möglichkeiten der Gestaltung des gesellschaftlichen und politischen Lebens, sondern Verschleierung der Ohnmacht der großen Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung, in deren Interesse eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse liegen müßte. Wahl wird somit, ohne daß die Mehrheit der Wähler dies realisiert, zu einem Manipulationsinstrument. Manipuliert wird die Zustimmung zu an sich längst getroffenen Entscheidungen. Das Parlament seinerseits hat Entscheidungen zuzustimmen, die es in seiner Mehrheit nicht gefällt hat, sondern die an anderem Ort beraten und gefällt wurden. Die Selbstentmachtung des Parlaments vor allem in ökonomischen Angelegenheiten – man denke etwa an das Stabilitätsgesetz oder an den Einfluß von Wirtschaftsverbänden auf das, worüber das Parlament noch entscheidet –, ist um so bedeutsamer, wenn man bedenkt, daß es gerade die Entscheidung über wirtschaftliche Fragen wie Steuern und Haushaltspolitik war, in derem Zeichen die bürgerlichen Parteien zum Kampf gegen die feudale Monarchie angetreten waren. Wen wundert da noch folgende Feststellung des ehemaligen Berliner FDP-Fraktionsvorsitzenden Ronge: „Diejenigen, die etwas zu sagen haben, sind heute nicht mehr bereit, ins Parlament zu gehen. Ins Parlament gehen Leute, die bereit sind, das zu sagen, was andere zu sagen haben."

Nichtsdestoweniger sind es die jüngsten Wahlen zu den Länderparlamenten, die die FDP in das Zentrum des allgemeinen Interesses gerückt haben. Für die Bourgeoisie erfüllt die FDP – gleich der NPD auf der entgegengesetzten Seite des bürgerlichen Parteienspektrums – eine Art Reservefunktion. Sie dient dazu, auch innerhalb einer sozialliberalen Koalition jede reformistische Maßnahme zum Vorteil der Arbeiterklasse, wie sie etwa von Gewerkschaftsseite angeregt werden dürfte, im Keim zu ersticken; man denke z. B. an

8 F.D.P., Ziele des Fortschritts, a. a. O., S. 17; Praktische Politik, a. a. O., S. 14
9 Die Zeit, Hamburg, 8. Mai 1970
10 F.D.P., Praktische Politik, a. a. O., S. 16 f.
11 dies., Ziele des Fortschritts, a. a. O., S. 26 f.
12 dies., Praktische Politik, a. a. O., S. 18 f.

eine Ausdehnung der sog. paritätischen Mitbestimmung, an eine höhere Besteuerung der Monopolprofite oder an eine Erweiterung der Leistungen des Systems sozialer Sicherungen. Die FDP mit ihrer Minorität an Abgeordneten spielt somit eine bedeutsame Rolle zur Sicherung der Interessen der Bourgeoisie. Daneben verficht sie die besonderen Anliegen des Mittelstandes, den zu fördern nicht Ziel des Großkapitals, wie es sich um die CDU/CSU herum gruppiert, sein kann. So ist beispielsweise der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU), Fertsch-Röver, FDP-Mitglied. Im Hinblick auf diese eigenständigen Anliegen besitzt die FDP zweifellos mehr Gewicht in einer Koalition mit der SPD als in einer solchen mit CDU/CSU, da die zahlenmäßige Schwäche der SPD im Vergleich zur CDU sie zu mehr Konzessionen an den Partner zwingt. Kurzfristig bringt auf diese Weise dem reformistischen Flügel der Arbeiterbewegung eine derartige Koalition mit einer auch von ihrem Selbstverständnis her bürgerlichen Partei keine Vor-, sondern Nachteile, da Gesetze mit dem Ziel einer bescheidenen Hebung des Lebensstandards der Arbeiterklasse in der Regel vereitelt werden. Eine SPD/FDP-Koalition könnte langfristig nur dann einen beschränkten Nutzen bringen, wenn sie bis zu den nächsten Bundestagswahlen Bestand hätte, und die SPD in den Augen einer hinreichenden Zahl von Wählern aufwerten würde, so daß es ihr möglich wäre, allein eine Regierung zu bilden. Erst dann könnte die Führung veranlaßt werden, dem Druck derjenigen Mitglieder nachzugeben, die z. B. eine Ausweitung der Mitbestimmung oder eine Anerkennung der DDR fordern. Bis dahin kann die bestehende Koalition auch für reformistische Arbeiter nicht mehr sein als das kleinere von zwei Übeln. Wie sehr die SPD im Augenblick auf die FDP angewiesen ist, zeigt die Tatsache, daß sowohl sie als auch der DGB je zwei Millionen DM Wahlkampfschulden der FDP bereits übernahmen und für die Landtagswahlen weitere übernehmen wollten.[13]

In jener Reservefunktion zur Wahrung der Interessen der Bourgeoisie im Falle eines zeitweiligen Zurückgedrängtseins der CDU/CSU – wie wir es gegenwärtig erleben – erschöpft sich heute die historische Rolle des Liberalismus in der BRD; denn seine weltanschauliche Eigenständigkeit verschwand, sobald wesentliche Bestandteile von ihm zur herrschenden Ideologie wurden, wie: „Das Bekenntnis zur Freiheit des einzelnen Menschen ... Das Bekenntnis zur privaten Initiative ... Das Bekenntnis zum Privateigentum, zu einer liberalen Wirtschaftsordnung ... Das Bekenntnis zu einer offenen Gesellschaft ..."[14]

Vordergründig sind für den Bestand der FDP allein Wahlen entscheidend: „Es ist ein Jahr, in dem eine Anzahl von Landtagswahlkämpfen stattfindet, die über die Erfolgschancen der F.D.P. entscheiden werden." „Wenn es zur Rebellion kommen sollte, müßte zweierlei geschehen: Die Landtagswahlen ... müßten für die FDP miserabel ausfallen ... Zum zweiten müßten die Konservativen in der FDP das Gefühl haben, ihr Einfluß in der Partei sei ... zu Ende."[15] Es ist nicht zu leugnen, daß tendenziell ihr Stimmenanteil bei Wahlen zurückgeht:

Prozentanteil an den gültigen Stimmen bei Bundestagswahlen

1949	1953	1957	1961	1965	1969
11,9	9,5	7,7	12,8	9,5	5,8

Der Aufschwung 1961 ist nicht – wie die FDP Glauben machen will –[16] auf den Wechsel des Parteivorsitzes 1960, der Erich Mende an die Spitze brachte, zurückzuführen, sondern (abgesehen von CDU-Verlusten, die jedoch den Anteil, der insgesamt nicht auf die großen Parteien fiel, mit 18,4 Prozent gegenüber 18 Prozent 1957 unverändert ließen) darauf, daß erstmals DP und BHE nicht mehr als selbständige Parteien bei einer Bundestagswahl kandidierten und dadurch 5,2 Prozent der Stimmen (als GDP) einbüßten. Dies läßt sich auch bei Aufschlüsselung der Ergebnisse nach Ländern und ihren einstigen Hochburgen feststellen. Die FDP verlor in der Regel bei Bundestagswahlen in ihren einstigen Hochburgen die meisten Stimmen an die CDU/CSU.

Schwerer als der Stimmenrückgang wiegt jedoch der Verlust der ökonomischen Basis ihrer traditionellen Mitglieder, eine Situation, an der auch nicht deren relativ gleichbleibende Zahl von 90 000 etwas ändert.[17] Die fortschreitende Klassenpolarisation durch Absinken großer Teile des gewerblichen und bäuerlichen Mittelstan-

13 Industriekurier, Düsseldorf, 6. Juni 1970

14 Walter Scheel, Die Freien Demokraten, Bonn, 1970, S. 7
15 Walter Scheel, a. a. O., S. 16; Die Zeit, Hamburg, 24. April 1970
16 F.D.P., Übersicht über die Geschichte, a. a. O., S. 4
17 Die Zeit, Hamburg, 15. Mai 1970

des in das Proletariat auf der einen und durch Konzentration der Produktionsmittel in immer weniger Händen auf der anderen Seite vermindert die Zahl derjenigen Bürger, deren besondere Belange die FDP vertrat und vertritt. Der ökonomischen Machtkonzentration entspricht die politische, indem die CDU/CSU allmählich sowohl die NPD als auch die FDP aufsaugt. Der Liberalismus dient dann nur mehr der Rechtfertigung der Herrschenden, so daß – was Friedrich Schiller 1793 für die Monarchie feststellte – auch für den staatsmonopolistischen Kapitalismus gilt: „Wenn ein monarchischer Staat auf eine solche Weise verwaltet wird, daß, obgleich alles nach einem einzigen Willen geht, der einzelne Bürger sich doch überreden kann, daß er nach seinem eigenen Sinn lebe und bloß seiner Neigung gehorche, so nennt man dies eine liberale Regierung."

Neuerscheinung

facit Reihe 4

120 Seiten DM 4,–

PROLETARIAT UND KUNST

Expressionismus und Realismus

Materialien zur Theorie – Praxis einer antiimperialistischen Literatur und Kunst

F. W. Plesken und G. Peters

Gesellschaft, Künstler und Kommunismus
Wieland Herzfelde

Inhaltsverzeichnis

Einleitung F. W. Plesken: Imperialismus, Faschismus und Volksfront – Zur Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft im Deutschland des 20. Jahrhunderts

Kapitel I F. W. Plesken: Expressionismus, Imperialismus und Faschismus – Die Bloch-Lukács-Kontroverse

Kapitel II Günter Peters: Realismus und Klassenkampf – Die Brecht-Lukács-Kontroverse

1. Brechts Stellung zum Expressionismus
2. „Das Typische" als Leitfaden einer Explikation des Realismusbegriffs bei Lukács und Brecht
3. Brechts Realismusbegriff

Kapitel III F. W. Plesken: Basis und Überbau – Georg Lukács und das Problem einer marxistisch-leninistischen Literaturtheorie

1. Zur Klärung einiger Grundbegriffe des historisch-dialektischen Materialismus
2. „Kritischer" oder Sozialistischer Realismus – Zum Revisionismus bei Georg Lukács
3. Ansätze zu einer marxistisch-leninistischen Theorie der Kunst

Literaturverzeichnis

Anhang

Vorbemerkung

Wieland Herzfelde: „Gesellschaft, Künstler und Kommunismus"

Die DKP – marxistische Partei der Arbeiterklasse

Günther Judick

Im September 1968 konstituierte sich in Frankfurt der Bundesausschuß der Deutschen Kommunistischen Partei, um eine neue, legale kommunistische Partei in der Bundesrepublik zu schaffen. Die fortschreitende Rechtsentwicklung, die im Aufsteigen der neonazistischen NPD und in der Annahme der von der CDU ausgearbeiteten Notstandsgesetze ihren sichtbarsten Ausdruck fand, machte die Gründung einer entschieden antifaschistischen, konsequent demokratischen und sozialistischen Partei der Arbeiterklasse erforderlich. Angesichts des völligen Einschwenkens der SPD-Führung auf die CDU-Linie in der damaligen großen Koalition, angesichts ihrer Zustimmung zu den NS-Gesetzen, angesichts auch der verschiedensten konfusen „linken" Theorien und Gruppierungen, in die die demokratische Opposition auseinanderzufallen drohte, war die Konstituierung der DKP als marxistische Partei der notwendige Schritt, um der antimonopolistischen Bewegung in der Bundesrepublik eine stabile Organisation mit einer wegweisenden Strategie und Taktik zur Verfügung zu stellen. Die DKP stellte dabei keinerlei Führungsanspruch, sondern verstand und versteht sich als eine einigende Kraft in der demokratischen, antimonopolistischen Bewegung Westdeutschlands.

12 Jahre KPD-Verbot, um dessen Aufhebung auch die DKP vom ersten Tag ihres Bestehens an kämpft, 50 Jahre Antikommunismus als Staatsdoktrin; die auch von vielen progressiven Kräften nicht verstandenen, aber von der DKP als notwendig anerkannten Maßnahmen gegen die Konterrevolution in der CSSR, Antisowjetismus und Hetze gegen die sozialistische Ordnung der DDR machten es der DKP nicht gerade leicht, ihre Organisation aufzubauen und sich im politischen Leben durchzusetzen. Doch alle Spekulationen der Herrschenden, in die sich konstituierende Partei hineinwirken zu können und sie in Fraktionskämpfe zu verwickeln, erwiesen sich bereits auf dem Essener Parteitag als gescheitert. Heute ist die DKP mit rund 30 000 Mitgliedern eine zwar noch kleine, aber ideologisch geschlossene und organisatorisch feste marxistische Kampfpartei, die sich in großen Aktionen, wie z. B. während der Septemberstreiks 1969 und beim Treffen Brandt/Stoph in Kassel, bewährte.

In den auf dem Essener Parteitag angenommenen Dokumenten, der Grundsatzerklärung und dem Parteistatut, wird der politische Standort der DKP klar abgesteckt. „Als marxistische Partei ist die DKP eine politische Organisation der Arbeiterklasse und aller Werktätigen der Bundesrepublik Deutschland. Die Partei wirkt auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus und gemäß der auf dem Parteitag beschlossenen Politik", heißt es im Statut.

Im Gegensatz zu allen anderen Parteien der Bundesrepublik, die ihren bürgerlichen Charakter, ihre Rolle als Träger des staatsmonopolistischen Systems dadurch verdecken, daß sie sich als „Volksparteien" deklarieren, ist die kommunistische Partei eindeutig Klassenpartei der Arbeiterklasse. Sie dient nicht der „Klassenharmonie", die stets nur Unterordnung der Volksmassen unter die Profitbedürfnisse des Kapitals bedeutet, sondern dem Kampf der ausgebeuteten Mehrheit des Volkes gegen die Ausbeuter. Sie ist damit eine wahrhaft demokratische Partei. Als marxistische Partei der Arbeiterklasse strebt die DKP die Überwindung der spätkapitalistischen Gesellschaft der Bundesrepublik und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft an. Für die Kommunisten ist diese sozialistische Gesellschaft ein klar zu bestimmendes Ziel. Die DKP sagt dazu in ihrer Grundsatzerklärung:

„Die sozialistische Gesellschaftsordnung setzt die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Volksschichten voraus. Der Sozialismus gründet sich wirtschaftlich auf das gesellschaftliche Eigen-

tum an allen wichtigen Produktionsmitteln, auf die planvolle und rationelle Nutzung und Mehrung aller gesellschaftlichen Quellen und Mittel zum Wohle des ganzen Volkes ..." (Protokoll des Parteitages, Seite 236).

Mit dieser vom Marxismus bestimmten klaren Definition des Sozialismus-Begriffs grenzt sich die DKP deutlich ab von allen rechts- und linksopportunistischen Kräften. Durch diese inhaltliche Bestimmung der Grundvoraussetzungen des Sozialismus wird auch das Verhältnis der westdeutschen Kommunisten zum real bestehenden Sozialismus in der DDR und den anderen sozialistischen Ländern Europas, Asiens und Amerikas bestimmt.

Die DKP ist mit den sozialistischen Ländern und der internationalen kommunistischen Bewegung fest verbunden. So konnte sie bereits auf dem Essener Parteitag Beobachter-Delegationen von 18 Bruderparteien Europas begrüßen. Seither hat die DKP mit den meisten dieser Parteien in zwei und mehrseitigen Beratungen feste Kontakte hergestellt. An der internationalen Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien im Sommer 1969 in Moskau nahm die DKP zwar noch nicht teil, doch wurden ihre Ergebnisse vom Parteivorstand diskutiert und gebilligt. An den Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Lenins war die DKP mit einer eigenen Delegation in Moskau beteiligt.

Praktische Solidarität mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes und der anderen Völker Indochinas gegen den amerikanischen Imperialismus, Solidarität mit den Antifaschisten Spaniens und Griechenlands und mit den Opfern der israelischen Aggression in Nahost ist selbstverständliche ständige Pflicht eines jeden Kommunisten. Wo immer Aktionen der Solidarität in der Bundesrepublik stattfinden, sind Kommunisten dabei. Die DKP übersieht dabei nicht, daß die wichtigste Solidarität einer jeden kommunistischen Partei mit dem Kampf der Arbeiterbewegung anderer Länder die Entfaltung des antimonopolistischen Kampfes im eigenen Land entsprechend den Bedingungen des eigenen Landes ist. Das Selbstverständnis der DKP als marxistische Arbeiterpartei, als Klassenorganisation von Gleichgesinnten zum gemeinsamen Kampf, bestimmt schließlich auch die Organisationsform und die Organisationsprinzipien der Partei. Als freiwillige Kampfgemeinschaft erarbeitet sie ihre Politik im Kollektiv der ganzen Partei; daran mitzuarbeiten, ist nicht nur ein Recht, sondern Pflicht eines jeden Parteimitglieds. Deshalb muß jedes Parteimitglied einer Grundorganisation angehören und dort mitarbeiten. Die im Ergebnis der Diskussion erarbeitete Politik und die sich daraus ergebenden Beschlüsse sind für alle Mitglieder der Partei verbindlich. Eine solche einheitliche Disziplin für alle Mitglieder, eine solche Allgemeinverbindlichkeit der Beschlüsse ist nur in einer Klassenpartei Gleichgesinnter möglich, in der es in den Grundfragen keine prinzipiellen Unterschiede der Interessen gibt. In allen bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien sind deshalb Fraktionskämpfe unvermeidbar, ist Manipulation der Mitglieder unter die Herrschaftsinteressen des Kapitals erforderlich. Eine Partei wie die DKP, die nur den werktätigen Klassen verpflichtet ist, kann eine neue, höhere Qualität innerparteilicher Demokratie und Disziplin als dialektische Einheit verwirklichen. Zu den Organisationsprinzipien einer marxistischen Kampfpartei gehört schließlich auch, daß die Partei nach dem Territorial- und Produktionsprinzip organisiert ist. Die DKP versteht sich nicht in erster Linie als Wahlpartei, sondern als aktive Klassenorganisation, die überall dort aktiv wirkt, wo der Klassenkampf seine entscheidenden Fronten hat. Deshalb sind in der DKP die Betriebs- und Hochschulgruppen den Wohngebietsorganisationen in ihren Rechten völlig gleichgestellt.

Der Kampf um den Sozialismus, das Ziel der DKP, erfordert den Kampf um die Gewinnung der Mehrheit der werktätigen Menschen für dieses Ziel. Das ist keine Frage einer abstrakten Sozialismus-Propaganda, sondern der Gewinnung des Vertrauens der Massen im täglichen Klassenkampf um ihre konkreten Interessen. Bereits Marx und Engels haben im „Kommunistischen Manifest" geschrieben, daß „die Kommunisten keine von den Gesamtinteressen des Proletariats getrennten Interessen haben". „Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten!"

Entsprechend dieser Bestimmung kommunistischer Strategie und Taktik im „Manifest" entwickelt auch heute die DKP ihre Politik in den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen, in der staatsmonopolistischen Ordnung der Bundesrepublik, mit dem Ziel, sie am Ende eines langen Prozesses von Klassenauseinandersetzungen zu überwinden.

Das Etappenziel, das die DKP in ihrer Essener Grundsatzerklärung ansteuert, ist die demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft durch den antimonopolistischen Massenkampf. Es ist kein Programm revisionistischer Anpassung, wie manche Kritiker von „links" meinen, die ihren eigenen Verzicht auf den Kampf um die Gewinnung der Massen mit scheinradikalen Phrasen vertuschen. Es ist ein konkretes, dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis im Klassenkampf entsprechendes Programm der Durchsetzung demokratischer, die Allmacht der Monopole zurückdrängender Reformen.

Der Kampf um konkrete Schritte zur europäischen Sicherheit, für die Anerkennung der Nachkriegsgrenzen und völkerrechtlich verbindliche Beziehungen zur DDR ist konkreter Kampf gegen die wachsenden Aggressionsabsichten des deutschen Großkapitals, das sich angesichts wachsender ökonomischer Stärke nicht mit seinem beschränkten politischen Machtbereich abfinden will.

Das Eintreten für Mitbestimmung der Werktätigen in der Wirtschaft, im Betrieb und in allen Bereichen der Gesellschaft ist klar als antimonopolistisches Programm konzipiert, mit dem demokratische Gegenmacht entwickelt, die Klassenpositionen der Arbeiterklasse verbessert werden sollen. Die Vorstellungen der DKP haben hier keinerlei Gemeinsamkeit mit jenen revisionistischen und das spätkapitalistische System stabilisierenden Reformvorstellungen, wie sie von der SPD-Führung und ähnlichen Kräften zur Beruhigung der Arbeiter im Interesse des Systems entwickelt werden.

Bei jedem einzelnen Reformvorschlag der DKP geht es um die Frage: Wem nutzt die Maßnahme? Wer soll sie verwirklichen? Entscheidend für die DKP ist stets der Nutzen für die werktätigen Menschen, die sie im Kampf verwirklichen müssen.

Gerade angesichts der Tatsache, daß das staatsmonopolistische System gezwungen ist, eine Vielzahl von Reformen einzuleiten, daß dies zudem noch unter den Bedingungen einer Systemkonkurrenz mit dem Sozialismus geschieht (was die Kampfpositionen der Arbeiter verbessert), kann eine revolutionäre Arbeiterpartei nicht die Rolle eines besserwissenden Zuschauers spielen, sondern muß im Interesse der Arbeiter in die Bewegung eingreifen, sie vorantreiben, an die Grenzen des kapitalistischen Systems heranführen. Nur so wird im täglichen Kampf das Vertrauen der Massen wachsen, ihre Politisierung Fortschritte machen und auch die Erkenntnis wachsen, daß letztlich die Macht des Großkapitals beseitigt und durch die Macht der Arbeiter selbst ersetzt werden muß.

Die Zielstellung einer demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft ist also das genaue Gegenteil einer opportunistischen, reformistischen Zielstellung. Alle Reformvorschläge der SPD (z. B. auf ihrem Saarbrücker Parteitag) gingen davon aus, Spannungsfelder abzubauen, die spätkapitalistische Gesellschaft effektiver für die Herrschenden zu machen, die Arbeiter noch stärker an das Kapital zu binden, neue Abhängigkeitsverhältnisse zu schaffen. Kriterium der DKP-Vorstellungen ist die Verbesserung der Kampfpositionen der Arbeiterklasse zum Kampf gegen das Kapital. Es ist ein revolutionäres Kampfprogramm entsprechend der Entwicklungsstufe des Klassenkampfes in unserem Land.

Ein konkretes Kampfprogramm anstatt revolutionärer Phrase ermöglicht auch eine konkrete Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit allen antimonopolistischen Kräften. Es ermöglicht, sozialer und nationalistischer Demagogie von rechts mit klaren Kriterien entgegenzutreten und zu entlarven. Damit hat dieses Programm entscheidende Bedeutung für die Bekämpfung der weiteren Rechtsentwicklung in diesem Land.

Von besonderer Bedeutung für die Politik der DKP ist das Verhältnis zu den Sozialdemokraten. Die SDP ist, neben den Gewerkschaften, die größte Organisation in der Arbeiterklasse, sie hat dort den größten politischen Einfluß. Die Mehrheit der Arbeiterklasse für die demokratische Erneuerung, für die sozialistische Umgestaltung zu gewinnen, ist unmöglich ohne die Gewinnung der sozialdemokratisch denkenden Arbeiter für dieses Ziel. Deshalb ist der Kampf um die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten und anderen Arbeitergruppen eine objektive Notwendigkeit.

Kampf um Aktionseinheit ist jedoch kein Nachtraben hinter der Politik der rechten

SPD-Führung. Diese setzt sich das Ziel, die Arbeiter und ihre Organisationen in das System des Spätkapitalismus zu integrieren. Wir Kommunisten wollen das genaue Gegenteil, nämlich dieselbe Arbeiterklasse, im Bündnis mit anderen antimonopolistischen Kräften, in Aktion zum einheitlichen Handeln gegen die Machtposition des Großkapitals führen. Der Kampf um die Aktionseinheit ist also die der Integrationspolitik der SPD-Führung entgegengesetzte Klassenpolitik der Arbeiterklasse. Die Klarstellung dieser Grundlage der Aktionseinheitspolitik der DKP ist besonders heute, angesichts einer von der SPD geführten Bundesregierung notwendig. Veränderungen in Richtung Fortschritt werden nicht von selbst kommen, nicht von der Regierung ausgehen, sondern nur durch den Kampf der antimonopolistischen Kräfte erreicht werden, die die Ablösung der CDU aus der Regierung erzwangen..

Deshalb nutzen die Kommunisten auch die Möglichkeit der Wahlkämpfe aus, um durch selbständige Kandidatur die Notwendigkeit des Handelns der antimonopolistischen Kräfte – ganz gleich bei welcher Regierung – zu unterstreichen.

Viele Studenten und Oberschüler haben in den 2 Jahren der Existenz der DKP den Weg in diese Partei gefunden. An vielen Universitäten und Hochschulen bestehen DKP-Grundorganisationen. Die Partei der Arbeiterklasse hat damit im Hochschulbereich Fuß gefaßt. Ihre Mitglieder aus dem Hochschulbereich stellen sich fest auf die Positionen der Arbeiterklasse, der Kraft, die die neue, sozialistische Gesellschaft schaffen wird.

facit Reihe 3

Revolutionäre
Strategie
und antiimperialistischer Kampf
in Westeuropa –

Karl Marx
und die inneren Widersprüche
des
modernen Imperialismus

von Prof. Dieter Klein

facit aktuell Nr. 3 **Der SDS in Sofia** 124 Seiten. DIN A4
(Dokumentation zur Vorgeschichte des Ausschlusses von 5 Genossen aus dem SDS) 1,- DM+Porto

Die „linken" Sozialdemokraten in Frankreich

Zur Geschichte, Struktur und politischen Theorie der PSU

Peter Schöttler

Der Zusammenschluß verschiedener linkssozialdemokratischer Gruppierungen zum Parti Socialiste Unifié – PSU (Vereinigte Sozialistische Partei) im Jahre 1960 war Ausdruck und Folgeerscheinung der Krise der französischen Sozialdemokratie, deren üble Rolle von Vichy über den Indochinakrieg und die Suez-Krise, bis hin zum Algerienkrieg und zum Staatsstreich de Gaulles 1958 zu ihrer zunehmenden Diskreditierung im Bewußtsein der werktätigen Massen geführt und gleichzeitig aber die gesamte Linke, einschließlich der Kommunistischen Partei, entscheidend geschwächt und zur Niederlage gebracht hatte.

Im folgenden soll anhand von Selbstdarstellungen und Materialien der PSU sowie von Analysen französischer Kommunisten versucht werden, die Geschichte und Struktur sowie einige Aspekte der politischen Theorie dieser Partei darzustellen, die sich selbst zum Ziel setzt: „den Aufbau einer neuen sozialistischen Kraft, die sich vom Kommunismus und von der Sozialdemokratie unterscheidet",[1] darzustellen.

Auch scheint eine derartige Untersuchung in der gegenwärtigen politischen Konjunktur der Bundesrepublik nicht ohne Nutzen; hilft sie doch vielleicht, Illusionen innerhalb der westdeutschen Linken bezüglich eines „dritten Weges" – ob im ML- oder im SPD-Gewand – als solche zu erkennen.[1a]

I.

Formal ist die PSU entstanden aus der Fusion von drei Organisationen, deren Kennzeichen Hinweise genug sind zu einer ersten Charakterisierung der neuen Partei als Summe dieser verschiedenen Strömungen.

Zunächst der Parti Socialiste Autonome (PSA), ein Flügel der SFIO, der sich im Dezember 1958 allein auf Grund der Algerienpolitik der Führung um Guy Mollet von der Mutterpartei gelöst hatte. Der PSU-Historiker Cayrol schreibt denn auch, daß der Grund für die Abspaltung der PSA „nicht die Infragestellung der Prinzipien gewesen sei, auf denen die Sozialdemokratie beruht, sondern im Gegenteil die Feststellung, daß diese Prinzipien durch die Aktionen der Sozialistischen Partei verraten wurden".[2] Die neue Partei umfaßte wiederum drei Hauptrichtungen, eine technokratische[3] (Rocard u. a.), eine trotzkistische (Pivert, Rous u. a.) sowie eine traditionell-sozialistische (Savary[4], Verdier, Depreux u. a.). Eine vierte Richtung, von der Radikalsozialistischen Partei kommend (deren Generalsekretär J. J. Servan Schreiber inzwischen ist), mit

Anmerkungen

1 Michel Rocard, Le PSU et l'avenir socialiste de la France, Paris 1969, S. 49

1 a Der Kuriosität halber sei hier auch auf eine Zeit verwiesen, da der inzwischen eingegangene SDS noch bewundernd zum PSU-Kongreß in Clichy hinschielte, einer Zeit z. B., da Oskar Negt noch Vorsitzender des SDS-Schiedsgerichts war ... Vgl. Rainer Zoll, Zur Situation der PSU, in: Neue Kritik-Informationen, Nr. 5, Mai 1961

2 Roland Cayrol, Histoire et sociologie d'un parti, in: Michel Rocard, a. a. O., S. 16

3 Diese Richtung stand vor allem in der Tradition der „Planisten", die in den 30er Jahren auf eine Ersetzung des Klassenkampfprinzips durch eine Planung im Rahmen des Kapitalismus zielten sowie auf eine erhöhte Rationalisierung der Arbeit, eine Ausweitung der Konsumtion (auch vermittels der Inflation) und eine Beteiligung der Gewerkschaften an der Leitung der Betriebe. Züge dieser „linken Technokratie" sind im übrigen ebenso bei Gaullisten (L. Vallon, P. Le Brun) wie bei J. J. Servan-Schreiber oder M. Rocard zu finden. Vgl. François Hincker, La naissance et l'histoire du PSU, in: La Nouvelle Critique, Nr. 33, S. 11

4 Savary ist heute 1. Sekretär des im Juli 1969 aus der SFIO und einigen kleinen Gruppen neugebildeten Parti Socialiste Français (= Sozialistische Partei)

Pierre Mendès-France[5] und Charles Hernu an der Spitze, schloß sich im September 1959 durch individuellen Eintritt an.
Das zweite Kettenglied war die Union de la Gauche Socialiste (UGS). 1957 aus linkskatholischen (M.L.P.), trotzkistischen und anderen Gruppierungen (so den Resten des Rassemblement Demokratique Révolutionaire von Sartre und Camus) gebildet, brachte diese Gruppe ein Konglomerat individualistischer und „intellektualistischer" Ideologien mit, die insbesondere durch eine antikommunistische, aber auch antiparlamentarische politische Stoßrichtung gekennzeichnet waren und zwangsläufig zu Widersprüchen mit der traditionalistischen PSA führen mußten. Dennoch war es die UGS, die der PSA die Vereinigung anbot.
Als dritte Gründungsorganisation der PSU ist die Gruppe um das Blatt „Tribune du Communisme" anzusehen. Sie zählte nie mehr als 400 bis 500 Anhänger und bestand im wesentlichen aus ehemaligen Mitgliedern der KPF, die 1956 nach der Konterrevolution in Ungarn ausgetreten oder ausgeschlossen worden waren. Bekannteste Vertreter dieser Gruppe waren Serge Mallet, Jean Poperen und Marcel Penin. Über die Beteiligung dieser Gruppe, die sich zunächst „comité provisoire de liaison pour la réunification du mouvement ouvrier" (= Provisorisches Verbindungskomitee für die Wiedervereinigung der Arbeiterbewegung-sic!) nannte, an der Gründung der PSU schreibt Francois Hincker: „Sie war äußerst symbolisch für das, was eine Konstante der ‚kleinen Linken' gewesen war und sein würde: nicht die Ablehnung des Bündnisses mit der Kommunistischen Partei, sondern das Bündnis mit einer anderen Kommunistischen Partei, einer umgeformten Kommunistischen Partei, für die ‚Tribune du Communisme' ein noch sehr bescheidenes Bild sein konnte."[6]

Die mit dieser Vielfalt an Gruppierungen, Strömungen und Fraktionen innerhalb der PSU gegebene, sowohl ideologische als auch politisch-praktische Heterogenität, von der der heutige Generalsekretär Michel Rocard sagt: „Wir werden sie wie ein Kleinod bewahren"[7], fand in der kurzen Geschichte der PSU ihren Ausdruck in einem „nicht nur organisierten, sondern sakralisierten" Fraktionsrecht.[8] Auf den einzelnen Parteitagen wurden unablässig Kampfabstimmungen, Stimmenzählungen, Fraktionssitzungen, Fraktionszählungen usw. praktiziert und jede Fraktion, die auf ihren Hauptantrag mindestens 10 Prozent der Delegierten vereinigen konnte, hatte ein Anrecht auf eine entsprechende Vertreterzahl im Nationalkomitee.[9] „Die PSU der Jahre 1960–63 stellt einen wahren Mikrokosmos dar, in dem ungefähr alle Konzeptionen eines demokratischen Sozialismus gegeben sind, wo jede Fraktion Mitstreiter für ihre eigene Konzeption zu gewinnen sucht, wo aber wenig Anstrengungen gemacht werden, um eine klare Synthese herauszuarbeiten."[10]
Es ist nicht möglich, hier die Geschichte der PSU und ihrer politischen Linien und Kämpfe darzustellen. Vermerkt sei jedoch, daß ab 1963 sich immer mehr die „modernistische" Richtung mit Rocard, Mallet u. a. gegenüber „traditionalistischen" Fraktionen durchzusetzen begann.

Sie lehnte auf dem 5. Parteitag (1967) einen Eintritt in die FGDS (= Föderation der demokratischen und sozialen Linken; umfaßt SFIO, die Gruppe um Mitterand u. a.) ab, nachdem sie bereits während der Kandidatur Mitterands 1965 einen „autonomen" Wahlkampf unter der Losung der „sozialistischen Alternative" geführt hatte. Auf diesem entscheidenden Parteitag gelang es denn auch einer Fraktion aus „Modernisten", Trotzkisten (Naville) und Ultra-„linken" (gauchistes) endgültig, die Führung der Partei zu übernehmen. Rocard löste den Sozialdemokraten Depreux als Generalsekretär ab, und es bildete sich zum ersten Male ein relativ homogenes Nationalkomitee.
Unter dessen Ägide spielte die PSU während der Mai-Ereignisse 1968 ihre Karte

5 Mendès-France war 1954/55 Ministerpräsident und unterzeichnete damals unter dem Druck der militärischen Siege des Vietminh das Genfer Abkommen über die Beendigung des Indochina-Krieges. Er erzwang 1954 von der franz. Nationalversammlung die Annahme der „Pariser Verträge" über die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in die NATO. Als Gegner des Gaullismus rutschte Mendès-France nach links zur PSU. Während der Mai-Ereignisse zeigte er sich sogar unter schwarzen Fahnen. Dann verließ er – 1968 – wieder die PSU, um im Frühjahr '69 mit dem reaktionären Sozialdemokraten Deferre ein Tandem für die Präsidentschaftswahlen zu bilden, das eine ekletante Niederlage erlitt.
6 Hincker, a. a. O., S. 12
7 Rocard, a. a. O., S. 78
8 Roland Cayrol, Le choix du PSU, in: Revue française de science politique, Vol. XVII, 1967, S. 931
9 Cayrol, Histoire et sociologie d'un parti, a. a. O., S. 27
10 ebenda, S. 19

des „3. Weges" voll aus, indem sie sich vorbehaltlos hinter jene stellte, die proklamierten, „die Staatsmacht liegt auf der Straße", und die der KPF und der CGT vorwarfen, nicht gewaltsam die Macht ergriffen zu haben.[11] Auch verkündete die PSU eifrig „links"radikale Losungen, nach denen „alles möglich" sei, gleichzeitig hintertrieb sie aber die einzige reale Alternative: das Bündnis aller linken Parteien und Gewerkschaftsorganisationen. Zu guter Letzt schloß sie sich der Parole an „élections = trahison" (Wahlen = Verrat), was sie jedoch nicht hinderte, selbst über 300 Kandidaten aufzustellen.[12]

Auf dem 6. Kongreß (1969) schließlich standen sich zwei fast gleich große Fraktionen gegenüber: die eine sprach sich für ein „Nein" beim Referendum aus, das de Gaulles Rücktritt bringen würde, die andere propagierte den Boykott der Abstimmung (sic!). Die Entwicklung der PSU von einer abgespaltenen linkssozialdemokratischen Partei zu einer Partei des technokratischen Reformismus mit gewissen ultra„linken" Zügen geht einher mit einer fast vollständigen Erneuerung ihrer Mitgliedschaft sowie dem Abtreten der alten Leitungskader (Depreux, Poperen, Martinet usw.). Vor allem die alten Kader der PSA und die nicht trotzkistischen Teile der UGS verlassen die Partei. Von 100 Mitgliedern der PSU (1968) traten ein: 1960 24, 1961 3, 1962 3, 1963 2, 1964 2, 1965 5, 1967 14, 1968 aber 42. Waren 1960 32 Prozent aus einer der Linksparteien (KPF, SFIO, Radikalsozialistische Partei) zur PSU gestoßen gegenüber 26 Prozent zum erstenmal Organisierten, so betrug dieses Verhältnis Ende 1968 3 : 93! Gleichzeitig sank das Alter der neuen Mitglieder: waren 1960 nur 28 Prozent jünger als 30 Jahre, so waren es 1967 44 Prozent und 1968 67 Prozent.
Schließlich sei noch auf die soziologische Entwicklung hingewiesen. Zählte die PSU 1960 noch 5 Prozent Studenten, so erhöhte sich diese Zahl bis 1968 auf 18 Prozent, ebenso die der Ingenieure von 1 Prozent auf 14 Prozent, der Professoren und Dozenten (sic!) von 11 Prozent auf 13 Prozent. Demgegenüber sank der Anteil der Werktätigen (Arbeiter, untere Angestellte, Lehrer) von 46 Prozent auf 34 Prozent.
Der Entwicklung hin zu „linken" Phrasen entsprach nur zu deutlich der Rückgang des Anteils der Werktätigen und die Zunahme der „Intellektuellen".[13] Die PSU macht sich aus dieser Entwicklung jedoch ihren Reim. Zum einen erhebt sie die eigene politisch-ideologische Heterogenität zum Fetisch, zum anderen überträgt sie sie wie selbstverständlich auf die Ebene der Gesellschaft insgesamt: „Eine Vielfalt, die in unseren Augen die grundlegende Garantie der Demokratie in der Gesellschaft ist."[14] Auch antwortet Rocard auf die darauf sich sofort stellende Frage nach dem Klassencharakter der PSU lediglich dadurch, daß er sämtliche sozialen Schichten aufzählt, an die sie sich wendet.[15] Gleichzeitig lehnt er nicht nur den Begriff der „Diktatur des Proletariats" als „stalinistisch" zugunsten dem der „Hegemonie" ab, sondern betont explizit, daß es um eine „kollektive Hegemonie des Volkes" gehen müsse, da es eine Führung durch die Arbeiterklasse auf Grund objektiver Strukturveränderungen in den hochindustrialisierten Ländern nicht geben könne. „Es ist völlig falsch, daß der Kampf der Bauern, der Studenten, der Angestellten, der Beamten, der Lehrer heute dem Kampf der Arbeiter untergeordnet ist. Das ist ein stupides Schema."[16]

Widersprüche, die zwischen diesen einzelnen Schichten auftauchen, werden also nicht unter dem Gesichtspunkt der führenden Rolle der Arbeiterklasse gesehen, vielmehr sollen sich diese Schichten in und außerhalb der Partei voll entfalten. Daher ein Organisationstyp mit Fraktionsrecht.
Auch „genügt, um eine politische Partei funktionieren zu lassen, ein explizites Übereinkommen über die mittelfristige Kampfstrategie".[17] Die PSU, die sich als revolutionäre Partei versteht (mit Bezug auf Marx!), lehnt damit ausdrücklich auch die Einheitlichkeit von Theorie und Praxis, die Hinweise von Marx und Lenin auf die Unversöhnlichkeit von bürgerlicher und proletarischer Ideologie usw. ab.[18]
Wie bereits angedeutet, ist die PSU in erster Linie als eine Akademiker-Partei

11 Vgl. Jacques Duclos, Anarchistes d'hier et d'aujourd'hui, Paris 1968, S. 26 und Waldeck Rochet, Les enseignements de mai-juin 1968, Paris 1968, S. 31 und 38
12 Die PSU verlor bei diesen Wahlen alle ihre Sitze (4)
13 Vgl. Hincker, a. a. O., S. 13
14 Rocard, a. a. O., S. 78
15 ebenda, S. 66
16 ebenda, S. 67; vgl. Anmerkung 43
17 ebenda, S. 78
18 Vgl. ebenda, sowie für identische Positionen:

(34 Prozent gegenüber 13 Prozent Arbeitern)[19] anzusehen: „Wir haben proportional ein bißchen mehr leitende Angestellte dazugewonnen als mittlere Angestellte."[20] Der organisatorische Aufbau unterstützt aber noch diese Struktur dadurch, daß nicht die „Gruppe" als Entscheidungsebene fungiert, sondern erst die nächsthöhere Stufe, die „Sektion". Hier, auf großen Versammlungen und in schwerfälligen Gremien, macht keiner den kleinbürgerlichen Intellektuellen das Wort streitig – wie jahrzehntelange Erfahrungen in sozialdemokratischen Parteien zeigen.[21] Die Dominanz der Intellektuellen bleibt auf diese Weise gesichert. Sie verstärkt sich noch in den Führungsgremien. Der inspecteur des finances (Finanzrat – wie Pompidou) Rocard ist also durchaus repräsentativ für diese Struktur.[22]

II.

Es ist natürlich nicht möglich, sämtliche Aspekte der gesellschaftspolitischen Analyse und Theorie der PSU, insbesondere in ihrer Konkretion auf die französischen Verhältnisse hin und in ihren vielfältigen Varianten innerhalb dieser Partei selber, hier zu behandeln. Gewissermaßen exemplarisch soll deshalb die Frage des Klassencharakters des französischen Staates und sein Verhältnis zur Großbourgeoisie und den Mittelschichten sowie die objektiven Entwicklungstendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Frankreich in der Analyse der PSU dargelegt werden.[23] Das erscheint nicht zuletzt auch deshalb sinnvoll, weil – bei allen dem Material immanenten Zufälligkeiten, Ungenauigkeiten und Widersprüchen – die Natur des Staates, wie ihn die PSU darstellt, nur zu deutlich zeigt, welcher Art die Revolution ist, die der PSU vor Augen schwebt.

In den auf dem 6. Parteitag (1969) angenommenen Thesen heißt es zur Analyse des gegenwärtigen französischen Kapitalismus: „Die augenblickliche Phase des Kapitalismus kann charakterisiert werden durch eine zunehmende Unterwerfung des Staatsapparates unter die Kriterien und Bedürfnisse der kapitalistischen Wirtschaft. Die Entwicklung der Rolle des Staates drückt sich u. a. in der Degenerierung des Parlaments aus, das zu einem bloßen Statisten wird und aufhört, das Zentrum der Kompromisse zwischen den sozialen Schichten der Bourgeoisie zu sein. Der gaullistische Bonapartismus drückt diese neue Realität aus: das Schiedsgericht (arbitrage) findet unmittelbar auf der Ebene des Staatschefs statt, aber die Personalisierung der Macht verdeckt in Wahrheit seine Ausübung in den Entscheidungs- und Konzertierungszentren zwischen den Technokraten und den Vertretern der Unternehmerschaft."[24] Diese Definition kann als typisch für die PSU angesehen werden: in fast marxistischer Terminologie finden wir allgemein richtige Aussagen mit problematischen Positionen vermengt. Es fehlt in dieser Analyse letztlich das Entscheidende: die kapitalistischen Monopole. Stattdessen spricht man von „Unternehmerschaft" oder von „kapitalistischer Wirtschaft" ganz allgemein. Auch ist die Tendenz bemerkbar, dem Staat eine Schiedsrichterfunktion über den Klassen zu geben, wie es die bürgerliche Ideologie propagiert. Daß dies nicht zufällig geschieht, zeigt ein weiteres Dokument, das den 6. Parteitag vorbereiten sollte, wo es heißt: „In der gegenwärtigen Phase des Kapitalismus hat der Staat auf sehr viel präzisere Weise, besonders in Frankreich, die Aufgabe, zwischen den Interessen des Großkapitals und denen der zurückgebliebenen kaufmännischen und industriellen Kleinbourgeoisie sowie den Handwerkern zu vermitteln (arbitrer)." [25]

Hier wird die Vermutung bestätigt, daß in den Augen der PSU der gaullistische Staat nicht nur nicht Staat der Monopole, sondern z. T. die Interessen der Kleinbourgeoisie gegenüber dem Großkapital vertritt. Aber das genügt noch nicht. Manuel Bridier, einer der Theoretiker der PSU, schreibt: „... der bürgerlich-demokratische Staat erscheint uns als im Augenblick gekennzeichnet durch die Macht der Lobbies, durch die unproportionale Bedeutung der marginalen Interessen."[26]

Das heißt: „Unfähig die Kosten der sozialen Politik zu zahlen, mußte er (der franz. Kapitalismus, P. S.) folglich die Unterstützung des Kleinbürgertums suchen, dem entschiedensten Gegner des technischen Fortschritts und der kollektiven Entwicklung (sic!). Hier besteht der Hauptwiderspruch des Regimes und der herrschenden Klasse. Der Gaullismus ist im Gegensatz zu den Behauptungen der KPF nicht ausschließlich das Regime der großen Monopole."[27] Auch wenn es zutrifft, daß die gegenwärtige Regierung dem Druck der Kleinbourgeoisie und der Lobbies ausgesetzt ist, (aber um wieviel mehr noch dem der Arbeiterklasse!) ist hiermit nicht mehr und nicht weniger gesagt, als daß der staatsmonopolistische Kapitalismus – als Stufe der zunehmenden Verschmelzung von Monopolen und Staat, der „Stimulierung der monopolistischen Konzentration der Produktion und des Kapitals und der Umverteilung des größten Teils des Nationaleinkommens durch den Staat, der Erteilung von Rüstungsaufträgen an die Monopole, der staatlichen Finanzierung der industriellen Entwicklung und der wissenschaftlichen Forschung, der Aufstellung von Programmen der ökonomischen Entwicklung im Landesmaßstab, der Politik der imperialistischen Integration und neuer Formen des Kapitalexports"[28] – nicht existiert. Die PSU, die sich gerne modernistisch darbietet, bleibt damit in ihren Analysen hinter Lenins Imperialistentheorie und ihren Konsequenzen für den bürgerlichen Staat zurück. Sie wirft in einen Topf den Hauptfeind der Arbeiterklasse und deren potentielle Verbündete; insofern „unterstützt sie, ob sie es will oder nicht, die Politik der Herrschenden und der Koalition Gaullisten/Zentrum, deren eines ihrer Hauptziele es bleibt, die nichtmonopolistischen bürgerlichen Schichten von der Interessengemeinschaft und der notwendigen Solidarität ‚der ganzen herrschenden Klasse' zu überzeugen ..."[29]

Jedoch kann man sich auch bei der PSU der Haupttendenz, nämlich der Polarisierung hin auf die beiden Hauptklassen, Großbourgeoisie und Arbeiterklasse, nicht ganz verschließen. Man ist in seiner Analyse flexibel und widersprüchlich genug, um nicht völlig an der tagtäglichen Realität des radikalen Verzweiflungskampfes immer größerer Teile der kleinbürgerlichen Schichten vorbeisehen zu können: „Diese Krisen, die diesem oder jenem Sektor eigen sind, fügen sich den permanenten Widersprüchen des modernen Kapitalismus an, machen das politische Gleichgewicht des gaullistischen Regimes immer prekärer. Es bestehen daher Möglichkeiten der Sammlung (dieser nicht-monopolistischen Kräfte, P. S.), die man ohne Zögern gegen das System ... ausnutzen muß."[30]

Bei allen Differenzen in der konkreten Analyse gegenüber marxistischen Arbeiten, könnte man dennoch aus dem Vorangegangenen eine Strategie des gemeinsamen Kampfes aller von den Monopolen ausgebeuteten Schichten und Klassen unter Führung der Arbeiterklasse entwickeln. Dies ist derartig evident, daß die Theoretiker der PSU in ihren Thesen nicht umhin können, darauf zu antworten: „Die sozialistische Strömung darf nicht die Bildung von sogenannten antimonopolistischen Fronten unterstützen, deren Kennzeichen es ist, konservative Interessen, die an archaische Formen der Produktion und der sozialen Organisation gebunden sind, mit denen der ausgebeuteten Werktätigen zu verknüpfen."[31] Die Kriterien für diese Bündnisverweigerung, deren trotzkistische Wurzeln augenscheinlich sind und die nur zu gut mit technokratischen Elementen sich vereinen, lauten: Ein zu forderndes Ziel „muß sich in die sozialistische Linie einreihen und ein Voranschreiten des technischen Fortschritts ermöglichen. Hier liegt das Kriterium für die Vermittlung sekundärer Widersprüche innerhalb der werktätigen Schichten. Das verurteilt insbesondere jedes Ziel einer bloßen sozialen Verteidigung, die es nicht erlauben würde, auf die Formen, Strukturen und die Verteilung des Einkommens in der sozialistischen Gesellschaft zu antizipieren ..."[32]: Der technische Fortschritt

---

R. Garaudy, Le grand tournant du socialisme, Paris 1969, S. 284 (Rezension in Facit Nr. 19)

19 Der Prozentsatz ist gegenüber 1960 unverändert geblieben. Diese Arbeiter sind in der Mehrzahl in den CFDT organisiert und bilden den christlichen Kern dieser Gewerkschaft.

20 Rocard, a. a. O., S. 69

21 Jean Rony, Un parti de cadres supérieurs, in: La Nouvelle Critique, Nr. 33, S. 23

22 Vgl. Duclos, a. a. O., S. 11. Rocard hat es zu einer wahren Theorie der führenden Rolle der Intelligenz gebracht, wenn er schreibt: „Es gibt eine Menge Formulierungsarbeit, die die spezifische, wenn nicht vordringliche Arbeit der Intellektuellen ist. Aber diese unbedingt notwendige Aufgabe der Definierung der Ziele ... hat Bedeutung nur, wenn die Arbeiterklasse kämpft. Umgekehrt kann der Kampf der Arbeiterklasse übrigens in die Irre geführt werden, wenn er nicht mit theoretischen Hinweisen und richtigen strategischen Orientierungen versorgt wird." (a. a. O., S. 67) Die Arbeiter kämpfen, und die Intellektuellen formulieren, setzen Ziele usw. – also führen.

23 Vgl. Jacques De Bonis, Le PSU, l'Etat et la révolution, in: La Nouvelle Critique, Nr. 33, S. 14 ff.

24 Les 17 thèses du PSU, abgedruckt in: Rocard, a. a. O., S. 132

25 Tribune Socialiste, v. 2. 10. 1969

26 Cahiers du Centre d'Etudes Socialistes, Nr. 32—33

27 Les 17 thèses du PSU, a. a. O., S. 131

28 Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien – Moskau 1969, Prag 1969, S. 21

29 De Bonis, a. a. O., S. 17

30 Les 17 thèses du PSU, a. a. O., S. 160

31 ebenda, S. 160/161

32 ebenda, S. 159

als Kriterium für die Ausnutzbarkeit dieses oder jenes Aspektes der kapitalistischen Ausbeutung im Klassenkampf und die Ablehnung des Bündnisses mit allen Schichten, deren Proletarisierung ja eben deshalb vor sich geht, weil ihre „archaischen" Produktionsformen der monopolkapitalistischen Großproduktion und ihren Konsequenzen weichen müssen. Das Großkapital ist nicht so wählerisch!

Jacques de Bonis deutet diese eigenartige Widersprüchlichkeit in der Strategie der PSU wie folgt: „Man kann darin m. E. den Zwiespalt sehen ... zwischen einem ‚revolutionären guten Willen', dessen Wurzeln im Mutterboden der christlichen Moral stecken und einem Klassenstandpunkt, der sie (diese Leute, P. S.) übersensibel macht für Probleme der Hierarchie und einer ‚Lebenswelt' von Beamten, leitenden Angestellten und Technokraten, die zu einer gewissen Empfänglichkeit für die ‚progressiven' Seiten des Großkapitals führt."[33] Ein letztes Zitat zu diesem Komplex aus dem PSU-Organ „Tribune Socialiste": „Zwischen dem industriellen Großkapital, das eine rasche Expansion braucht, notfalls mit Hilfe der Inflation, und der riesigen Masse der kleinen und mittleren Betriebe, die vor allem sich vor den technischen Veränderungen zu schützen suchen, bestehen unzählige Widersprüche. Öffnung der Grenzen oder ihr Schutz, Beibehaltung der steuerlichen Privilegien oder Kampf gegen Ungleichheit und Wucher, Stützen auf große modernistische Techniker oder Konzessionen an die poujadistische Kleinbourgeoisie, Liberalismus oder Autoritarismus in der Innenpolitik und Sozialpolitik, Beibehaltung einer gelenkten offiziellen Information oder Versuch, dem Fernsehen ein Minimum an Objektivität wiederzugeben, schließlich Verfolgung um jeden Preis des privaten Profits oder Erhaltung der Vorrechte des Staates (im kapitalistischen Rahmen natürlich), alles stellt diese zwei Fraktionen einander gegenüber ..."[34]

Die Monopole als Träger des Fortschritts, die Kleinbourgeoisie als faschistoider Verteidiger des status quo: die Ähnlichkeit mit klassisch-reformistischen Texten, in denen ebenfalls von der Konzentration des Kapitals als Anzeichen für die zunehmende Fäulnis des Systems und seine Reife für den Sozialismus auf die Fortschrittlichkeit der Monopole selbst geschlossen wurde, ist frappierend.

Daß es in erster Linie die Monopole sind, die auch in Frankreich vermittels des Staates auf allen Ebenen die Formierung der Gesellschaft vorantreiben, um auf diesem oder jenem Wege ihre Profitraten weiter steigen zu lassen, wird nicht gesehen. Daß nicht industrieller Fortschritt oder gar die Bedürfnisbefriedigung der Gesellschaft Ziele der Monopole sind, sondern allein die Profitmaximierung, daß für sie eben noch mehr als für die Kleinbourgeoisie die Forderung nach „Profit um jeden Preis" gilt und die „Beibehaltung der Vorrechte des Staates" nur ein Mittel zu diesem Zweck ist, bleibt ebenfalls unbeachtet.
Die Trennung von Staat und Monopolen in den Theorien der PSU hat zwei Folgeerscheinungen:

a) Es „verschwindet" der Staat als Umverteiler des Nationaleinkommens und Regulator im Monopolinteresse; denn: „... von dem Augenblick an, wo die Betriebe die Selbstinvestition praktizieren, brauchen sie nicht mehr in dem Maße die Banken. Die reale Macht geht wieder über auf das Industriekapital und nicht auf das Finanzkapital."[35] Dieser allen empirischen Untersuchungen über die Verschmelzung von Bank- und Industriekapital zum Finanzkapital widersprechenden ideellen Rückkehr (sozusagen) zum Kapitalismus der freien Konkurrenz entspricht denn auch plötzlich wiederum eine vormonopolistische Funktion des Staates: „In der nahen Zukunft wird die wichtigste Funktion des Staates mehr sozialer Art sein als ökonomischer, seine Rolle als Wahrer der Ordnung und Organisator des ‚sozialen Friedens' wird wichtiger sein als seine regulierende Rolle"![36]

b) Auch das Kapital wird schwer fixierbar. Denn nicht mehr einige Großaktionäre eignen sich den gesellschaftlichen Reichtum an, nein, das Aktienkapital werde (entgegen allen Statistiken, aber entsprechend den Theorien des alten Bernstein) immer weiter gestreut: „Die großen Unternehmen, diejenigen, die die Entwicklung des Systems garantieren, sehen ihr Eigentum(!) immer mehr zerstreut unter eine Vielzahl von Aktionären ohne Macht, während ihre Leitung von Kadern bewerkstelligt wird, die wahre Funktionäre des Kapitals sind und nur einen äußerst geringen Teil des Eigentums besitzen. Die Großbourgeoisie definiert sich heute mehr als das Milieu(!) der großen Unternehmensleiter und der Verwalter von industriellen und finanziellen Gesellschaften als das der individuellen Kapitalisten."[37] Daß Kleinaktionäre ohne reale Macht sind, ist sicherlich richtig, daß zahlreiche Monopolherren ihre Geschäfte durch Technokraten und Manager verwalten lassen, auch. Deshalb aber die KAPITALISTENklasse zugunsten der Manager verschwinden zu lassen (und warum nicht auch gleich die Arbeiterklasse?), ist schlichtweg ein Taschenspielertrick, der, wenn er auch wohl kaum von der PSU insgesamt vertreten wird, auf ein Einschwenken in die Linie der konvergenzlerischen Theorien der „Industriegesellschaft" hinausläuft.
Die PSU hat, wie wir an einigen Punkten sehen konnten, das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, nämlich die Verschärfung des Grundwiderspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Form der Aneignung und die Polarisierung der Klassen, insgesamt nicht erfaßt. Daher starrt sie fasziniert auf die großen Monopole und ihre technokratische Ideologie. Daher erweist es sich für sie in der Praxis als unmöglich, eine konkrete Strategie hin zum Sozialismus zu entwickeln; und sie muß folglich immerzu globale Forderungen nach der „sozialistischen Alternative" als Sofortmaßnahme stellen (ein Sozialismus ohne Diktatur des Proletariats, d. h. ohne die führende Rolle der Arbeiterklasse und ohne die Führung der marxistisch-leninistischen Partei!). Der Kampf der Arbeiterklasse oder gar anderer Schichten kann damit nicht wirklich vorangetrieben werden; man bleibt hängen in der handwerklerischen Perspektive „antikapitalistischer Strukturreformen", wie Gorz und andere sie als strategisches Konzept entworfen haben.[38]

III.

Eine Partei des „3. Weges" kann sich vieles leisten. Sie kann heute nach dem bewaffneten Aufstand rufen und morgen Wahlkampf machen, wie man ihn nur von Sozialdemokraten her kennt. Dem entspricht die Praxis der PSU.

Jean Goldzink hat kürzlich ausführlich die Wahlkampfmaterialien Michel Rocards aus seinen drei Wahlkämpfen 1967, 1968 und 1969 im Wahlkreis der Yvelines (westlich von Paris) untersucht.[39] Seine Ergebnisse seien hier kurz skizziert, um damit auch ein Licht auf die politisch-praktischen Orientierungen der PSU zu werfen.
1. Bei den Wahlen 1967 kandidierte Rocard zum ersten Male für die Nationalversammlung. Das Image, das er sich zu geben suchte, war das eines jungen, hartnäckigen, wirtschaftspolitischen Experten, der als Kandidat einer zerstrittenen Linken einigend und Klarheit schaffend zur politischen Verantwortung drängt. Dabei richtete er sich vor allem an eine „white collar"-Wählerschaft. In seiner Kritik des Gaullismus griff Rocard in erster Linie de Gaulles Nationalismus und Chauvinismus an, der z. B. „die Fortführung des Aufbaus Europas unter gesunden politischen Bedingungen verhindert."[40] Auf innenpolitischer Ebene bringe eine konservative Politik ein Abbremsen des ökonomischen Wachstums und der Sozialausgaben mit sich, weil sie letztlich scheitere am Widerspruch zwischen ihrer Ideologie (dem ök. Liberalismus) und der Notwendigkeit der ökonomischen Planung(!) — (vgl. hier die SPD-Kritik an der CDU/CSU). Der Regierung warf Rocard damit einfach Inkompetenz und Unfähigkeit vor, wie es ein beispielhaftes Zitat dokumentiert: ... „das Regime war nicht fähig, die privaten Bankverbindungen in Gang zu bringen, die es entwickeln wollte, um einen Neubeginn des Wachstums zu ermöglichen."[41] Sozusagen die Inkompetenz Pompidous, die Verbindungen der Rothschild-Bank in Gang zu bringen ...
Die Reformvorschläge, die Rocard vorbrachte und zu popularisieren suchte, waren in ihrer Allgemeinheit dementsprechend: eine „moderne Politik", die auf die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung zielt usw. Keine Arbeiterpolitik, keine Politik der Lohnerhöhungen, Preissenkungen oder gar Verstaatlichung, wie sie die KP fordert (diese Problematik scheint Rocard 1967 überhaupt noch nicht zu kennen), sondern lediglich „Erhaltung der Vollbeschäftigung" und „Neubau von 550 000 Wohnungen pro Jahr." Auf ein Wählerpotential des rechten Flügels der

33 De Bonis, a. a. O., S. 18. Vgl. auch Claude Prévost, Les étudiants et le gauchisme, Paris 1968, S. 68, wo näher auf die Vereinbarkeit von ultra„linken" und technokratischen Positionen eingegangen wird.
34 Tribune Socialiste, v. 2. 10. 1969

35 Manuel Bridier, a. a. O.
36 Tribune Socialiste, v. 2. 10. 1969

37 Les 17 thèses du PSU, a. a. O., S. 136
38 Vgl. dazu: Josef Schleifstein, Bemerkungen zur Strategie der Arbeiterbewegung, in: Marxistische Blätter, Sonderheft 3/68, S. 167 ff.

39 Vgl. Jean Goldzink, Trois campagnes électorales du PSU dans les Yvelines, in: La Nouvelle Critique, Nr. 32, S. 14 ff.
40 ebenda, S. 17
41 Tribune Socialiste, v. 14. 9. 1967

FGDS und Teilen des Zentrums abgestellt und noch nicht einmal den Versuch andeutend, den Kommunisten die klassenbewußte Arbeiterschaft streitig zu machen, erfüllte Rocards „sozialistisches" Wahlprogramm, das sich entscheidend durch die völlige Abwesenheit zusammenhängender Theorie (auch vom Anspruch her) auszeichnete, nur zu gut den Zweck der Köderung gerade durch die Proletarisierung betroffener Schichten wie der „Neuen Arbeiterklasse" in ihrer Definition durch Serge Mallet.[42]

Keine der Forderungen Rocards 1967 hatte auch nur entfernt sozialistischen Charakter, der Begriff „Sozialismus" (der zudem selten auftaucht) wurde als Leerformel benutzt.

2. Bei den Juni-Wahlen 1968 spielte Rocard die Karte der Mai-Ereignisse. Die PSU avancierte auch wahltaktisch zur „revolutionären Partei". Da der Kapitalismus erledigt, die übrige Linke „verknöchert" ist, repräsentiert sie die moderne Revolution. Die Losungen sind die des Mai: Arbeitermacht, Bauernmacht, Studentenmacht, Selbstverwaltung, Solidarität mit der 3. Welt, Klassenkampf usw. — Begriffe, die 1967 nicht ein Mal erscheinen. Die PSU gab sich als führende Kraft der Revolte und verlangte eine „Wirtschaft im Dienste der Arbeiter", eine „sozialistische Kulturpolitik"(!) usw. Die „zurückhaltende" allgemeine Analyse von 1967 wurde umgekehrt: 1968 war „alles möglich".

3. Im Mai 1969 trat Rocard zum dritten Male an; diesmal gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Couve de Murville, auf den sowohl die neue Regierung Pompidou/Chaban-Delmas als auch Teile des Zentrums die Fehler der gaullistischen Vergangenheit abzuschieben suchten.

Dementsprechend trat Rocard auf. In seinen Wahllosungen und seiner Programmatik kehrte er im allgemeinen zu denen von 1967 zurück. Nur hie und da behielt er marxistische Begriffe, die sich seither bewährt hatten (Klasse, kapitalistisch, Imperialismus). Der Artikel, der diesmal unter der Etikette PSU verkauft werden sollte, lag gewissermaßen zwischen 1967 und 1968. Es galt vor allem PSU und Sozialismus zu identifizieren (ein „demokratisch-menschlicher" allerdings).

Die programmatische Analyse, die in den Materialien geliefert wurde, brachte drei neue Themen im Vergleich zu 1967: a) „man muß das Regime stürzen", b) „sozialistische Lösungen sind notwendig", c) „Arbeiterkontrolle". Worin diese Kontrolle durch die Werktätigen bestehen soll, wurde nicht gesagt. Die weiteren „Vorschläge" entsprachen dann auch den bereits 1967 verlangten „realen Veränderungen". Bei der magischen Formel vom „Sturz des Systems" und den „sozialistischen Lösungen" war es ebenso: mit wem? gegen wen? wie? Rocard ließ alles offen. Wahlkampftaktik oder theoretische Unfähigkeit? Jedenfalls trug es bei zur Gewinnung von Stimmen. Dieses „Argument" stand wohl auch dahinter, wenn Rocard weder Pompidou in seinen Wahlmaterialien erwähnte oder angriff (Alles sollte als Schuld de Murvilles dargestellt werden, obwohl doch Pompidou bis 1968 Ministerpräsident gewesen war), noch dessen Koalition mit dem Zentrum. Ebenso fand das peinliche Thema „Vietnam" in keinem der Wahlkämpfe Rocards 1967, 1968, 1969 Erwähnung! Das Ziel war klar: für Rocard galt es bei dieser Wahl die Wählermehrheit, die sich im Frühjahr für de Gaulles Rücktritt gefunden hatte und die bis hin zur Rechten ging, noch einmal zusammenzubringen.[43] Die hier nur angedeutete heuchlerisch-opportunistische (Wahlkampf-)Praxis Rocards ist sicherlich nicht für ihn spezifisch, sie betrifft, wie zahlreiche Berichte belegen[44], die PSU insgesamt. Auch entspricht dies der dialektischen Einheit von „linkem" und rechtem Opportunismus, wie sie sich in der PSU manifestiert, wenn technokratische Positionen mit trotzkistisch-maoistischen-ultra„linken" Varianten sich vermengen. Als pluralistische Partei des „3. Weges" umfaßt die PSU Antileninisten ebenso wie „Marxisten-Leninisten" usw.; sie lehnt einerseits die Diktatur des Proletariats ab, umfaßt aber gleichzeitig Elemente, die der Kommunistischen Partei vorwerfen, sie nicht mehr anzustreben. Praktisch erweist sich die PSU damit nur zu oft als antikommunistischer Handlanger der Monopole, insbesondere dann, wenn sie — wie im Mai '68 — ein Bündnis aller linken Parteien ablehnt und stattdessen

42 Vgl. Frank Deppe, Helmuth Lange, Lothar Peter, Wissenschaftlich-technische Revolution und die Theorie der „Neuen Arbeiterklasse", in: Facit, Nr. 18

43 Die Rechnung ging tatsächlich auf. Rocard wurde im 2. Wahlgang knapp — auch mit den Stimmen der KP — gewählt.

44 Vgl. die zahlreichen Hinweise zur PSU auf dem 19. Parteitag der KPF, in: Cahiers du Communisme, Nr. 2–3/70, S. 172, 177 ff., 197, 206 f., 224, 245 und 250 ff.

als provocateur den „Sozialismus als Tagesaufgabe" fordert. Daher hat trotz mancher inzwischen erfolgter Ansätze einer Aktionseinheit von PSU und KPF die folgende Passage in den Thesen des 19. Parteitags der KPF ihre volle Berechtigung: „Im Interesse der Einheit wird unsere Partei ihren ideologischen Kampf gegen den Reformismus fortsetzen, der eine einfache Verbesserung des Kapitalismus anstrebt, gegen die revolutionäre Phrase, mit der vor allem die Führer der PSU ihre reformistische und einheitsfeindliche Politik verdecken, gegen den „linken" Radikalismus und gegen jedes Auftreten von Antikommunismus in welcher Form auch immer."[45]

45 Cahiers du Communisme, Nr. 2–3/70, S. 442

Kuba steht zu Lenin und zur Sowjetunion

Fidel Castro

In einer Rede auf einer Kundgebung in Havanna anläßlich der Feier des 100. Geburtstages W. I. Lenins sagte Fidel Castro:

Lenin war eine wahrhaft außergewöhnliche Erscheinung im Leben der Menschheit. Schon die einfache Bekanntschaft mit seinem Leben und seiner Tätigkeit, die objektive Analyse der Entwicklung seiner Ideen, seiner Handlungen zwingen jedermann, sich ihm gegenüber wie zu einer wahrhaft außergewöhnlichen Erscheinung zu verhalten.

Lenin war seit Beginn seiner Tätigkeit nicht nur Theoretiker, Philosoph und Politiker, sondern auch ein Mann der Tat, ein Mann der ständigen, unermüdlichen revolutionären Praxis.

Lenin war der Gründer der damaligen russischen Sozialdemokratie, die später zur bolschewistischen Partei und noch später zur Kommunistischen Partei der Sowjetunion wurde. Praktisch hat Lenin den ersten Stein für das Fundament dieser Organisation, dieser Bewegung gelegt.

Lenin und seine schöpferische Tätigkeit haben einen so gewaltigen Einfluß auf die Entwicklung des politischen und revolutionären Denkens ausgeübt, daß man sagen muß: Er eben war die Seele dieser Bewegung und dieser Partei. Lenin war ein unermüdlicher Forscher, ein unermüdlich Arbeitender.

Es gab auf der Welt keinen Kämpfer, der mehr Kämpfe geführt hätte, jene ideologischen Kämpfe, als Lenin. Die Zahl der ideologischen Kämpfe, die er führte, überrascht einfach. Auf diesem Gebiet läßt sich sein Leben auch nicht mit dem Leben anderer Menschen vergleichen, die ebenfalls herausragende persönliche Taten vollbrachten.

Marx und Lenin waren die zwei herausragenden Männer, deren Tätigkeit in den Hirnen der Menschen den Übergang von der Vorgeschichte zur Geschichte der Menschheit markieren wird. Lenin verteidigte die Lehren von Marx gegen alle Mystifikationen, Entstellungen und Verstümmelungen. Er verteidigte diese Lehre und bewies, wie wahr sie ist. Vielleicht gibt es in der Geschichte keine schöneren Seiten als die Seiten des Kampfes Lenins zur Verteidigung des revolutionären Denkens.

Kein Mensch hat je eine ruhmvollere Tat vollbracht als Lenin beschieden war, der zu der Zeit an der Spitze der bolschewistischen Partei stand, da die erste sozialistische Revolution vollzogen wurde.

Wir glauben fest, daß das Studium des Lebens Lenins, seiner Ideen, seiner Lehre und seines Beispiels nicht nur bedeutet, ihm zurückzugeben, was ihm zusteht, sondern auch in Übereinstimmung mit den eigenen Interessen für das Wohl der Völker zu handeln.

Wir sind der Ansicht, daß die grandiose Bewegung, die mit dem 100. Geburtstag Lenins zusammenfällt, ihre Fortsetzung finden muß im Studium seines Lebens, seiner Tätigkeit und seiner Lehre. Wir halten es für unsere Pflicht, die Propagierung, Verbreitung und das Studium der Werke Lenins zu verstärken. Das ermöglicht es uns, weitaus besser die sozialen, politischen und revolutionären Prozesse zu begreifen, die sich auf internationaler Ebene hinziehen.

Man muß sagen, daß die Ideen Lenins einen großen Einfluß auf den kubanischen revolutionären Prozeß ausgeübt haben. Man muß daran erinnern, daß Lenins Ideen sich nach der Oktoberrevolution stark über die ganze Welt ausbreiteten und in unserem Land auf fruchtbaren Boden fielen, Anhänger fanden, die von diesen Ideen begeistert wurden. Man muß auch sagen, daß die kubanischen Revolutionäre im Prozeß des revolutionären Kampfes 1930 und 1933 unter großem Einfluß der Ideen Lenins standen.

Und einzelne Werke Lenins waren für manche von uns eine Anleitung zum Handeln, ein Lehrbuch, ein Mittel, die uns halfen, viele Dinge zu verstehen; und wir wären ohne sie vieler Wahrheiten beraubt gewesen, die im revolutionären Prozeß absolut notwendig sind.

Die marxistisch-leninistischen Ideen verbreiten sich über die ganze Welt, und zwar immer breiter.

Jetzt gibt es bekanntlich erzrevolutionäre, erzlinke Theoretiker, die man, wenn Sie so wollen, als wahre „Supermänner" bezeichnen könnte, Leute, die imstande sind, in Worten den Imperialismus innerhalb von zwei Sekunden zu vernichten und zu zerschlagen. Viele dieser Erzrevolutionäre, die nicht das mindeste Verständnis und nicht die mindeste Vorstellung von der realen Wirklichkeit, den Problemen und Schwierigkeiten haben, auf die die Revolution stößt, und die von Stimmungen erfüllt sind, die der Imperialismus grausam schürt, empfinden grausamen Haß. Man hat den Eindruck, als ob sie selbst die bloße Existenz der Sowjetunion nicht verzeihen können. Und das, obwohl sie von „linken" Positionen auftreten. Sie möchten, daß die Sowjetunion nach ihrem „vollkommenen" Muster zugeschnitten wird, nach ihren lächerlichen, jeglicher realen Grundlage entbehrenden Ideen.

Sie ignorieren die beispiellosen ersten Schwierigkeiten des revolutionären Prozesses in der Sowjetunion, die Schwierigkeiten, die unerhörten Probleme, die durch die Blockade und Isolierung durch die faschistische Aggression aufgeworfen wurden. Sie versuchen, all diese Tatsachen zu mißachten, und die Existenz der Sowjetunion halten sie fast für irgendein Verbrechen. Und dieses alles, obwohl sie von „linken" Positionen auftreten.

Sie vergessen die Probleme Kubas, Vietnams, des Nahen Ostens. Mit anderen Worten: Überall, wo der Imperialismus zuschlägt, stößt er auf das Land, den Staat, der in den notwendigen Mengen Waffen schickt, damit sich die Völker gegen den Imperialismus verteidigen können.

In diesen Tagen erinnern wir uns an Playa Giron, und wir erinnern uns gut an jene Fliegerabwehrgeschütze, Panzer, Kanonen und Granatwerfer, an all die Waffen, mit deren Hilfe wir dort die Söldner zerschlagen konnten.

Mit anderen Worten: Die Existenz des Sowjetstaates ist objektiv eine der bedeutendsten Errungenschaften der revolutionären Bewegung.

Einige Leute können unserem Land nicht die Haltung verzeihen, die es in der tschechoslowakischen Frage einnahm. In der Tschechoslowakei ging ein konterrevolutionärer Prozeß vor sich. Und demjenigen, der das vielleicht noch nicht begreift, möchte ich sagen: Wir gehören nicht zu den bürgerlichen Liberalen. Wir sind Marxisten-Leninisten.

Wir denken immer daran, welche entscheidende Bedeutung für uns die Unterstützung der Sowjetunion hat. Manchen Leuten mißfällt es, daß wir diese Tatsache anerkennen.

Die Imperialisten finden sich nicht mit der Lage Kubas, seiner Stellung ab. Schon wiederholt gab es Erklärungen, daß man bereit sei, Verhandlungen mit Kuba zu führen, wenn es die Beziehungen zur Sowjetunion abbricht, politisch und militärisch.

Wir sagen dazu nein. Erstens weil wir nie eine einzige Bedingung des Imperialismus akzeptieren. Zweitens, weil wir niemals unsere politischen Beziehungen zur Sowjetunion abbrechen, ebensowenig wie jene Verbindungen, die man militärisch nennt.

Im Gegenteil. Wir werden immer bereit sein, noch engere Beziehungen zur Sowjetunion herzustellen.

(Aus: IB Nr. 10/1970)

Über die Unwissenschaftlichkeit des ökonomischen „Antirevisionismus"

Detlev Peukert

Wachsende Attraktivität des Sozialismus und verschärfte Widersprüche im spätkapitalistischen System zwingen die bürgerlichen Theoretiker zu neuen modifizierten antikommunistischen Ideologien, kristallisiert in einem antisowjetischen und antiparteilichen Grundgehalt. Dem dient auch der Sammelband „Zur Kritik der Sowjetökonomie" von Bettelheim, Dobb, Foa, Mandel, Sweezy u. a. (Hrsg. Peter Strotmann, Wagenbach Rotbuch 11, West-Berlin 1969). Im Zuge einer Diskussion in der „Monthly Review" nimmt die Gruppe um Paul Sweezy, zu der sich auch Mandel, der Chefideologe der trotzkistischen Internationale, gesellt, anläßlich der Wirtschaftsreformen im sozialistischen Lager zum Charakter der sozialistischen Wirtschaft Stellung – trotz taktischer Differenzen in einigen Fragen. Im Rahmen einer Besprechung den zahlreichen Windungen und Detailfragen der Diskussion nachzugehen, verbietet sich von selbst. Wesentlich sind die Grundzüge ihrer Kritik.

Sweezy nimmt die sowjetische Wirtschaftsreform „nach Chruschtschows Sturz" zum Anlaß, die Gefahr der Rückkehr zur „kapitalistischen Marktwirtschaft" anzuprangern. In der folgenden Diskussion mit Bettelheim, der anfangs weitgehend die Reformen als Ausweg aus Schwächeerscheinungen des administrativen Leistungssystems verteidigt, konzentriert sich der „Antirevisionismus" auf eine Kritik besonders der Kategorien Gewinn, materieller Anreiz und Marktbeziehung. Während Bettelheim konsequent darauf hinweist, daß die Anwendung solcher ökonomischer Hebel nur die Form der Wirtschaftsleitung vervollkommnet, konzentriert sich die Argumentation der „Antirevisionisten" auf die Illustration der Behauptung, „daß der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft mit dem Absterben der Warenproduktion, des Marktmechanismus identisch ist" (Mandel, S. 91). Die Zerschlagung der tschechoslowakischen Konterrevolution läßt dann auch Bettelheim in das Konzert des Sowjethasses einstimmen, indem er – unter Zurücknahme der zahlreichen richtigen Bemerkungen zur Reorganisation der ökonomischen Basis des Sozialismus – die alte Geschichte von der „neuen Klasse" ausgräbt, die, ohne daß weitere ökonomisch-gesellschaftliche Beweise benötigt würden, die Empörung des Intellektuellen über die Anwendung von Gewalt im Klassenkampf marxistisch zu begründen erlaubt.

Selbst eine thesenhafte Antikritik kann bereits Zweifel an der wissenschaftlichen Korrektheit der Argumentation artikulieren, da auffällt, daß sowohl die Beiträge selbst, wie auch das Vorwort des Herausgebers nur auf einen verschwindend kleinen Teil der sozialistitchen Selbstzeugnisse über die Wirtschaftsreform eingehen. Entweder meinte man, daß sich der konkrete Stoff nicht der gewünschten kritischen Form anpassen ließ, oder man wollte von vornherein die gesamte ökonomische Debatte nur als Vorwand zur Sowjetkritik gebraucht wissen. Hätte man sich auf die Quellen gestützt, wäre beispielsweise deutlich gewesen, daß sich die Theorie der sozialistischen Warenwirtschaft bereits am Ende der 50er Jahre aus der stalinschen Reduzierung auf die Konsumgüterindustrie löste (vergleiche: ▶ Stalin, Über die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Moskau 1952; ▶ Politische Ökonomie – Lehrbuch, Autorenkollektiv der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, deutsch: Düsseldorf 1955; ▶ und N. S. Chruschtschow, Kontrollziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1959 bis 1965, deutsch: Berlin 1959; ▶ Politische Ökonomie – Lehrbuch, 3. überarbeitete russ. Ausgabe, deutsch: Berlin 1959; ▶ sowie zur Darstellung der spezifischen Punkte der Kritik an der erwähnten Arbeit Stalins: Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen, internationales Autorenkollek-

tiv, deutsch: Berlin 1965, S. 432 ff.) und in den 60er Jahren mit neuen Akzenten versehen und komplex entwickelt wurde. (Zu erwähnen sind hier neben den Parteiprogrammen und Parteitagsbeschlüssen sowie den Plenartagungen von KPdSU und SED: ▶ Jefimow, Die Industrie der UdSSR, deutsch, Berlin 1969; ▶ Pekarski/Uscherenko, Die Wirtschaftsreform in der Sowjetunion, deutsch bei APN, Moskau 1969; ▶ Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin 1969, das wohl die beste und umfassende Darstellung des entwickelten ökonomischen Systems des Sozialismus gibt; ▶ Stefan Doernberg, Kurze Geschichte der DDR, 3. Auflage, Berlin 1968, S. 449–591, sowie der statistische Anhang; ▶ Gerstner, Die wirtschaftliche Entwicklung der DDR, und Mittag, Demokratischer Zentralismus, sozialistische Planwirtschaft und wissenschaftlich-technische Revolution in: Die DDR – Entwicklung, Aufbau und Zukunft, Frankfurt 1969; ▶ Kalweit und Reinhold, in: Marxismus in unserer Zeit, Marxistische Blätter, Sonderheft 1/68; ▶ Studienmaterial: Die Stärkung der DDR durch Ausarbeitung und Anwendung des ökonomischen Systems des Sozialismus, Hrsg. Parteihochschule „Karl Marx", Berlin 1969, das umfassendes graphisches Anschauungsmaterial enthält; ▶ Günter Lang, Der Kampf der SED für die Durchsetzung des NÖS . . ., in: 20 Jahre SED, Beiträge, Berlin 1966, S. 270; ▶ für die Geschichte der ökonomischen Politik der SED kann benutzt werden: Reißig/Müller, Wirtschaftswunder DDR, Berlin 1968; ▶ Die bahnbrechende theoretische Begründung für die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus gab Walter Ulbricht in: Die Bedeutung des Werkes „Das Kapital" . . ., Berlin 1967; und: Die Bedeutung und die Lebenskraft der Lehren von Karl Marx für unsere Zeit, Berlin 1968.) Ebenso verzichten die Autoren des Sammelbandes bewußt darauf, die Leninschen Arbeiten zum Grundmodell des Sozialismus zu berücksichtigen. (Hier sei nur auf die Arbeit: Lenins Lehre lebt, Hrsg. Heinze/Tjulpanow, Berlin 1970, hingewiesen, die neben weiteren wichtigen Darstellungen der Praxis der sozialistischen Ökonomie in der SU und DDR eine Bibliographie der Leninschen Arbeiten zum Thema enthalten. ▶ Als Einführung in die Ökonomie des Sozialismus und als Nachweis der wichtigsten Äußerungen Lenins kann benutzt werden: Lenin zur sozialistischen Wirtschaftsführung, von Laptin/Ponomarjow, Verl. Marx. Blätter, Frankfurt 1970.)

Sweezys Hauptaussage wird bereits 1942 bündig formuliert: „Wert und Planung stehen sich genauso gegenüber wie Kapitalismus und Sozialismus" (Paul M. Sweezy: Theorie der kapitalistischen Entwicklung: deutsch: Köln 1959, S. 41). Also nicht die gesellschaftlichen Inhalte, die Eigentumsverhältnisse, scheiden die beiden Systeme, sondern gewisse Formen der Produktion. (Natürlich darf nicht die unbedingte Notwendigkeit der zentralen Planung im Sozialismus geleugnet werden; aber es wäre falsch, ihn darauf zu reduzieren.) Sweezys unmarxistische Prämisse einmal anerkannt, ist jede Variation in der Form der ökonomischen Organisation bereits ein Abgehen vom sozialistischen Ideal. Zudem wird der Aufbau des Sozialismus nicht als komplexer dialektischer Prozeß verstanden, sondern (wie es das oben erwähnte Mandel-Zitat zeigt) als mechanische Verminderung der „kapitalistischen" Elemente zugunsten der sozialistischen.

Sweezy untersucht nicht die konkreten Bedingungen der sozialistischen Produktion, den Stand der Produktivkräfte, der Eigentumsformen (staatlich, genossenschaftlich, halbstaatlich, privat) und etwa der wirtschaftlichen Rechnungsführung, sondern postuliert ein abstraktes Modell „reiner" Planung. Besonders deutlich wird das, wenn das chinesische oder das sowjetische System der Industrialisierungsphase schematisch der Planung im Zeichen wissenschaftlich-technischer Revolution gleichgesetzt wird.

Konkret analysiert ergibt sich aus dem jetzigen Stand der entwickelten sozialistischen Produktion die nichtantagonistische dialektische Einheit von eigenverantwortlicher Leitung der Betriebe und planmäßiger Durchsetzung gesamtgesellschaftlicher Grundinteressen als Haupttriebkraft der sozialistischen Ökonomie, die gerade über solche, durch zentrale Planung wohlbestimmten, ökonomischen Hebel wie Gewinn, Marktbezug und materieller Anreiz die grundlegende Einheit von gesellschaftlichen Interessen und Einzelinteressen herstellt zur Realisierung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus, nämlich der immer besseren Befriedigung der Bedürfnisse auf fortgeschrittenster technischer Basis. Dieses ökonomische Ziel erzwingt – zusammen mit der Leninschen Forderung nach Durchsetzung der Ökonomie der Zeit als Hauptmittel zur intensiven Erhöhung der Arbeitsproduktivität (siehe: Lenin, Die große Initiative, in: Werke, Bd. 29, S. 416 besonders) – die Praxis sozialistischer geplanter Warenproduktion, an deren Notwendigkeit auch ihre Leugnung nichts ändert, wie die Geschichte der ökonomischen Anschauungen des Sozialismus zeigt.

Dem unverblümten Antisowjetismus dient besonders die Methode, sozialistische Wirtschaftsreform und ökonomischen Revisionismus tschechoslowakischer und jugoslawischer Prägung in einen Topf zu werfen. Da die konsequente Ablehnung marktwirtschaftlicher Rezepte durch die Ökonomen der DDR, der SU und anderer sozialistischer Staaten verschwiegen wird, eröffnet sich überhaupt erst die Möglichkeit, den „Antirevisionismus" glaubwürdig an den Mann zu bringen.

Alle theoretischen Erwägungen und Modelle rechter wie linker Antikommunisten sowie alle ihre praktischen Versuche von Sik bis Mao haben gemeinsam, daß sie die objektiv-realen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus zugunsten subjektiver Konstruktionen und utopisch „reiner" Modelle leugnen. Dabei ist erst in zweiter Linie interessant, daß die rechten Revisionisten, mit der Kritik an marxistischen Grundsätzen beginnend, sogenannte pragmatische Rezepte vorlegen, während die linken Revisionisten, besonders im Gefolge Maos, unter der mechanischen Beibehaltung des traditionellen Dogmas den Geist des Marxismus verraten und unter der Losung der „Reinheit" die schöpferische Anwendung vereiteln.

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Heft 1 (Juni 1970) enthält u. a.:
Gemeinsame Erklärung der Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker vom 25. April 1970;
Erklärung des ZK der Patriotischen Front von Laos über die politische Lösung des Laos-Problems vom 6. März 1970;
Gemeinsame Erklärung der FRELIMO, MPLA und PAIGC vom 22. Januar zur bevorstehenden Konferenz in Rom im Juni 1970;
Gabriele Sprigath: Südvietnam – Zur Lage in den Städten.

Heft 2 (Juli 1970) enthält u. a.:
Politisches Programm der Patriotischen Front von Laos;
Politisches Programm der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (F. U. N. K.);
Offener Brief der FRELIMO an Bundeskanzler Willy Brandt.

Heft 3 (August 1970) enthält u. a.:
Amilcar Cabral, Die Macht der Waffen
Dokumente der Befreiungsbewegungen von Angola, Guinea-Bissau und Mozambique
Dokumente der Solidaritätskonferenz in Rom

Bezugspreis:
für 6 Nummern 7,50 DM, einschließlich Porto
für 12 Nummern 15,– DM, einschließlich Porto
Einzelpreis 1,50 DM

Bestellungen:
an die Redaktion: Barbara Schilling, 355 Marburg, Liebigstraße 46

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Barbara Schilling (presserechtlich verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Karl Unger, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Erscheinungsformen und Ursachen von Klassenjustiz im kapitalistischen Deutschland

ROLF GEFFKEN

Klassenjustiz

I. Abgrenzung und Rahmen des Themas

Unter Justiz wird im allgemeinen die in Gerichtsbarkeitszweige gegliederte rechtsprechende Gewalt verstanden. Zentrum der rechtsprechenden Gewalt ist der ans Gesetz gebundene Richter. Im klassischen Modell der Gesetzesanwendung bei einem gegebenen Fall ist richterliche Überzeugung austauschbar gegen Gesetz. Danach müßten Gesetze in einem gegebenen Fall die Voraussage von Urteilen erlauben (sog. logisch-mathematische Methode).
Dieses Anwendungsmodell steht aber in Widerspruch zur Praxis. Man hat erkannt, daß die Art etwa der Inhaltsbestimmung von Gesetzen wesentlich von den Wertvorstellungen des einzelnen Richters beeinflußt wird.[1] Folge solcher Wertungen kann z. B. Klassenjustiz sein. (Nach der logisch-mathematischen Methode könnte es allenfalls Klassengesetze geben, nicht aber Klassenjustiz! Umgekehrt setzt die einseitige Bestimmung der Klassenjustiz durch Klassengesetze die Annahme einer logisch-mathematischen Methode voraus.)[2]
Da der Raum für solche Wertungen meist gerade vom Gesetz gedeckt bzw. sogar gefordert wird, gehört Rechtsbeugung nicht hierher.

II. Der Begriff „Klassenjustiz" in der Literatur

Der Begriff, der in der Arbeiterbewegung geprägt und gebraucht wurde, ist von ihren Theoretikern nicht einer näheren Betrachtung unterzogen worden (m. A. v. Karl Liebknecht).
Von der deutschen Richterschaft selbst wurde[3] und wird der Begriff mehrheitlich abgelehnt.[4] Die Verwendung dieses Begriffes (durch Angeklagte bzw. Rechtsanwälte) ist sogar bestraft worden.[5]
Es ist somit verständlich, daß nur wenige Definitionen des Begriffs vorliegen. Im wesentlichen existieren wohl drei[6] Definitionen:

1. Liebknecht sieht in der Klassenjustiz „die gesellschaftliche Erscheinung, daß das Richteramt nur von Angehörigen der herrschenden Klasse oder Klassen ausgeübt wird".[7]
2. Fraenkel versteht unter Klassenjustiz, „daß die Rechtsprechung eines Landes einseitig von den Interessen und Ideologien der herrschenden Klasse beeinflußt wird, so daß trotz formaler Anwendung des Gesetzes die unterdrückte Klasse durch die Handhabung der Justiz beeinträchtigt wird".[8]
3. Rottleuthner spricht von einer „Rechtsanwendung, die durch ein im objektiven Interesse einer oder mehrerer Klassen verzerrtes Vorverständnis geleitet ist".[9]
4. Stellungnahme:
Die Fraenkelsche Definition ist teilweise unklar: Was ist „formale Anwendung des Gesetzes"? Was ist „Handhabung der Justiz"? Daß die Rechtsprechung eines Landes von den Ideologien der herrschenden Klasse beeinflußt wird, widerspricht nicht der Klassenjustizdefinition Liebknechts, nach der die Justiz von Angehörigen der herrschenden Klasse ausgeübt wird. Auch nach Fraenkel beruht die Beeinflussung auf der Verbindung bzw. Identität mit der herrschenden Klasse.[10]

Der Begriff „Rechtsanwendung" ist irreführend, da man annehmen muß, daß viele Werturteile von Richtern bereits bei tatsächlichen Feststellungen und nicht erst in der Normanwendung zum Ausdruck kommen.[11] Rottleuthner vermeidet den Begriff der „herrschenden Klasse". Nach seiner Definition ist – im Gegensatz zur Auffassung Fraenkels[12] und wohl auch Liebknechts – Klassenjustiz auch gegenüber Angehörigen der herrschenden Klasse möglich. Wäre dies der Fall, so ist Klassenjustiz nicht Bestandteil des allgemeinen Herrschaftsmechanismus einer Klassengesellschaft und ihres Staates, wovon Liebknecht und Fraenkel ausgehen.

III. Klassenjustiz als Bestandteil der Klassengesellschaft

Der Klassengesellschaft ist der Antagonismus von Klassen wesenseigen. Dieser Antagonismus entsteht aus der gegensätzlichen Stellung von Eigentümern und Nichteigentümern von Produktionsmitteln, die wiederum resultiert aus dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung des produzierten Wertes. Dieser Widerspruch tritt an den Tag als „Gegensatz von Proletariat und Bourgeoisie".[13] Die Aneignung ist vollziehbar auf Grund von „Herrengewalt an den Wirtschaftsmitteln".[14] Die dadurch entstehende faktische Abhängigkeit des gesellschaftlichen Produzenten (z. B. Arbeiter) vom Eigentümer an den Produktionsmitteln ist definierbar als ein „Herrschaftsverhältnis"[15], das ergänzt wird durch ein System außerökonomischer Herrschaftssicherung, das vorwiegend politischer und rechtlicher Art ist,[16] also des sogenannten Klassenstaates (durch den auch – wie zu zeigen – die Rolle des Richters bestimmt ist), der gleichsam Produkt der Klassengegensätze ist und nur scheinbar über den Klassen steht.[17]

Wenn Liebknecht sagte, wer von Klassenjustiz redet, muß vom Staat reden[18] – und er meint damit den Klassenstaat – so eben deshalb, weil seine Definition davon ausgeht, daß die mit der Staatsmacht eng verbundene Justiz (Rechtsprechung ist staatliche Tätigkeit[19]) in einem Klassenstaat grundsätzlich diesen Staat und damit die ihn konstituierenden Interessen absichert[20] (was Rottleuthners Definition unterschlägt). Dabei ist es unwesentlich, ob dies den Beteiligten bewußt oder unbewußt ist, ob der Richter sich als „Angestellter der herrschenden Klasse"[21] oder ihres Staates fühlt. Entscheidend ist vielmehr das Ergebnis seiner Tätigkeit, entsprechend dem objektiven Charakter des oben vorausgesetzten Klassenbegriffs. Ist das Ergebnis jedoch eindeutig vordeterminiert durch ein Klassenrecht (vgl. I.), so fehlt das der Klassenjustiz eigene Spezifikum, eben selbst nach Klassen zu differenzieren und nicht Differenzierungen im Gesetz lediglich auszusprechen.

IV. Hauptmerkmale

Danach ist Klassenjustiz wesentlich durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

1. Angehörige der unterdrückten Klassen oder „niederen Stände" werden im Vergleich zu Angehörigen der herrschenden Klassen oder „besseren Stände" auf Grund (keine bloße Anwendung von Klassenrecht) und innerhalb (keine Rechtsbeugung) eines vom Gesetz garantierten Entscheidungsspielraums schlechter behandelt.
2. Dementsprechend werden die objektiven Interessen der unterdrückten Klasse beeinträchtigt und bzw. oder Entscheidungen im Interesse der herrschenden Klasse getroffen.

---

1 O. Kahn; Der Funktionswandel des Arbeitsrechts in: „Arbeitsrecht und Politik", 1968; S. 229 ff.
O. Sinzheimer und E. Fraenkel; Die Justiz in der Weimarer Republik; 1968, S. 37
W. Richter; Zur soziologischen Struktur der deutschen Richterschaft; 1968, S. 2

2 vgl. ausführliche Bemerkungen dazu in meinem Aufsatz „Über die Konzeptionslosigkeit der linken Juristen" (erscheint demnächst)

3 Den soweit erkennbar einzigen Versuch einer Apologie unternahm Kadi, Klassenjustiz; 1908. Auf ihn kann nicht eingegangen werden, da das Thema den Begriff akzeptiert

4 Vgl. Kaupen; Hüter von Recht und Ordnung; 1969, S. 108. Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, S. 273. Kahn-Freund, a. a. O.

5 Entscheidungen des EhrenGH für dt. Anwälte Bd. 19/131 ff. 1925 sowie Fall Boblenz (1968) zit. bei Rottleuthner KJ 69/7, Fußn. 20

6 Die Definition von Kuttner, Klassenjustiz, 1913 konnte nicht berücksichtigt werden: Das Buch war nicht aufzutreiben

7 Karl Liebknecht; Der Hochverratsprozeß gegen Liebknecht, Werke 1960–61, Bd. II, S. 116

8 E. Fraenkel; Zur Soziologie der Klassenjusiz, 1927, S. 41

9 Rottleuthner; Klassenjustiz, KJ 69/7

10 Fraenkel; a. a. O., S. 28, 38

11 So Sinzheimer zit. n. Hannover, Politische Justiz 1918–1933, 1966, S. 28

12 Fraenkel; a. a. O., S. 41/2

13 F. Engels; Anti-Dühring; 13. Aufl., 1960, S. 335

14 Hofmann; Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft, 1969, S. 30. Engels; a. a. O., S. 196

15 Hofmann; a. a. O., S. 30 ff.

16 ebenda

17 W. I. Lenin; Staat und Revolution, Berlin 1963, S. 9

18 K. Liebknecht; Rechtsstaat und Klassenjustiz, Werke, Bd. II, S. 17

19 W. Richter; a. a. O., S. 2
K. H. Schöneburg; Die Zersetzung der richterlichen Unabhängigkeit unter dem Adenauer-Regime, 1954, S. 9

20 Fraenkel; a. a. O., S. 41
Schöneburg; a. a. O.

21 ebenda

3. Die Richterschaft ist auf Grund ihrer sozialen Herkunft (und demzufolge ihrer Anschauungen) und ihrer Einordnung in den Klassenstaatsapparat der herrschenden Klasse zuzuordnen.

V. Stoffauswahl

Die Rechtsgebiete, auf denen Klassenjustiz besonders in Erscheinung tritt, sind Strafrecht und Arbeitsrecht, bei letzterem tritt der für die antagonistische Klassengesellschaft kennzeichnende Gegensatz von Unternehmertum und Arbeiterschaft besonders hervor. Deshalb sollen andere Gebiete hier unberücksichtigt bleiben. Die Fülle der Erscheinungen zwingt zu einer exemplarischen Darstellung, die historisch gegliedert ist, da etwaige allgemeine Erscheinungsformen erst als Destillat verschiedener Epochen ihre Bedeutung erlangen. Es erschien unvermeidlich, dabei die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Klassenjustiz (s. o.) zu berücksichtigen. Auf eine Analyse der sog. alltäglichen Fälle der Prozeßpraxis mußte hier ebenso wie auf die „politische Justiz" i. S. v. Parteienverboten (Kommunistenverfolgungen usw.) verzichtet werden.

Klassenjustizerscheinungen in Deutschland

I. Kaiserzeit

1. Voraussetzungen

Von einer Klassengesellschaft kann in Deutschland erst da gesprochen werden, wo die feudalistisch-ständische Ordnung ihren bestimmenden gesellschaftspolitischen Einfluß verlor, d. h. die privatkapitalistische Produktionsweise dominant wurde. Dies war etwa z. Z. des sog. Ablösungsgesetzes von 1850 der Fall, mit dem die letzten Reste feudaler Arbeitsformen in der preußischen Landwirtschaft beseitigt wurden.[22]

Gleichwohl blieben Überreste des Feudalismus, vor allem in der Verwaltung, erhalten.[23] Zwar war das Bürgertum schon damals die mächtigste Klasse der Bevölkerung, ihren ökonomischen Interessen mußte der Staat gehorchen[24], und von allen Besitzenden (Besitz an Produktionsmitteln; s. o.) war sie die einzige, die noch Aussicht auf eine Zukunft besaß[25], aber bedingt durch die Niederlage von 1848 und gewisse Konzessionen an das liberale Bürgertum (seit 1851, spätestens aber Ende der 60er Jahre des 19. Jh. bestand in Deutschland eine formelle richterliche Unabhängigkeit[26]) trat eine zunehmende Entpolitisierung dieser Klasse ein.[27]

Ihr wachsender potentieller Feind einte die beiden herrschenden Klassen: der damalige Staat war ein mit feudalistischen Elementen durchsetzter, im Interesse der Kapitalistenklasse geführter Klassenstaat.

2. Wilhelminische Strafjustiz

Ein Arbeitsrecht gab es nicht, vielmehr waren weite Teile des Arbeitskampfes von Pönalisierung bedroht. Karl Liebknecht, der als Rechtsanwalt die Strafjustiz des Kaiserreiches miterlebte, konstatierte vier Erscheinungsformen, in denen sich die (strafrechtliche) Klassenjustiz damals äußerte:

a) In der Prozeßführung wurde die tiefe Kluft zwischen der sich dem Bürgertum zurechnenden Richterschaft und dem Proletariat äußerlich sichtbar. Die äußeren Lebensgewohnheiten der „unteren" Klassen waren der Richterschaft überwiegend fremd: „Wenn jemand aus dem Volke vor Gericht redet, wie ihm der ‚Schnabel' gewachsen ist", betrachtete dies der Richter als „Unverschämtheit"[28]: Man verhängte Ordnungsstrafen.[29]

Das selbstbewußte Auftreten von Angeklagten der „unteren Stände" wurde andererseits z. B. so quittiert: „Sie Rindvieh, Sie Hornochse, Sie bilden sich wohl ein, Sie seien Verteidiger? Was fällt Ihnen denn ein!"[30]

b) Zur einseitigen Würdigung des Tatbestandes wird man wohl auch die Art der Beweiserhebung im Zusammenhang mit dem § 244 StPO a. F. rechnen müssen, nach dem Beweisanträge der Verteidigung in weitem Umfang abgelehnt zu werden pflegten.[31] Auch eine bestimmte Form der Schuldkonstruktion gehört hierher: Bei einem Vergleich mit Prozessen gegen randalierende Korpsstudenten fällt auf, daß z. B. beim „Moabiter Prozeß" von 1910 (die Moabiter Unruhen wurden ausgelöst durch die Tötung eines Arbeiters) und ähnlichen Aufruhrprozessen, bei denen Arbeiter angeklagt waren, nicht darauf geachtet wurde, was dem Einzelnen nachgewiesen werden konnte [32], (so aber bei den Studenten), sondern es wurde mit Vorliebe Gemeinschaftlichkeit angenommen: ... hat durch sein ganzes Verhalten in gewolltem und bewußtem Zusammenwirken zu dem Erfolg beigetragen, ist also der gemeinschaftlichen Täterschaft überführt und ebenso zu strafen wie ... usw. [33]

c) Auslegung der Gesetze

Der Streik, der heute wie damals das wirksamste Mittel zur Durchsetzung von Forderungen für die Arbeiter war (die herrschende Klasse hatte somit ein Interesse an seiner Bekämpfung), wurde vom Reichsgericht als Erpressung eingestuft (z. Z. von 1907 st. Rspr.)[34]: „Wenn die Arbeiter nicht weiterarbeiten, dann kann auch der Unternehmer nicht weiterarbeiten, er muß den ganzen Betrieb ruhen lassen."[35] Die Arbeiter nutzten die Notlagen der Unternehmer aus, um sich höheren Lohn, also einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen![36]

Umgekehrt war die Mitteilung des Unternehmers: „Es gibt weniger Lohn, wer unzufrieden ist, wird entlassen"; trotz der hier nicht näher zu diskutierenden Notlage des Arbeiters keine Erpressung.[37]

Das Streikpostenstehen wurde dadurch illusorisch gemacht, daß man konstatierte, es sei „moralische Pflicht des Staates", die Arbeitswilligen zu schützen.[38]

d) Härte der Strafen

Für die außerordentliche Härte der Strafen gegen Angehörige der unterdrückten Klasse im Vergleich zu solchen der „besseren Stände" gibt Liebknecht zahlreiche Belege.[39] Wichtig ist dabei folgendes: Offenbar ist das Strafmaß um so höher, je unmittelbarer die Interessen der herrschenden Klasse berührt werden. Das Streikpostenstehen, die Tatsache der Organisiertheit, wirken strafverschärfend.

3. Ursachen

a) Berufsrichter

aa) Soziale Herkunft und Umwelt

Die Richterschaft der Kaiserzeit stammte aus dem Bürgertum. Das deutsche Bürgertum der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte seinen Frieden mit dem Adel gemacht[40] und ideologisch die Ordnungsvorstellungen des autoritären Obrigkeitsstaates übernommen. Für diese Geisteshaltung stand der Satz F. J. Stahls „Autorität, nicht Majorität".[41]

Fast alle Richter waren Reserveoffiziere[42] und damit der militärischen Disziplin, Kontrolle und Reglementierung weitgehend unterworfen.[43] Die höheren Posten der Justizverwaltung wurden i. d. Regel mit Juristen besetzt, die jahrzehntelang Staatsanwälte gewesen waren.[44]

Dadurch war ihre Verbundenheit mit dem Staat, ihre Fixierung an Autoritäten gesichert.

ab) Ausbildung und soziale Auslese

Das juristische Studium galt als das teuerste.[45] An das meist vierjährige Studium schloß sich eine etwa vierjährige Referendarzeit, während der der Jurist unentgeltlich dienen mußte, an. Die sich ans zweite Staatsexamen anschließende Assessorzeit dauerte durchschnittlich 10 Jahre. Während dieser Zeit wurde der Assessor nur bei Vertretung eines Richters bezahlt.[46] Man darf annehmen, daß sich niemand „der Qual einer derartigen Probezeit aussetzte, der das damalige Staats- und Gesellschaftssystem nicht auch innerlich bejahte".[47] Da die Ausbildung des „kaiserlichen Richters" zwischen 30 000 und 50 000 Mark kostete,[48] war eine solche Karriere „nur für Personen durchzuhalten, die über ein sehr großes väterliches Vermögen verfügten".[49] Dieses soziale Auslesprinzip wurde noch durch die Forderung des preußischen Staates verstärkt, daß, wer nicht den strikten Nachweis erbringen konnte, daß ihm während der Aus-

22 Engels; Zur Geschichte der preußischen Bauern, 1952, S. 13
23 Engels; Zur Rolle der Gewalt in der Geschichte, MEW 1962, Bd. 21, S. 454
24 ebenda
25 ebenda
26 Bauer; Justizaufsicht und richterliche Unabhängigkeit, 1954, S. 1
27 E. Kuttner; Warum versagt die Justiz? 1921, S. 11. E. u. H. Hannover; a. a. O., S. 31
28 Liebknecht; a. a. O., S. 17
29 ebenda
30 Liebknecht; Gegen die preußische Klassenjustiz, Werke
31 Liebknecht; Justiz gegen die Arbeiterklasse, W. Bd. IV
Liebknecht, Kritik an der Klassenjustiz
32 Liebknecht, Bd. IV, S. 60
33 ebenda
34 Liebknecht, Bd. II, S. 35
35 Kurzfassung der Begründung durch Liebknecht
36 ebenda
37 ebenda
38 a. a. O., S. 34
39 z. B Bd. III, S. 33/47; Bd. IV, S. 53/56 f./330
40 s. o. I, 1, Levefre, Universität und Kapital in: Die Opposition, 1968, S. 109
41 Kuttner; a. a. O., S. 13
42 Fraenkel; S. 14
Kuttner; S. 15
43 Liebknecht; Bd. II, S. 30
44 Fraenkel, a. a. O.
45 Kuttner, S. 16
46 Hannover; S. 25
47 Fraenkel; a. a. O.
48 Kuttner; zit. n. Hannover, a. a. O.
49 ebenda

bildungszeit mindestens 1500 Mark jährlich zur Verfügung standen, vom Vorbereitungsdienst ausgeschlossen blieb.[50]

b) Laienrichter

Die Auswahl der sog. Jahreslisten erfolgte durch Ausschüsse, deren Mitglieder für das System absolut „zuverlässig" waren.[51] Neben dem Amtsrichter eines Sprengels als Vorsitzenden und einem Staatsverwaltungsbeamten (Landrat) gehörten jedem Ausschuß sieben Vertrauensmänner an,[52] die von den kommunalen Vertretungen gewählt wurden, die (in Preußen) durch ein Dreiklassenwahlrecht zustande kamen. Diese indirekte Wahl schloß durch Ermöglichung eines langwierigen Siebverfahrens die „unteren" Klassen vom Laienrichteramt praktisch aus![54]

c) Zusammenfassung

Die genannten Einzelursachen der Klassenjustiz des Kaiserreiches lassen sich mit den Worten Fraenkels umreißen: „Zum Proletariat schlug keine gesellschaftliche oder geistige Brücke."[55]

Die bewußte (offene) Reinhaltung des Richterstandes sowie des Laienrichteramtes nach „unten" (s. a. ab; b) ist nicht nur ein Beweis für den Klassencharakter des wilhelminischen Staates, sondern beweist auch, daß die spezifische Zusammensetzung der Richterschaft in unmittelbarem Interesse der herrschenden Klasse liegen mußte.

II. Weimar

1. Voraussetzungen

Es ist oft gesagt worden, der WRV hätte der Kompromiß zwischen Kapital und Arbeit zugrunde gelegen. Richtig ist zwar, daß durch gewisse Bestimmungen in der Verfassung der „früher ignorierte Konflikt zwischen Arbeiterbewegung und Unternehmertum"[56] anerkannt wurde. Aber das änderte nichts daran, daß in der ökonomischen Sphäre die Strukturen des Kaiserreiches erhalten geblieben waren. Die Kontrolle der Produktionsmittel lag in den Händen der gleichen Klasse. Die Legalisierung ehemals als „illegal" betrachteter Konfliktaustragungen (s. Arbeitsrecht) bedingte eine Erweiterung der Klassenjustizerscheinungen. In der Arbeitsrechtsprechung traten die typisch prozessualen Erscheinungsformen der „strafrechtlichen" Klassenjustiz hinter einer Rechtsprechung im objektiven Interesse der herrschenden Klasse zurück. Bezüglich der Strafjustiz soll an einem Komplex (die Unruhen der ersten Jahre der Republik) der Klassencharakter der mit dem Proletariat bzw. seinen Gegnern konfrontierten Justiz verdeutlicht werden.

2. Strafjustiz[57]

Fall 1: Im Gefolge der Münchener Unruhen wurden 1919 von Regierungstruppen 12 Einwohner des Dorfes Perlach, ein „Kommunist" (der keiner war), 2 Arbeiter, 2 Hilfsarbeiter, je ein Gußarbeiter, Schreiner, Former, Maurer, Eisenbahnarbeiter, Distriktsstraßenmeister und Korbmacher festgenommen und ohne Standgerichtsurteil erschossen.[57]

Sie waren als „Unruhestifter" denunziert worden, hatten sich aber überhaupt nicht politisch betätigt, keinem waren Kampfhandlungen usw. nachzuweisen. Vor dem Landgericht I München gaben die angeklagten Soldaten zu, daß die von ihnen gemachte Angabe „Auf der Flucht erschossen!" die Regel war, um Erscheinungen hinterher zu rechtfertigen, und daß das Märchen von der „Meuterei" stets bewirkte, daß die Sache sofort ad acta gelegt wurde. Der Hauptangeklagte P. berief sich auf den Befehl des Majors („Legen Sie die Schweine um!"), dieser auf den Schießbefehl Noskes! – Das Gericht sprach die Angeklagten frei.

Fall 2: Am 28. 3. 1920 (während der Kapp-Lüttwitz-„Regierung" in Berlin) fand in Niendorf/Mecklenburg beim Tagelöhner W. eine Versammlung streikender Arbeiter statt. Man beschloß, wegen einer Lohnforderung beim Gutsbesitzer Baron von B. vorzusprechen. Dieser ließ aus Schwerin Militär kommen und übergab die „Anführer" den Soldaten, die sie sofort erschossen. Vom mecklenburgischen Landgericht wurden die angeklagten Sodaten (der Baron war – naturellement – erst gar nicht angeklagt) freigesprochen. In der Begründung heißt es u. a.: „Die Aufgabe der Angeschuldigten war, den Widerstand, der den ... Machthabern ... bei Durchführung ihrer Anordnungen zum Schutze der vorher herrschenden staatlichen Zustände entgegengesetzt wurde, zu brechen ... Demgemäß hatten sie die Aufgabe, Handlungen widerstrebender Elemente ... mittels Standgerichts zu ahnden ... Die rechtliche Grundlage bildete der Zusatz des damaligen Militäroberbefehlshabers von Lüttwitz zu der VO Nr. 19 des damaligen Reichskanzlers ..."[57]

Der Hochverräter Kapp, der Repräsentant des preußischen Junkertums, der herrschenden Klasse des deutschen Ostens, war „damaliger Reichskanzler", die streikenden Arbeiter die „widerstrebenden Elemente". Besser kann der Klassencharakter so urteilender Gerichte nicht gekennzeichnet werden! (Das Urteil wurde 1923 gefällt.)

Fall 3: Der Major Freiherr von Sch. rief am 19. 3. 1920 zur Bildung einer Studentenwehr auf, die an Thüringer Arbeitern, die gegenüber den Hochverrätern Kapp & Co. die Verfassung verteidigt hatten, furchtbare Rache nehmen sollte. Die daraufhin gebildeten studentischen Zeitfreiwilligen-Formationen verhafteten, „in Ermangelung einer echten Feindberührung, auf Denunziationen von Bauern hin eine Anzahl von Arbeitern", die sie dann auf bestialische Weise ermordeten. Auf Grund eindeutiger Aussagen konnte von „Erschießungen auf der Flucht" nicht, wohl aber von vorhandener Absicht (bei den Studenten) zu töten, die Rede gewesen sein.

Der Verteidiger der Studenten appellierte vor dem Geschworenengericht an bewährte Vorurteile. Für ihn waren die Studenten „anständige Menschen, gebildete Menschen, Akademiker!" Die Arbeiter, denen keine politische Tätigkeit nachgewiesen werden konnte, waren eine „Bande aufständischer Spartakisten". Das Gericht benötigte nur kurze Zeit zur Beratung: Freispruch!

Fall 4: Einer der wenigen Fälle, in denen Proletarier annähernd ähnliche Delikte begingen, ist der sog. Geiselmord von München. Die Angeklagten gehörten zur „Roten Armee" von München und hatten zehn Gefangene zu bewachen. Mit einer Ausnahme waren alle Angeklagten dieser „Armee" beigetreten, weil Arbeitslosenunterstützung nur an Rotgardisten ausgezahlt wurde. Und die Angeklagten waren arbeitslos! Lumpenproletarier! Gemäß einem Befehl von Egelhofer (dem Kommandanten) wurden die zehn Gefangenen erschossen. Für den Staatsanwalt waren die Angeklagten „Hyänen des Schlachtfeldes", „Leichenfledderer", ja „geistig minderwertig" usw. Daß sie auf Befehl handelten, war für das Gericht völlig uninteressant, geschweige die Rechtsgrundlage des Befehls (vgl. dazu Fall 1 und Fall 2!). Gegen zwei der Angeklagten wurde auf Grund unbeeidigter Zeugenaussagen auf Tod erkannt. Das gleiche geschah mit einem Schwachsinnigen, weil er ein Gewehr ausgeliehen hatte, mit dem Erschießungen vorgenommen worden waren! 15 Jahre Zuchthaus wegen Beihilfe zum Mord bekamen auch solche, die nur zugeschaut hatten. (Vgl. das Ausschöpfen aller nur denkbaren gesetzlichen Möglichkeiten und juristischen Konstruktionen, um diese Proleten zu vernichten, mit den Freisprüchen bei tötenden Studenten, Offizieren etc.! Interessanter Hinweis auch für diejenigen, die dem Klassenrecht vor der Klassenjustiz das Primat bei der Erklärung der Ursachen der Klassenjustiz einräumen wollen.)

3. Die Rechtsprechung des RAG

Die verfassungsrechtliche Anerkennung des Arbeitskonflikts hat nicht verhindern können, daß das RAG kontinuierlich zu Lasten des Arbeiters judizierte.

Durch das Betriebsrätegesetz von 1920 wurde das Unterordnungsverhältnis im Betrieb aufgehoben. Das RAG konstruierte daraufhin eine „Betriebsgemeinschaft". Den Hinweis, „Betriebsgemeinschaft" hieße nicht nur Risiko-, sondern auch Gewinnverteilung,[58] überging es aber: Das RAG judizierte einseitig auf eine Risikoverteilung hin. Die „Mitwirkung" des Betriebsrates hatte „ohne weiteres die Mittragung der Gefahren" zur Folge.[59] Mit der Fiktion einer Arbeiterkontrolle gingen soziale Störungen vorwiegend zu Lasten der Arbeiter.[60]

Das Einzelarbeitsverhältnis wurde dem Beamtenverhältnis ähnlich konstruiert: Generelle Unterordnung unter den Willen des Unternehmers.[61] Die Vorstellung einer „disziplinären Harmonie" (Kahn-Freund), der das Postulat des „Wirtschaftsfriedens" immanent war, entsprach bereits dem faschistischen Sozialideal.[62] Daß innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems „ein natürliches Übergewicht der Arbeitgeberseite durch den Besitz der Produktionsmittel und die Verfügung über die Arbeitsstellen"[63] besteht, bedarf, wie Kahn-Freund

50 Hannover; a. a. O.
51 Kuttner; a. a. O.
52 ebenda
53 Liebknecht, Bd. II, S. 31
54 ebenda
55 Fraenkel; S. 17
56 L. Unterseher; Bürgerliches Arbeitsrecht oder die Zerstörung der formalen Rationalität, KJ 68/97

57 Sämtliche Angaben zu den Fällen bei: Hannover

58 So Sinzheimer zit. nach Unterseher, a. a. O., S. 100
59 Bensheimer Sammlung; Bd. 3/120 f.
60 Unterseher; a. a. O.
61 a. a. O., S. 101
62 ebenda
63 Kahn-Freund, S. 223

feststellt, „keines weiteren Wortes".[64] Überflüssig also zu erwähnen, wem disziplinäre Harmonie und Wirtschaftsfrieden nützten, wen sie trafen!

4. Ursachen

a) Berufsrichter

Die soziale Herkunft der Richterschaft war gegenüber der des Kaiserreiches unverändert.[65]
Die relative Sicherheit ihrer Existenz wurde durch die Inflation erstmals gefährdet. „Haßerfüllten Auges sahen die Beamten auf die (vermeintlich) hohen Löhne der Arbeiter."[66] Im Arbeiter, dessen Elend von Tag zu Tag wuchs, sah man den „Nutznießer der Revolution".[67] Es entstand – unbewußt – wie Fraenkel sagt, jene Stimmung gegen das Proletariat, die jede niedergehende Klasse gegen eine aufsteigende Schicht hat: Ressentiment. Die anfängliche Verachtung des Arbeiters wandelte sich in Haß.[68]
Mit Recht fragt Fraenkel rethorisch: „Kann eine Schicht Objektivität gegen Angehörige einer Klasse bewahren, in der sie den Urheber ihres Unterganges erblickt?"[69]
Das Fehlen der monarchischen Spitze ließ für die Richter das Recht zum Spielball gesellschaftlicher Interessen werden.[70] Im Bewußtsein ihrer eigenen Unentbehrlichkeit pochten die Richter auf ihre Unabhängigkeit wie nie zuvor: gegenüber einer Exekutive, die man zutiefst verachtete (ein Sattler war Reichspräsident!), und einem Parlament, das zweifelhafte Gesetze beschloß, beanspruchte man zunehmend ein Nachprüfungsrecht.[71] Trotz oder vielleicht gerade wegen einer zeitweiligen Deklassierung ihrer sozialen Existenz, rechnete man sich zu den „sozial hochstehenden Kreisen".[72] Die Führer der Wirtschaft wurden als nationale Helden bewundert.[73] Aus Stinnes' Presse bezog man seine Informationen.[74] „Geheime Kanäle" (gesellschaftlicher Umgang usw.) vermittelten dem Richter die Wünsche der herrschenden Klasse des Industriekapitals.[75] Die herrschende Klasse fand in der deutschen Richterschaft einen „einsichtigen" Vertreter ihrer Interessen.

b) Laienrichter

Da es nach der WRV kein Dreiklassenwahlrecht mehr gab, befanden sich auf den Vorschlagslisten der Gemeindevertretungen auch Arbeiter.[76] Dennoch gelangten höchst selten Arbeiter auf die Jahreslisten. Sogar dort, wo mehrheitlich Arbeiter auf den Vorschlagslisten standen, wurden sie nicht auf die Jahresliste gesetzt.[77] Die Streichung von Arbeitern wurde u. a. mit deren Beschwerden wegen nicht wettgemachten Verdienstausfalls begründet.[78]
An Hand von konkreten Jahreslisten weist Kuttner nach, daß besonders im Osten Deutschlands die herrschende Klasse fast ausschließlich das Laienamt innehatte.[79] „Mit absoluter Gewißheit wird diese Justiz ihre Urteile fällen vom Klassenstandpunkt des Arbeitgebers."[80]

III. Drittes Reich

Mit der Machtergreifung von 1933 änderten sich die Besitzverhältnisse an den Produktionsmitteln nicht.[81] Klassen existierten weiterhin, wenngleich ihre Existenz in der Volksgemeinschafts-Ideologie des Nationalsozialismus verschleiert wurde.
Die nationalsozialistische Justiz urteilte primär auf Grund von Normen, die nicht das Verhalten, sondern die Gesinnung eines Menschen regeln wollten und denen oft allgemeine Merkmale, also das Konstituieren von Recht überhaupt[82], fehlten. Mögliche Erscheinungsformen von Klassenjustiz wurden dadurch so sehr überlagert, daß deren Herausarbeitung erschwert ist und hier nicht erfolgen kann.

IV. BRD

1. Voraussetzungen

Versuche einer grundlegenden Änderung der ökonomischen Machtverhältnisse nach 1945 (vgl. Art. 41 Hess. Verf.) blieben erfolglos. Daß in der BRD verschiedene Bevölkerungsschichten existieren, ist anerkannt. Daß die kapitalistische Produktionsweise, wenn auch gegenüber den vergangenen Epochen modifiziert, in jeder Hinsicht dominant ist, kann nicht bestritten werden. Das Märchen von den verschwundenen Klassen ist also reine Ideologie.
Der Frage nach möglichen Erscheinungsformen von Klassenjustiz soll an Hand zweier Problemkomplexe nachgegangen werden: der Rechtsprechung des BAG und der sogenannten APO-Prozesse.

2. Rechtsprechung des BAG

a) Streik

Abgesehen davon, daß seit dem Zeitungsstreik von 1952 durch das BAG den Gewerkschaften das Recht zum politischen Streik – im Gegensatz zu Weimar – abgesprochen wurde, ist mit Hilfe der Theorie der sozialen Adäquanz und dem Recht am Gewerbebetrieb das Streikrecht überhaupt erheblich eingeschränkt worden: „Arbeitskämpfe sind im allgemeinen unerwünscht, da sie volkswirtschaftliche Schäden (Aussperrungen kommen hier nicht in Betracht; R. G.) mit sich bringen und den im Interesse der Gesamtheit liegenden sozialen Frieden beeinträchtigen."[83]

b) Gewerkschaften

Die Gewerkschaften sind für die Arbeiterklasse, da der wilde Streik rechtswidrig ist, als „Interessenvertretung der Ware Arbeitskraft" theoretisch der sicherste Garant einer Verbesserung der sozialen Existenzen. Die mit ihrer Hilfe erkämpften Vorteile kommen aber auch nichtorganisierten Arbeitern zugute. Das ist eine der Hauptursachen für den Mitgliedsschwund der Gewerkschaften (1950: 40 Prozent; 1968: 30 Prozent aller Arbeitnehmer[84]). Das BAG hat nun sog. Differenzierungsklauseln für nichtig erklärt.[85] Durch die Gleichbehandlung von Organisierten und Nichtorganisierten werden die Gewerkschaften im Ergebnis funktionsunfähig[86], denn es ist denkbar, daß „die Gewerkschaften somit mit nur 1 Prozent organisierter Mitglieder für alle Arbeitnehmer wirken sollen, aber mangels Organisationskraft und Kampfesinteresse nicht wirken können".[87]
Die objektiven Interessen der Arbeiterklasse werden damit erheblich beeinträchtigt.

c) Betriebsrat

Das BAG hat weit über das Betr.VG hinausgehend[88] das „recht verstandene" Mitbestimmungsrecht so gesehen: „Es fördert Ruhe und Ordnung im Betrieb und damit die Arbeitsfreude (!) und Arbeitswilligkeit der Betriebsgemeinschaft."[89] Darin liegt die Ablehnung der sachlichen Vertretung der Arbeitnehmerinteressen durch den Betriebsrat.[90] Kein Wunder, daß das BAG eine Kontrolle des Arbeitgebers durch den Betriebsrat abgelehnt hat.[91] Auch hier ist die Parteinahme für den Kapitaleigentümer evident.

d) Zusammenfassung

Die Beschränkung der Rechte von Betriebsräten und Gewerkschaften läßt die „allgemeinen gesellschaftlichen Grundlagen des Arbeitsverhältnisses und der konkreten Herrschaftsordnung im Betrieb"[92] als nicht zum Aufgabenbereich der Interessenvertretung der Arbeiterschaft erscheinen. Ebenso wie die Beschneidung des Streikrechts sind die Versuche, der arbeitenden Klasse das „Sozialideal" des BAG von Ruhe und Ordnung aufzuzwingen, zu deren Schaden und zum Nutzen der Eigentümer an den Produktionsmitteln.

3. APO-Prozesse

Liebknecht hat auf die Unterschiede in der Behandlung von Studenten und Arbeitern in Prozessen wegen ähnlicher Straftaten hingewiesen und diese als Phänomene der Klassenjustiz gedeutet.[93]
Offensichtlich unter dem Eindruck des sogenannten Justizterrors gegen politisch unliebsame Studenten, der oft bedenkenlos unter den Begriff „Klassenjustiz" subsumiert wird,[94] hält Rottleuthner Liebknechts Beobachtungen für veraltet.[95] Wer aber die sogenannten Demonstranten-Prozesse aufmerksam beobachtet hat, wird festgestellt haben, daß dort, wo Arbeiter angeklagt waren, evident wurde, daß es sehr wohl einen Unterschied macht, ob der „APO-Angehörige" Student oder Arbeiter ist:

An Hand des Schmiedel-Prozesses und Mazzalai-Prozesses ist die Behandlung von Arbeitern durch Gerichte zutreffend mit „Herablassung, väterlichem Zureden oder Kommandoton" gekennzeichnet wor-

64 ebenda
65 Unterseher; KJ 68/98
Fraenkel, S. 17 ff.
Kuttner; S. 20 ff. u.v.a.
66 Fraenkel; S. 17
67 ebenda
68 a. a. O., S. 18
69 a. a. O., S. 20
70 Unterseher; a. a. O.
71 Fraenkel; Bsp., S. 29 f.
72 a. a. O., S. 19
73 a. a. O., S. 20
74 ebenda
75 a. a. O., S. 28

76 Kuttner; S. 31
77 z. B. in Stettin, 1921, s. Kuttner, a. a. O.
78 Vgl. Hannover; S. 31
79 Kuttner; a. a. O.
80 a. a. O., S. 33
81 Dies hat sich inzwischen auch unter Juristen herumgesprochen: R. Schmid in KJ 69/105
82 Zahlreiche Belege bei Ilse Staff, Justiz im Dritten Reich, 1964

83 BAG Entscheidungssammlung; Bd. 1/300
84 Wiethölter; Rechtswissenschaft, 1968, S. 297
85 Ramm; Nationalsozialismus und Arbeitsrecht, KJ 68, 117
86 Gamillschegg zit. n. Wiethölter, S. 297
87 Wiethölter; S. 298
88 Ramm; Die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts, JZ 64, 550

89 BAG E 3/207
90 Ramm; a. a. O.
91 BAG E 4/217
92 R. Hoffmann; Ein Urteil und seine Folgen (Zur BAG Rspr.), KJ 69, 75
93 Liebknecht; Bd. III, S. 32
94 „Gegen eine opportunistische Justizkampagne" in: Rote Skizze, Nr. 6, 1969, S. 20
95 Rottleuthner; KJ 69, 22

den.[96] Als der „z. Z. unständige Arbeiter" (so der Haftbefehl) Günter Schmiedel kurz vor Ende des Prozesses erwähnte, er habe 14 Pfund in der U-Haft abgenommen, fragte ihn der Gerichtsvorsitzende in widerwärtigstem Zynismus: „Auch im Kopf, Herr Schmiedel?"[97] Schmiedels Protest gegen den UG-Terror (Einzelhaft, strenge Isolierung: Übergabe nur von Beamten zu Beamten, tägliche Durchsuchung der Zelle, Beschlagnahme der Post, „hartes Lager" wegen Kontaktes zu anderen Gefangenen usw.) veranlaßte den Herrn Gerichtsvorsitzenden zu der Bemerkung: „Wenn Sie hier weiterlärmen, muß ich Sie leider in Ihre Zelle zurückbringen lassen."[98]
Das Ergebnis solcher Prozeßführung war: Schmiedel hielt es bald für sinnlos, sich zu äußern, und bat schließlich während einer Verhandlung darum, in seine Zelle zurückgebracht zu werden, und zwar mit den Worten: „Was soll das Ganze? Es ist doch sowieso längst klar."[99]
Prozesse gegen Studenten, „die ihm (Schmiedel — R. G.) an Intelligenz haushoch überlegen sind" (so der Staatsanwalt), sind mit Recht im Vergleich dazu als „reine Ehrengerichtsverfahren" bezeichnet worden.[100]
Die Behandlung Schmiedels als „gewöhnlichen Kriminellen" ist nur erklärbar mit der sozialen Distanz zu seiner Person. Umgekehrt die häufig kulante Art der Behandlung von Studenten („Idealisten" usw.) mit dem Mangel an sozialer Distanz. „Auf die in der Sprache ihrer Klasse vorgetragenen Ansichten usw. können sie (die Richter — R. G.) ... selten gleichgültig reagieren." Es ist unverkennbar, daß oft die Richter „neben einem gewissen Verständnis für ‚geistvolle' Argumentation ein Gefühl von Peinlichkeit und Deplaziertheit nicht ganz überwinden können."[101]
Daß die Differenzierung zwischen Studenten und Arbeitern sich nahtlos in das Bestreben der Herrschenden hierzulande einfügt, den Kontakt der Studenten zur Arbeiterschaft zu verhindern,[102] ist offensichtlich. Auch dies indiziert, daß die APO-Prozesse nicht schlechthin als Erscheinungsform der Klassenjustiz angesehen werden können, denn weder läge eine massive Aburteilung von „verirrten" Studenten im Interesse der herrschenden Klasse (Amnestie!), noch ist es der Richterschaft gelungen, die durchweg bürgerlichen Studenten (6 Prozent Arbeiterkinder an Deutschlands Universitäten) so zu behandeln wie Arbeiter, also Klassenjustiz gegen Angehörige der herrschenden Klasse auszuüben.

4. Ursachen

Die soziale Struktur der deutschen Richterschaft (ganz anders in der DDR) hat sich innerhalb von vierzig Jahren praktisch nicht geändert. — Der Anteil der aus Arbeiterfamilien stammenden Richter ist zwar von 0,03 Prozent (1927) auf 0,9 Prozent (1965)[103] gestiegen, da aber noch von 1959 bis 1965 der Anteil der „oberen Mittelschicht" (freie Berufe, leitende Angestellte, hohe Beamte usw.)[104] von 60,1 Prozent auf 62,7 Prozent stieg[105] und die Zunahme des Anteils der „Unterschichten" bereits eine rückläufige Tendenz erkennen läßt[106/106a], existiert nach wie vor die von Dahrendorf konstatierte starke soziale Immobilität[107] der deutschen Richterschaft. Immobilität bedeutet hier vor allem, daß die Ideologien des klein-mittelbürgerlichen Elternhauses konserviert werden und so jene „utopisch-autoritäre" Haltung zu sozialen und politischen Konflikten[108] die Regel wird, die den herrschenden Gewalten, nicht zuletzt der herrschenden Klasse selbst, dienlich ist (vgl. vor allem Arbeitsrechtspr.).
Der außerordentlich geringe Anteil von Arbeiterkindern an den juristischen Fakultäten veranlaßte W. Richter zu dem berechtigten Schluß, daß in den „unteren Klassen" die „soziale Distanz" zum Juristen besonders groß sein dürfte. „Der Richter erscheint diesen Kreisen als Exponent derer, die die Macht und das Recht haben."[109]

96 „Strafjustiz — Instrument zur Terrorisierung der Arbeiterklasse" in: Hamburger Klassenjustiz ohne Maske — Der Prozeß gegen Günther Schmiedel und seine Hintergründe. Hrsg: Rechtshilfe und SDS Hamburg, 1969, S. 22
97 ebenda
98 a. a. O., S. 24
99 ebenda
100 a. a. O., S. 22
101 a. a. O., S. 24
102 Vgl. z. B. Brief der Handelskammer Hamburg an die Mitglieder des Plenums, in: Hamburger Klassenjustiz, Anhang XXIII
103 W. Richter; S. 38
104 a. a. O., S. 11
105 a. a. O., S. 13
106 W. Richter; S. 17
106a W. Wagner; Der Richter, 1959. Ohne jeden empirischen Beleg behauptet Wagner einfach: „Die Basis wird sich verbreitern", S. 136. Der Satz „Die Richter stammen aus allen Teilen des Volkes" (a. a. O.) spricht für sich; ist jedoch für Wagner Klassenjustiz nur ein „Schlagwort" (S. 181)
107 R. Dahrendorf; Bemerkungen zur sozialen Herkunft und Stellung der Richter in Oberlandesgerichten, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 1960, S. 264
108 Kübler; Der deutsche Richter und das demokratische Gesetz, AcP 162, 124
109 Richter, S. 39

Ergebnis

I. Haupterscheinungsformen

Erkennbar sind im wesentlichen drei Erscheinungsformen, die sich allerdings durchdringen können.

1. Der Richter steht den Gewohnheiten und Verhaltensweisen „unterer Stände" auf Grund seiner Herkunft fremd gegenüber (soziale Distanz). Dies äußert sich bereits in der Verhandlungsführung (vgl. B I 1, 2a, IV 3). Umgekehrt bewirkt mangelnde soziale Distanz („Bildung": vgl. B II 2 Fall 3, IV 3) eine kulantere Art der Behandlung, die sich auf Grund offener oder unterschwelliger sozialer Identifizierung mit dem Angeklagten auch im niedrigen Strafmaß zeigt.

2. Der Richter steht Angehörigen unterer Klassen gegenüber, die sich ihrer Klassenlage bewußt geworden sind (oder zu sein scheinen) und um eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen bzw. eine Gesellschaftsveränderung überhaupt kämpfen (oder zu kämpfen scheinen). Hier wittert der Richter „Staatsgefährdung" und verschafft einer im objektiven Interesse der herrschenden Klasse liegenden „Ruhe und Ordnung" Geltung.

3. Bei direkten Konflikten zwischen „Kapital und Arbeit" bedient sich der Richter auf Grund seiner i. d. R. „utopisch-autoritären" Einstellung Gemeinschaftsideologien, die tendenziell den Arbeitskampf (von seiten des Unternehmers) als „unerwünscht" illegalisieren (und übrigens — zumindest quasi — faschistischen Charakter haben).

II. Hauptursachen

Hauptursache bleibt die spezifische soziale Herkunft der Richter. War die einseitige Zusammensetzung ursprünglich auf direkte Absicherung des Richterstandes nach unten zurückzuführen, so erklärt die aufgezeigte Entwicklung (vgl. vor allem Weimar), warum heute die soziale Distanz zur Richterschaft von den unteren Klassen selbst „verinnerlicht" ist („Macht und das Recht") und somit ein „Aufrücken" dieser Schicht unwahrscheinlich ist.
Aufgefangen werden kann diese soziale Distanz nicht durch eine Ausbildung, die nach wie vor die soziale Funktion ihrer Inhalte ausklammert und eine Wertneutralität vortäuscht, die es nicht gibt.

Konserviert und verstärkt werden die Determinanten der spezifischen sozialen Herkunft, die die Rechtsprechung entscheidend bestimmen, durch die nachuniversitäre Sozialisation: Der Nichtanspruch der Examinierten zum Referendardienst, die totale Abhängigkeit des Referendars von der „Gutwilligkeit" seiner Ausbilder, die Stellung des Assessors als „Beamter auf Widerruf" usw. sind Beispiele der Erziehung zur Konformität, der Erziehung zum staatstreuen Richter, ergänzen wir: zum Klassenstaatsdiener.

Aber eine noch so „sozialwissenschaftliche" (Loccumer Papier) Rechtswissenschaft kann die in der sozialen Herkunft wurzelnde Distanz des Richters zum Angehörigen der unteren Klasse nicht durchbrechen. Das Aufrücken Angehöriger unterer Schichten wird hier schlagartig nichts ändern können, denn eine Berufsschicht, die über Jahrzehnte durch ganz spezifische soziale Leitbilder geprägt ist, zwingt die Aufrückenden, sich dieser Atmosphäre vorerst anzupassen.

Die Zusammensetzung des Richterstandes aus allen Schichten des Volkes (Liebknecht), d. h. entsprechend ihres gesamtgesellschaftlichen Anteils wirken diese in der Justiz, ist im kapitalistischen System zumindest fraglich (s. Entwicklung der letzten 50 Jahre), auf jeden Fall aber, wie aus dem oben Gesagten im Umkehrsschluß zu folgern ist, für das System problematisch.

Erst die Umwälzung der ökonomischen Machtverhältnisse wird eine demokratische Justiz mit sich bringen können, eine Justiz des Volkes im wirklichen Sinne des Wortes, wovon die Konflikts- und Schiedskommissionen der DDR ein bemerkenswertes Beispiel geben.

facit *Rote Korrespondenz Lieferbare Titel*

facit Nr. 5 (Am Beispiel Indonesien – Hintergründe eines faschistischen Putsches; Biermann – Diskussion um eine sozialistische Kulturpolitik; u. a.) 0,50 DM.

facit Nr. 6 („Sozialismus und Individuum" von Ernesto Che Guevara; Abschiedsbrief E. Che Guevaras an Fidel Castro; Vietnam – Analyse eines Exempels; u. a.) 0,50 DM.

facit Nr. 9 („Karl Marx in Köln in der Revolution von 1948/49" von Prof. Dr. Karl Obermann; Der Kardinal oder die Sympathie der Ideologie) 0,50 DM.

facit Nr. 13/14 („Revolution in Frankreich? – Was ist heute revolutionär?" von Prof. Dr. Dieter Klein; Liberalisierung oder Demokratisierung? – Zur Entwicklung der Tschechoslowakei; u. a.) 1,– DM.

facit Nr. 15 („Arbeiterjugend und Studenten im spanischen Klassenkampf" von Juan Diz, KP Spaniens; Strategie und Rüstung in der Bundeswehr; „Analytische Voraussetzungen für eine antimonopolistische Hochschulpolitik" von Elmar Bernhard und Reinhard Schweisher; u. a.) 1,– DM.

facit Nr. 16 („Aktion ohne Vermittlung" von Martin Walser; „Zur Situation der Gewerkschaften im staatsmonopolistischen Kapitalismus" von Christof K. Kievenheim; „Ein Beispiel: Hermann Josef Abs – Bankier und Politiker" von Eberhard Czichon; u. a.) 1,– DM.

facit Nr. 17 („Die Menschen machen ihre Geschichte selbst" von Prof. Dr. Manfred Buhr; Die dritte Hochschulreform in der DDR als Beispiel fortschrittlicher Bildungspolitik; u. a.) 1,– DM.

facit Nr. 18 („Intelligenz und Arbeiterklasse": „Wissenschaftlich-technische Revolution und die Theorie der ‚neuen Arbeiterklasse'" von Frank Deppe, Hellmuth Lange, Lothar Peter; „Zur Ideologie und Organisation der technischen Intelligenz in der BRD" von Christof K. Kievenheim; „Aufbruch der ‚Vorproletarier' – Zur Soziologie der Studenten" von Hellmut Hesselbarth; „Falsch programmiert – Wissenschaftlich-technische Revolution im Kapitalismus" von Oskar Neumann; u. a.) 1,– DM.

facit Nr. 19 („Leninismus heute": „Lenin und die westdeutsche Schulphilosophie" von Gerhard Fisch, Wanja Heiseler, Angelika Schütte; „Marx versus Lenin?" von Gerhard Bessau; „Zur Einschätzung linksradikaler Gruppierungen in der Studentenbewegung" von Johanna Hund; „Staat und Absterben des Staates in der DDR"; „Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland" von Kurt Steinhaus; „Zu einigen Fragen des antiimperialistischen Kampfes heute" von Gunnar Matthiessen) 1,– DM

facit aktuell 3 („SDS in Sofia" – Dokumentation zur zweiten Spaltung des SDS) 1,– DM.

facit-Reihe 3 („Revolutionäre Strategie und antiimperialistischer Kampf in Westeuropa – Karl Marx und die inneren Widersprüche des modernen Imperialismus" von Prof. Dr. Dieter Klein) 3,– DM.

Rote Korrespondenz – SPARTAKUS Assoziation Marxistischer Studenten (erscheint unregelmäßig). Soeben erschienen Nr. 8: „Entreißt Forschung und Lehre der Kontrolle der Aktionäre!" (Wissenschaftspolitik – Hochschulkampf / Arbeiter- und Studentenbewegung / Antifa-Kampf – Kriegsforschung / Dokumentation + Materialien) 2,– DM.

Rote Korrespondenz extra 1 („Produktivkraft Wissenschaft"), 2. erweiterte Auflage, 2,– DM.

Rote Korrespondenz extra 5 („Universität im Klassenkampf") 1,– DM.

Rote Korrespondenz extra 6 („Der Kampf geht weiter") 1,– DM.

Rote Korrespondenz extra 7 (Futurologie – Zur wissenschaftlichen Gesellschaftsprognose spätkapitalistischer Entwicklungen – Kritisches zur bürgerlichen Futurologie" von Prof. Dr. Dieter Klein) 2,50 DM.

Rote Korrespondenz extra 8 („Faschismus – Neofaschismus") 2,– DM.

Rote Korrespondenz extra 9 („Woran starb der SDS? Das Dilemma der Antiautoritären und die Konsequenzen marxistischer Studenten") 1,50 DM

Rote Drucke: „Arbeiterklasse gegen Faschismus" von Georgi Dimitroff (Taschenbuch, 112 Seiten) 3,50 DM.

Alle Bestellungen an:
Werbe- und Literatur-Vertriebs-GmbH, 2350 Neumünster, Wendenstraße 4 a, Postfach 470.

facit *Bestellschein*

..... Exemplare von facit Nr. 13/14, 15, 16, 17, 18, 19, 20 (1,— DM+Porto)

..... Exemplare von facit Nr. 5, 6, 9 (pro Heft 0,50 DM + Porto)

..... Jahresabonnement = 5 facit-Hefte (Normalpreis ohne Portokosten = 5,— DM)ab Nr. .....

..... Exemplar facit-Reihe 3 (3,— DM + Porto)

..... Abonnement der facit-Reihe zur Fortsetzung (Normalpreis ohne Portokosten) ab Nr. .....

..... Exemplar facit aktuell 3 (1,— DM + Porto)

..... Plakat „Giftgas in der BRD"

..... Plakat „NPD macht's möglich" (beide DIN A 1, zweifarbig, je 3,— DM + Versandkosten): siehe Abbildung nächste Seite

..... Exemplar Rote Korrespondenz / SPARTAKUS — Assoziation marxistischer Studenten (2,— DM + Porto)

..... Abonnement RK (je Nr.: 2,— DM ohne Porto) ab Nr. .....

..... Exemplar Rote Korrespondenz extra 1, 2. erweiterte Auflage (2,— D-Mark + Porto)

..... Exemplar RK extra 5 + 6 (je 1,— DM + Porto)

..... Exemplar RK extra 7 (2,50 DM + Porto)

..... Exemplar RK extra 8 (2,— DM + Porto)

..... Exemplar RK extra 9 (1,50 DM + Porto)

..... Abonnement RK extra (Normalpreis ohne Porto) ab Nr. .....

..... Exemplar: „Arbeiterklasse gegen Faschismus" von Georgi Dimitroff (3,50 DM + Porto)

Alle Bestellungen an: Werbe- und Literatur-Vertriebs-GmbH Neumünster, Wendenstraße 4 a, Postfach 470.

Meine Anschrift: Unterschrift:

Sicherheit durch Recht und Ordnung

NPD macht's möglich!